



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Vormerken!
2. Juli
2009

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Mehr Wissen setzt Energie frei. Nach dem erfolgreichen Start im vergangenen Jahr lädt die Bayerische Gemeinde-Zeitung erneut zum großen Info-Tag für Kommunen am 2. Juli 2009. Im Garchinger Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor. □

Wertschöpfung im ländlichen Raum:

Zweckoptimismus oder reale Chance?

11. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung

Mit über 200 Teilnehmern aus dem deutschsprachigen Raum waren die Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung einmal mehr hervorragend besucht. Namhafte Referenten und Diskutanten gaben den Zuhörern zahlreiche Denkstöße mit auf den Weg.

Chancen räumen die Experten dem ländlichen Raum insbesondere durch intelligente, d.h. qualitativ ausgerichtete Wertschöpfungsketten sowie gezielte und professionell gemanagte Kooperationen, die Verbesserungspotenziale und Innovationen freilegen, ein. Wie Tagungsleiter O. Univ.-Prof. Dr.-Ing. Holger Magel feststellte, sei insbesondere der Befund, „dass wir wider besseres Wissen all zu oft in alten Strickmustern verharren“, an Eindeutigkeit nicht zu überbieten.

Mut zum Anderssein

„Ländlicher Raum - das ist Mut zum Anderssein“, meinte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner. Gerade in Krisenzeiten sei ein starker ländlicher Raum unerlässlich und dessen Zukunftssicherung eine zentrale politische Aufgabe. Im Mittelpunkt stünden die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarwirtschaft und die Arbeitsplatzsicherung sowie eine stetige Modernisierung von Infrastruktur, Bildungseinrichtungen

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer, Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Europawahl 2009:

Forderungen der Landkreise an die EU

Am 7. Juni finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die Landkreise sind in vielen Politikfeldern von europäischen Einwirkungen berührt, sei es bei Fragen der Daseinsvorsorge und der interkommunalen Zusammenarbeit durch die Binnenmarktpolitik, der Entwicklung und Förderung ländlicher Räume durch die EU-Strukturpolitik, sei es im sozialen Bereich bei der Verwirklichung von Chancengleichheit, sei es im Bereich Migration, in der Gesundheitspolitik oder im Umwelt- und Energiebereich über die Abfallentsorgung bis hin zur Deregulierung von Netzen.

Dabei ist es vorrangig, das „Projekt Europa“ mehr als zuletzt wieder bei den Bürgern zu verankern und die Akzeptanz für Europa bei der Bevölkerung zu erhöhen. Das neue Europäische Parlament und die neue Europäische Kommission haben zu einem wichtigen Zeitpunkt der

europäischen Entwicklung die Möglichkeit, neue Impulse zu setzen. Die deutschen Landkreise sind bereit, sich intensiv einzubringen. Sie dokumentieren dies in der Broschüre „Europawahl 2009: Forderungen der Landkreise an die Europäische Union“.

Die bayerischen Landkreise im europäischen Standortwettbewerb

Zum Bayerischen Landkreistag 2009 lädt Landräte-Präsident Theo Zellner am 13. und 14. Mai in das Deggendorfer Kultur- und Kongresszentrum ein.

Diskutiert werden mit Europa-, Bundes- und Landespolitikerinnen und -politikern die Handlungsspielräume der bayerischen Landkreise im europäischen Standortwettbewerb und ihre Rolle in der regionalen Wirtschaftspolitik. Mit den Landräten diskutieren hierüber Staatsministerin Emilia Müller, Staatssekretärin Katja Hessel und Manfred Weber, MdEP. □

Kommission Zukunft Soziale Marktwirtschaft

Seehofer fordert bei Auftaktsitzung Aufbruchsignal in der Krise

Eine eigene Kommission „Zukunft Soziale Marktwirtschaft“ hat Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer unter der Leitung von Dr. Stephan Götzl, Präsident des Bayerischen Genossenschaftsverbands, eingerichtet. Der Ministerpräsident erwartet von der hochkarätig besetzten Arbeitsgruppe ein Aufbruchsignal in der Krise.

Seehofer: „Ich bin überzeugt: Die Zeit ist reif für ein neues und breites Bündnis für die Soziale Marktwirtschaft der Zukunft. Wir müssen diese große Chance jetzt nutzen. Denn es kann keinen Zweifel geben, dass unsere Soziale Marktwirtschaft mit dem einzigartigen Zusammenspiel von sozialer Verantwortung und

wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit das Erfolgsmodell der Zukunft ist und künftig noch stärker zum Exportschlager werden kann.“

Wetterfeste Ordnung

Seehofer erklärte zum Auftakt der Kommissionsarbeit: „Die

1. Vertrag von Lissabon

Mit dem Lissabon-Vertrag verliert Europa nach Ansicht des Landkreistags seine bisherige „Kommunal-Blindheit“. Der Verband fordert die deutschen Europaabgeordneten eben-so wie die neue Europäische Kommission auf, sich bereits vor der Ratifizierung dafür einzusetzen, dass die genannten kommunalen Errungenschaften des Lissabon-Vertrages konsequent zur Anwendung kommen, d.h. der lokalen Bedeutung bei der Erarbeitung von Gesetzgebungsvorschlägen durch die Europäische Kommission schon heute Rechnung getragen wird.

2. Bessere Rechtsetzung

Die kommunale Ebene ist die wesentliche Ausführungsebene europäischer Rechtsetzung. Der Deutsche Landkreistag erwartet daher, die Notwendigkeit des Bürokratieabbaus durch europäische Vorschriften mit Auswirkungen auf die kommunale Ebene stärker als bisher voranzutreiben.

3. Wettbewerbs- und Beihilferecht

Der Deutsche Landkreistag (Fortsetzung auf Seite 4)

Aufruf zum Mitmachen:

Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag der Nazi-Bücherverbrennung am 10. Mai

Verbrannt, verboten, verbannt - die Namensliste der Autorinnen und Autoren ist lang. Unzählige Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler wurden ihrer Heimat und Arbeit beraubt, viele wurden ermordet oder in den Tod getrieben. Das darf nicht vergessen werden.

Deshalb finden alljährlich am 10. Mai zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt. „Viele bayerische Kommunen unterstützen seit Jahren die Aktion Bücherlesung“, bedankt sich der Initiator, TV-Moderator Gerhard Schmitt-Thiel.

Zum 76. Jahrestag der Bücherverbrennung werden auch heuer zahlreiche Lesungen aus den Werken jener Autoren stattfinden, deren Vernichtung die Nazis beschlossen hatten. Schmitt-Thiel konnte wieder viele prominente Mitstreiter gewinnen.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.buecherlesung.de □

Neues von Sabrina



„Wer aufhört zu werben, um Geld zu sparen, kann ebenso seine Uhr anhalten, um Zeit zu sparen“, meint die Vorzimmerperle gemeinsam mit Henry Ford. Ihr Bürgermeister schafft Gelegenheiten, damit sich Investoren, Neubürger und Gäste positiv mit seinem Städtchen auseinandersetzen können. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Kommunen können mit dem Konjunkturpaket II loslegen	2
Probleme bei der Breitbandversorgung	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Mit vereinten Kräften zum Wohl unserer Kinder	3
Initiative „Zukunft Bauen Bayern“	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfinanzen	5 - 8
Kommunale Baupolitik	9/10
Kommunalfahrzeuge	11/12
Wasser · Abwasser	13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16



Das Podium (v.l.): MDirig. Rainer Beckedorf, Vorsitzender der Arge Nachhaltige Landentwicklung, Hannover, Staatsminister Helmut Brunner, MdL, Prof. Dr.-Ing. Holger Magel und Dr. Rainer Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts. □

Kommunen können Anfang Mai mit dem Konjunkturpaket II loslegen:

Umsetzung läuft planmäßig

Herrmann: „Nachfrage bei den Kommunen zeigt richtige Schwerpunktsetzung Wachstumsimpuls für Bayern zum richtigen Zeitpunkt“

Die Umsetzung des Konjunkturprogramms II läuft in Bayern plangemäß. Bayerns Bauminister Joachim Herrmann zog im Kabinett eine positive Zwischenbilanz. „Das Interesse der bayerischen Kommunen am Konjunkturpaket II des Bundes ist enorm. Die Förderbehörden melden eine deutliche Überzeichnung des Programms. Ich bin ganz sicher, dass das knapp 2 Milliarden umfassende Investitionspaket einen kräftigen Konjunktur- und Wachstumsimpuls in Bayern setzen wird. Diese Investitionen kommen zur richtigen Zeit. Vor allem die regionale Bauwirtschaft und das Handwerk werden davon spürbar profitieren“, so Herrmann.

Er unterstrich, dass der enge Zeitplan für die Bewilligungsbehörden unbedingt gehalten werden muss und wird. Herrmann: „Die ausgewählten Kommunen werden Anfang Mai über die Förderentscheidung informiert und können dann nach der Bewilligung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns sofort loslegen.“ Die endgültige Auszahlung der Mittel erfolge dann, so Herrmann, nach Baufortschritt - also dann, wenn die ersten Rechnungen vorgelegt würden. „Die große Beteiligung der Kommunen zeigt, dass wir mit den Bereichen Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur die richtigen Schwerpunkte gesetzt haben“, betonte Herrmann.

Gute Zusammenarbeit

Als außerordentlich konstruktiv bezeichnete Herrmann die Zusammenarbeit mit den bayerischen Kommunen bei der Umsetzung des Pakets. Herrmann: „Schon jetzt steht fest, dass sich die frühzeitige Einbindung der kommunalen Spitzenverbände beim Konjunkturpaket II durch die Staatsregierung auszahlt.“ Die Bezirksregierungen als die zentralen Förderstellen melden, dass die Beiräte bei den Bezirksregierungen zur Begutachtung der Anträge gut arbeiten. Herrmann: „Überall sind die Vertreter der Kommunen eingebunden.

Dieser bayerische Weg bei der Umsetzung ist genau der richtige, um den Anliegen unserer Städte, Gemeinde und Kreise im Flächenland Bayern gerecht zu

werden, keine kurzfristig aufflackernden Konjunktur-Strohfeuer anzufachen, sondern nachhaltige Modernisierungsinvestitionen anzuschieben.“

Transparente Auswahl

Etwa 6000 Anträge sind laut Herrmann bisher bei den Förderbehörden eingegangen. Ende April würden nun die Regierungen und die dort eingerichteten Beiräte mit Vertretern aus kommunalen Spitzenverbänden und der Freien Wohlfahrtspflege die

Landtags-FDP sucht Kontakt zur Basis:

Erster Kommunalpolitischer Kongress im Maximilianeum

In einem Kommunalpolitischen Kongress im Maximilianeum hat die FDP-Landtagsfraktion den Auftakt für enge Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene gegeben. Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker und sein Stellvertreter Dr. Andreas Fischer wie auch Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident Martin Zeil werteten den relativen Erfolg ihrer Partei bei der Kommunalwahl im März letzten Jahres als Grundlage für den Wiedereinzug in den Bayerischen Landtag nach 14 Jahren im September. „Wir bringen Bewegung in die Politik“, fasste Hacker zusammen und Zeil ergänzte, die Kommunalpolitiker seien dafür entscheidende Akteure.

In der Diskussion mit 80 FDP-Repräsentanten aus Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken - hier wieder flächendeckend vertreten, wie betont wurde - ging es zunächst um das kommunale Wahlsystem. Zur Debatte standen die Dauer der Wahlperiode und die Altersgrenze für hauptamtliche Bürgermeister. Kommunalpolitiker und Fraktion fanden sich nach teilweise kontroverser Aussprache mit Mehrheit auf der Basis, die Wahldauer von sechs auf fünf Jahre zu ver-

ringern, aber dies nicht mit Rücksicht auf das Jahr 2014 zu tun, wenn Kommunal- und Europawahl zusammenfallen. Dem Vorschlag, die Bezirkswahlen nicht mehr mit der Landtagswahl zusammenzulegen standen die Bedenken entgegen, dass dies bei den umfangreichen Stimmzetteln der Kommunalwahl die Auszählung erschweren würde.

Bürgermeister bis 67

Als Bürgermeister sollen Kandidaten entsprechend dem Rentenalter bis 67 antreten können; in jedem Alter aber andererseits in ihrer Amtszeit auf zwei bis drei Legislaturperioden begrenzt werden. Über die von den Jungliberalen vorgeschlagene Herabsetzung des passiven Wahlrechts von 21 auf 18 Jahre wurde nicht abgestimmt. Keine klare Meinung gab es in der Frage, ob die Regierungsbezirke als Mittelbehörden zwischen Kommunen und Staatsregierung bestehen bleiben sollen.

Die als Diskussionsteilnehmer eingeladenen Vertreter der kommunalen Spitzenverbände nahmen dazu Stellung. Übereinstimmend waren Bürgermeister Rudolf Heiler (Grafing) für den Gemeindetag, Reiner Knäusel als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags, Landrat Thomas Karmasin (Fürstenfeldbruck) und Norbert Kraxenberger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Verbandes der bayerischen Bezirke, gegen eine Änderung der Wahlperiode. Ebenso fand eine Änderung oder gar Abschaffung der Regierungen keine Zustimmung. Kraxenberger war insbesondere gegen einen Bezirkspräsidenten an Stelle des Regierungspräsidenten.

Neue Kommunalsteuer

Eine harte Kontroverse gab es zwischen den FDP-Landespolitikern und den Spitzenverbänden in Sachen Gewerbesteuer. Ihr Aufkommen werde katastrophal einbrechen und es werde in den Kommunen Heulen und Zähneklappen geben, prophezeite Zeil. Stattdessen eine Kommunalsteuer einzuführen, gebe Sicherheit, meinte auch Brigitte Meyer für die Fraktion. Die Abschaffung der Gewerbesteuer soll Thema der erwarteten Koalitions-

Mittel verteilen: „Angesichts der starken Nachfrage ist die Auswahl sicher keine leichte Aufgabe. Sie wird in jedem Fall sorgfältig und transparent durchgeführt“, so Herrmann. Die einzelnen Förderprogramme seien teilweise stark überzeichnet.

70 Prozent für Kommunen

Für Bayern stellt der Bund in den Jahren 2009 bis 2011 einschließlich der Kofinanzierungsmittel von Freistaat und Kommunen 1,96 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen zur Verfügung. 70 Prozent der Mittel kommen unmittelbar den Kommunen zu Gute. Der Löwenanteil bei den Investitionen des Freistaats in Höhe von gut 500 Millionen Euro fließt in die Bereiche Hochschulen und Forschung. □

Probleme der Breitbandversorgung

Staatsregierung sieht Aufrüstung des ländlichen Raumes nicht gefährdet - Opposition sorgt sich um Funkmikrofone

Die Staatsregierung ist Befürchtungen entgegengetreten, die Breitbandversorgung des ländlichen Raumes könne durch eine Umverteilung des Frequenzbandes von 790 bis 862 Megahertz (MHz) empfindlich gestört bis verhindert werden. Es geht um eine EU-Neuregelung, die auf Vorlage der Bundesregierung am 15. Mai im Bundesrat verabschiedet werden soll. Im Landtag hat die Opposition Aussetzung der Beratung verlangt, bis alle technischen Probleme mit den Beteiligten von Rundfunk, Kultur- und Sportveranstaltern bis zu öffentlichen und privaten Betreibern von Stadthallen geprüft und beseitigt sind.

„Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung“

Es geht um die „Zweite Verordnung zur Änderung der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung“, wie es EU-amtlich heißt. Dr. Linus Förster (SPD) und Ulrike Gote (Grüne) begründeten im Landtag ihre Dringlichkeitsanträge, im Bundesrat noch nicht zu entscheiden.

Im betroffenen Frequenzbereich seien rund 700.000 Funkmikrofone in Betrieb, für welche die Bundesnetzagentur eine Nutzung bis 2015 zugesagt habe. Die Neuregelung bringe erhebliche Störungen des Betriebs. Ein Austausch der Funkmikrofone werde mehrere Milliarden Euro kosten. Allein für die mit Steuergeldern finanzierten Kultureinrichtungen würden von Experten zwei bis drei Milliarden Euro geschätzt. Es gehe darum, dem ländlichen Raum statt Glasfaserkabeln Anschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung zu stellen.

Staatskanzleiminister Dr. Siegfried Schneider erachtete die Verordnung mit dem langen Namen gerade für diesen Zweck notwendig. So könne die Breitbandversorgung im ländlichen Raum mit realistischen Mitteln verwirklicht und dessen Benachteiligung gegenüber den städtischen Zentren verhindert werden. Um noch Spielraum in der Umsetzung zu haben, werde dem Bundesrat eine Begleitentschließung des Bundeswirtschaftsministeriums vorgelegt.

Schneiders Amtsvorgänger Eberhard Sinner versicherte als Sprecher der CSU-Fraktion, die Neuverteilung des Frequenzbandes sei in jahrelangen Verhandlungen vorbereitet worden. Jetzt „bringen wir die Voraussetzungen, um die Breitbandlücke auf dem Land zu schließen“. Die im Bundesrat zu verabschiedende Frequenzbereichszuweisungsverordnung ermögliche eine Koexistenz der Nutzer.

Joachim Hanisch (Freie Wähler) entgegnete, die Gespräche mit der Vielzahl der Betroffenen seien noch nicht ausreichend geführt worden. Er befürwortete die Dringlichkeitsanträge. Für die FDP schloss sich Julika Sandt der Stellungnahme Schneiders an. Sie verwies auch auf das entsprechende Verhalten anderer Bundesländer. Beide Anträge wurden jedoch im Plenum gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. **rm**

Berichte über katastrophale Zustände:

Asylanten sollen menschenwürdig wohnen

Landtagsanhörung zur Situation in den Unterkünften

Dass die Situation von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften verbessert werden muss, war einhellige Meinung der Landtagsfraktionen nach einer auf Antrag der Grünen durchgeführten Anhörung von 26 Experten aus städtischen Ämtern, sozialen und karitativen Verbänden wie auch Sprechern der Flüchtlinge. Sie berichteten von katastrophalen Zuständen in den derzeit 117 Gemeinschaftsunterkünften mit fast 7500 Bewohnern.

Für die CSU fasste Joachim Unterländer als Arbeitskreisvorsitzender zusammen, Menschen, die in Bayern Zuflucht suchen, müssten nach den humanitären Grundsätzen einer auf dem christlichen Menschenbild ruhenden Politik untergebracht werden. Sozialministerin Christine Haderthauer hatte erklärt, zur zeitgemäßen Asylpolitik gehöre eine adäquate Wohnqualität.

Schließung gefordert

Die Grünen forderten die Schließung der Gemeinschaftsunterkünfte, was die CSU nicht zusagte. Innenminister Joachim Herrmann hatte vor der Anhörung betont, die Abschaffung staatlicher Unterkünfte und teure Integrationsmaßnahmen hätten mit einer sinnvollen, gesellschaftlich akzeptierten Integrationspolitik nichts zu tun. Vorrang habe die Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Für etwa die Hälfte der Bewohner in den Ge-

meinschaftsunterkünften bestehe nach den Zahlen des Sozialministeriums eine vollziehbare Ausreiseverpflichtung.

Der Flüchtlingszustrom ist 2008 weiter gesunken, weshalb es derzeit statt 144 nur noch 117 Gemeinschaftsunterkünfte gibt. Zunächst werden die Metallcontainer in Oberbayern abgebaut.

Übereinstimmend forderten Oliver Jörg (CSU) und Volkmarr Halbleib (SPD) vor allem für Fa-

milien, Kinder und Kranke bessere Lösungen. Die SPD-Sozialsprecherinnen Diana Stachowitz und Angelika Weikert verlangten mehr Personal für die Flüchtlingsbetreuung, insbesondere speziell geschulte Ärzte, Psychotherapeuten, Juristen und Sozialarbeiter.

Zweifel an Politikwende

Während die Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause auf eine Wende in der bayerischen Asylpolitik hofft, zweifelt Halbleib, dass den schönen Worten von Staatsregierung und CSU Taten folgen werden. Die Grünen haben einen Änderungsantrag zum Asylbewerberleistungsgesetz angekündigt. **rm**

Bayerischer Erfolg in Brüssel:

Neuabgrenzung verschoben

Mit Genugtuung hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner die Entscheidung der EU-Kommission aufgenommen, die geplante Neuabgrenzung der sogenannten benachteiligten Gebiete frühestens 2014 vorzunehmen. Brüssel trage damit den wiederholten Forderungen Bayerns Rechnung, die ursprünglich für das nächste Jahr vorgesehene Neuabgrenzung zu verschieben.

Laut Brunner bleibt jetzt den gebeutelten Landwirten eine weitere Verversicherung erspart. Rund zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe im Freistaat liegen in benachteiligten Gebieten. Der Minister erwartet nun intensive Abstimmungsprozesse zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten. Zentraler Maßstab für die Abgrenzung müsse dabei auch in Zukunft die sogenannte „landwirtschaftliche Vergleichs-

zahl“ als von allen Seiten akzeptiertes Indexsystem bleiben.

Acht Förderkriterien

Die EU-Kommission hatte eine Strategie vorgeschlagen, wie benachteiligte Gebiete künftig EU-weit nach einheitlichen Standards gefördert werden sollen. Danach soll es künftig statt bislang 100 nur mehr acht Förderkriterien geben: Niedrige Temperaturen, Wärmebelastung, Bodenentwässerung, Bodentextur und steinige Struktur, Wurzeltiefe, chemische Eigenschaften des Bodens, Bodenwasserbilanz und Gefälle. Die 27 EU-Staaten sollen nun Simulationen vorlegen, in denen die Folgen der neuen Kriterien durchgerechnet werden. Danach will die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag unterbreiten. Das neue System soll 2014 in Kraft treten. □



**Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG Bürgermeister Horst Rauh 95473 Haag am 11.5. Bürgermeister Korbinian Hillmeier 82290 Landsberied am 13.5. ZUM 60. GEBURTSTAG Bürgermeister Karl Engelhard 91725 Ehingen am 5.5. Bürgermeister Alois Zellner 94547 Iggenbach am 7.5. Bürgermeister Georg Hölzl 84335 Mitterskirchen am 8.5. ZUM 55. GEBURTSTAG Bürgermeister Johann Weininger 94256 Drachelsried am 7.5. Bürgermeister Franz Schmuck 90614 Ammerndorf am 8.5.	Bürgermeister Hans-Peter Laschka 96268 Mitwitz am 9.5. Bürgermeister Peter Mahl 86694 Niederschönenfeld am 9.5. Bürgermeister Harald Schlegel 95482 Gefrees am 14.5. ZUM 50. GEBURTSTAG Bürgermeister Friedrich Gleismann 96193 Wachenroth am 13.5. ZUM 45. GEBURTSTAG Bürgermeister Dieter Möhring 97491 Aidhausen am 13.5. ZUM 35. GEBURTSTAG Bürgermeister Alexander Eberl 95126 Schwarzenbach a.d. Saale am 18.5.
--	---

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Initiative „Zukunft Bauen Bayern“:

Brennpunkt München

Baukonferenz mit Innenminister Herrmann

Im Rahmen einer Baukonferenz bei der Regierung von Oberbayern wurde über aktuelle Vorhaben im Großraum München informiert. Innenminister Joachim Herrmann bezog sich auf die drei großen Bereiche, die das staatliche Baugeschehen in Verdichtungsräumen prägen: den staatlichen Hochbau, den Straßenbau und die Wohnraum- und Städtebauförderung.

Als einen Tätigkeitsschwerpunkt im staatlichen Hochbau bezeichnete Herrmann die Projekte der bayerischen Hochschulen. Neben den jetzt schon steigenden Studentenzahlen sei auch der doppelte Abiturjahrgang 2011 zu bewältigen. Die Bauverwaltung arbeite dazu mit Hochdruck an der Realisierung zahlreicher Bauprojekte mit neuen Lehrsälen und Laborflächen. Rechtzeitig bis zum Jahr 2011 würden an den Hochschulen die Lehr- und Lernbedingungen entscheidend verbessert.

Hochschulbau

Mit dem Konjunkturpaket II könnten zusätzliche 200 Millionen Euro investiert werden. Insgesamt verfügten die Sonderprogramme im Hochschulbau, verteilt über die nächsten drei Jahre, über ein Investitionsvolumen von 1,2 Milliarden Euro. Ein bedeutender Baustein zum Klimaschutz stelle das Sonderprogramm zur energetischen Sanierung staatlicher Liegenschaften in Bayern dar. Über eine Laufzeit von vier Jahren investiere der Freistaat 150 Millionen Euro, davon heuer voraussichtlich rund 55 Millionen Euro.

Ministerialdirigent Friedrich Geiger nannte als Beispiele für geplante bzw. bereits fertig gestellte Projekte im staatlichen Hochbau u. a. das Forschungszentrum für Nanotechnologie und Nanomaterialien am Garching Campus, das Biomedizinische Zentrum in Martinsried, das Besuchergebäude für die KZ-Gedenkstätte Dachau, den Neubau der Justizvollzugsanstalt München sowie die Polizeihubschrauberstaffel in Oberschleißheim.

Beim Wohnungswesen und der Städtebauförderung wurden nach Herrmanns Angaben im

Verdichtungsraum München Förderdarlehen in Höhe von über 82 Millionen Euro bewilligt. Wie auch in früheren Jahren erhielt München als Brennpunkt des Bedarfs damit wiederum einen im Vergleich zur Einwohnerzahl überproportional hohen Anteil an den gesamten Fördermitteln. Für die Städtebauförderung stellen der Freistaat Bayern, der Bund und die EU dieses Jahr 154 Millionen Euro bereit. Das ist der höchste Wert seit 1990. Mit ihren Finanzhilfen trägt die Städtebauförderung auch im Verdichtungsraum München entscheidend zur Stärkung der Städte und Gemeinden bei.

Aktive Ortsteilzentren

Ein Schwerpunkt in diesem Verdichtungsraum ist das 2008 neu eingeführte Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“. Es führt die erfolgreiche Initiative „Leben findet Innenstadt“ fort. Ziel des Programms ist, die Innenstädte, Orts- und Stadtteilzentren durch privates Engagement und durch eine erhöhte Investitionstätigkeit zu stärken. Ebersberg, Freising, Fürstenfeldbruck und München engagieren sich hier, wie Herrmann erläuterte. Allein diese Kommunen erhalten im Programmjahr 2009 insgesamt 1,5 Millionen Euro staatliche Finanzhilfen. Und das wirkt auch in andere Bereiche hinein: Die Städtebauförderung hat hohe Anstoßwirkungen auf weitere öffentliche und private Aktivitäten.

Straßenbau

Stichwort Straßenbau: Für die wichtigsten Verkehrsadern, die Autobahnen und Bundesstraßen, wurden bereits zum Jahresanfang über 1,1 Milliarden Euro

bereitgestellt - 100 Millionen Euro mehr als 2008. Beträchtliche Mittel stammen Herrmann zufolge aus den Konjunkturpaketen des Bundes und aus den Mehreinnahmen bei der seit Januar erhöhten Lkw-Maut. Sie ermöglichten einen zügigeren, weiteren Ausbau und auch die bedarfsgerechte Erhaltung der Bundesfernstraßen in Bayern. „In unseren Verdichtungsräumen werden wir damit auch die Verkehrstelematik verstärkt ausbauen“, erklärte der Minister.

Hohes Niveau sichern

Wichtig sei es nunmehr, dieses hohe Finanzniveau auch über die Laufzeit der Konjunkturprogramme hinaus zu sichern, fuhr Herrmann fort. Allerdings betrachte er mit Sorge die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung. Danach soll der Ansatz für die Autobahnen und Bundesstraßen in den Jahren ab 2011 wieder deutlich zurückgehen. Herrmann: „Zusätzliche Einnahmen aus der erhöhten Lkw-Maut müssen auch künftig zusätzlich in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur fließen. Nach dem Auslaufen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit müssen nun entsprechende Mittel in den Ausbau wichtiger Ost- und West-Achsen gelenkt werden, die durch die EU-Osterweiterung starke Verkehrszuwächse verzeichnen, wie beispielsweise die A 8 München-Salzburg. Das Programm des Bundes zur Verwendung der Mehreinnahmen aus der erhöhten Lkw-Maut kann nur ein erster Schritt sein.“

Verkehrssicherheit

Für den Staatsstraßenbau sind im Staatshaushalt 156 Millionen Euro für den Umbau und Ausbau sowie für die Bestandserhaltung der Staatsstraßen vorgesehen. Zusätzlich hat die Staatsregierung für die Jahre 2009 bis 2011 Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II für den Staatsstraßenbau eingeplant. Davon stehen in diesem Jahr bereits 63 Millionen Euro zur Verfügung. „Damit haben wir finanziellen Spielraum für zusätzliche Maßnahmen der Bestandserhaltung und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit“, meinte der Minister.

Gute Erschließung

Eine gute Erschließung spiele vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung der Verdichtungsräume eine bedeutende Rolle, sagte Herrmann. „Wir unterstützen die Städte und Gemeinden dabei mit staatlichen Fördermitteln nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und dem Finanzausgleichsgesetz.“ Diese Fördertöpfe würden auch kräftig genutzt. Für den Ausbau kommunaler Straßen stünden heuer allein nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz 160 Millionen Euro und insgesamt 226 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung. Der durchschnittliche Fördersatz lag 2008 bei 53 % der zuwendungsfähigen Kosten.

Bei der Realisierung von Staatsstraßenumgehungen in kommunaler Sonderbaulast unterstützt der Freistaat die Städte und Gemeinden mit jährlich 17 Millionen Euro. Bisher wurden 56 Ortsumgehungen bayernweit nach diesem Finanzierungsmodell gebaut, davon vier im Verdichtungsraum München. Auf diese Weise haben die Gemeinden dafür gesorgt, dass ihre Ortskerne vom Durchgangsverkehr entlastet wurden. **DK**

GZ

Kolumne
Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

viele Bürgerinnen und Bürger wollen gerade jetzt im Frühjahr ihre überflüssigen Pfunde loswerden und bekämpfen den Winterspeck mit Diätprogrammen und Fitnessangeboten. Leider wird dabei schnell vergessen, dass gesunde Ernährung nicht erst mit der Volljährigkeit beginnen darf. Dieses Thema geht auch unsere Kinder etwas an. Das wird besonders deutlich, wenn man sich die neuesten Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen ansieht. In Bayern ist jedes zehnte Vorschulkind übergewichtig. Deshalb müssen sich vor allem Kindergärten und Schulen vermehrt mit den Themen „gesunde



von Kultusstaatssekretär Dr. Marcel Huber fand das 100. Gesunde Schulfrühstück statt. Gefördert wird das Projekt aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit aus der Offensive Gesund - leben - Bayern. Darüber hinaus unterstützen heimische Firmen die Aktion, indem sie kostenlos Lebensmittel zur Verfügung stellen. Dafür mein herzlicher Dank! Der Erfolg und die Nachhaltigkeit dieser Aktion liegt auch darin, dass das Projekt keine Ein-

tagsfliege bleibt, sondern auch die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern mit eingebunden werden und das Thema gesunde Ernährung das ganze Schuljahr hindurch behandelt wird.

Doch gesunde Ernährung ist nur eine Seite, ausreichend Bewegung ist für ein aktives Leben genauso unverzichtbar. Computer und Fernseher verursachen einen Bewegungsmangel, der unsere Kinder immer träger und lustloser werden lässt. Anstatt herum zu toben und die eigenen körperlichen Grenzen auszuprobieren, sitzen viele Kinder zu Hause. Die Motorik wird nicht richtig gefördert und dadurch der Körper immer schwächer. Dabei ist Sport nicht nur eine Möglichkeit, aktiv und fit zu bleiben, in den Fitness- und Sportvereinen können die Kinder auch neue Freundschaften schließen, sich im Wettkampfmessen und soziale Kompetenz aufbauen.

Die Städte und Gemeinden beherbergen direkt vor Ort ein hervorragendes Netz an Vereinen und Organisationen, die mit zahlreichen haupt- und ehrenamtlichen Helfern den Kindern und Jugendlichen ein breites Freizeitprogramm anbieten. In der Vereinsarbeit werden den Jugendlichen genauso sportliche Fähigkeiten vermittelt wie die Regeln für ein geordnetes und respektvolles Miteinander. Damit leisten die Vereine einen wichtigen Beitrag zu Bildung, Erziehung und Integration der Kinder in die Gesellschaft.

Es ist daher unverzichtbar, die örtlichen Vereine von staatlicher und kommunaler Seite in ihrer Arbeit so gut wie möglich zu unterstützen und damit das gesunde und aktive Leben unserer kommenden Generationen zu fördern.

Ihr Georg Huber

Mit vereinten Kräften zum Wohl unserer Kinder

Ernährung“ und „Sport“ beschäftigen. Wir dürfen unseren Kindern nicht nur schulisches Wissen vermitteln, sie müssen auch den bewussten Umgang mit gesunden Lebensmitteln erlernen.

Der Landkreis Mühldorf ist bereits vom Reden zum Handeln übergegangen. Zusammen mit engagierten Apotheken aus dem Landkreis hat das Gesundheitsamt das Projekt „Essen mit Köpfchen“ ins Leben gerufen. Ziel dieser Kooperation ist es, den Schülerinnen und Schülern in der Grundschule spielerisch zu zeigen, wie sie sich gesund ernähren können. Apotheker aus dem Landkreis informieren über gesunde und ungesunde Nahrungsmittel und bereiten zusammen mit den Kindern ein gehaltvolles und vor allem leckeres Schulfrühstück zu. Auf diese Weise lernen die Kinder, dass gesundes Essen nicht nur fit und aktiv hält, sondern auch gut schmeckt.

Das Projekt „Essen mit Köpfchen“ ist mittlerweile ein Selbstläufer geworden, das auf große Resonanz bei den Lehrkräften, aber auch bei den Kindern trifft. So konnte vor kurzem ein stolzes Jubiläum gefeiert werden. Im Beisein

Jahrestagung der bayerischen Finanzamtsleiter:

Steuern senken, Leistung honorieren

Bei der Jahrestagung der bayerischen Finanzamtsleiter in Deggendorf warb Finanzminister Georg Fahrenschoen für das Steuerreformkonzept der CSU. Für die neue Legislaturperiode stehe für die Staatsregierung fest, dass über die bereits durchgesetzten Steuererleichterungen hinaus weitere Entlastungen benötigt werden. Die Menschen litten unter einer zu hohen Steuer- und Abgabenlast, wodurch Konsum und Binnenkonjunktur geschwächt seien. Um Wachstumskräfte zu entfesseln, müssten auf breiter Front die Steuern gesenkt werden.

Die Leistung des Bürgers müsse bei der Steuer wieder in das Blickfeld gerückt werden, sagte der Minister. Schon die Ankündigung von Steuererhöhungsplänen sei verantwortungslos, „egal ob getarnt als Reichensteuer oder als Rückzahlung an die Gesellschaft“. Jetzt sei eine Entlastung vor allem der Leistungsträger das Gebot der Stunde.

Deutschland benötige einen Einkommensteuertarif, der das berufliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger honoriert, fuhr Fahrenschoen fort. Hierzu müsse das Problem der kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer angegangen werden.

Breiter Impuls

Probleme mit der Gegenfinanzierung von Steuersenkungen sieht der Minister indes nicht. Für die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes sei genauso Geld da wie für die Aufstockung der Abwrackprämie, da müsse man auch einen „breiten Impuls geben und die privaten Haushalte steuerlich entlasten“.

Bayerns Finanzamtchefs sprechen sich in Deggendorf dafür aus, mehr Steuerangelegenheiten über den Computer abzu-

möglichst effektiv eingesetzt werden: „Dieses Ziel wird mit dem Ausbau des maschinellen Risikomanagements konsequent weiterverfolgt.“ Bearbeitet würden derzeit auch die Stellenpläne. Für die nächsten beiden Jahre seien 500 neue Stellen in den Finanzämtern und knapp 1.700 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten vorgesehen.

„Die Finanzämter sind die tragende Säule der Steuerverwaltung und Garant für die Sicherung der Staatseinnahmen“, hob Finanzstaatssekretär Franz-Josef Pschierer hervor. Er verwies auf die stetig steigenden Aufgaben der Finanzämter, beispielsweise im Zusammenhang mit der Rentenbesteuerung, und erklärte: „Gerade vor diesem Hintergrund ist eine gute EDV-Unterstützung für die tägliche Arbeit eine unabdingbare Voraussetzung.“

Bayerns IT bundesweit Vorreiter

Der Staatssekretär lobte auch die starke Stellung Bayerns im IT-Bereich: „Die bayerische Steuersoftware genießt im Ländervergleich hohes Ansehen.“ Nicht zuletzt die gute Anwendersoftware in Bayern - als Beispiel nannte Pschierer das Dialogverfahren UNIFA - habe den Ausschlag gegeben, dass künftig alle Länder die bayerische Software bis 2011 einsetzen. Pschierer zufolge „sind wir damit dem Ziel, eine einheitliche Steuersoftware in allen Ländern zum Einsatz zu bringen, einen großen Schritt näher gekommen“. **DK**

Frühjahrsklausur der FW-Landtagsfraktion:

Schwerpunktthema Kommunale Ebene

Im Rahmen der diesjährigen Frühjahrsklausur der FW-Landtagsfraktion kam es erneut zu einem politischen Meinungsaustausch mit den FW-Landräten. Drängendes Thema ist die für die Kommunen nicht befriedigende Situation des Finanzausgleichs zwischen ihnen und dem Freistaat.

Die Landräte fordern für die Kommunen mehr finanziellen Handlungsspielraum und eigene Entscheidungskompetenz. Sie müssen sich künftig auf eine gezielte Finanzierungsbasis verlassen können, gerade auch auf dem Gebiet der Sozialleistungen wie zum Beispiel der Eingliederungshilfe und Jugendsozialarbeit. Aiwanger: „Wenn der Staat Leistungskriterien definiert, muss er auch die entsprechende Finanzausstattung sicherstellen.“

Klare Perspektiven für Hauptschulstandorte

Bildung ist und bleibt wichtiges Thema. Es zeigt sich immer mehr, dass für viele Hauptschulstandorte eine engere Kooperation mit Realschulen unumgänglich sein wird. Unabhängig davon fordern Landräte und FW-Landtagsfraktion klare Perspektiven für die noch existierenden Hauptschulstandorte, kleinere Klassen und ausreichende Lehrerversorgung. Frühkindliche Förderung wird immer wichtiger, Nachmittagsbetreuung auch

an den Grundschulen ist unumgänglich. Personalkosten müssen komplett vom Staat übernommen werden. Sachaufwandsträger sind ohnehin die Kommunen. Die FW fordern Planungssicherheit im Schulbereich. Die jetzige Situation führt nach Ansicht der Landräte zum „Krieg in den Landkreisen um Schulstandorte“.

Grüne Gentechnik

Ein weiteres Thema mit direkter Auswirkung auf die Landkreise ist die Grüne Gentechnik. Landrätin Tamara Bischof berichtete von ständigen Querelen in ihrem Landkreis Kitzingen. „Das Verbot der Genmaisaussaat, das angesichts der bevorstehenden Wahlen von der Bundesagrarministerin ausgesprochen wurde, ist zwar zunächst einmal zu begrüßen. Aus Sicht der FW muss aber weitgehend verhindert werden, dass „Patente auf Leben“ zugelassen werden, die dazu führen, dass auf Kosten auf Verbraucher und Bauern Lizenzstrukturen in der Landwirtschaft etabliert werden.“ **□**

Zweckoptimismus oder ...

(Fortsetzung von Seite 1)

500 Gemeinden und in etwa 70 Gemeindeallianzen werden Entwicklungskonzepte erstellt.

Bayerische Clusterpolitik

Nach Ansicht von Neumarkts Landrat Albert Löhner müssen Verwaltungen stärker als Impulsgeber und Motor fungieren - möglicherweise auch als Finanzierer. „Die Zukunft gehört dem ländlichen Raum - sie gehört uns“ lautete die Vision einer eigenständigen und zukunftsfähigen Regionalentwicklung im Landkreis Neumarkt, die zu einer Neuausrichtung von Verwaltung und Politik geführt habe. Für die Umsetzung der kommunalen Wirtschafts- und Agrarpolitik und die Erschließung neuer Bereiche sei 1997 die Regionale Innovationsagentur Regina GmbH ins Leben gerufen worden. Gründungsinitiativen, Unternehmerstammtische und -schulen sowie die enge Zusammenarbeit mit Hochschulen und dem Mittelstand stellten wichtige Faktoren dar. Löhner: „Wir sind froh, dass die bayerische Clusterpolitik auch das Regionalmanagement fördert und dass die Kooperation mit der Europäischen Metropolregion Nürnberg hervorragend funktioniert. Ländliche Entwicklung braucht Qualifikation, Netzwerke - und Leidenschaft.“

Entwicklungspotenziale

Die Interkommunale Allianz Oberes Werntal liegt im Herzen Unterfrankens und ist nicht nur interkommunal, sondern auch landkreisübergreifend aufgestellt, wie Arthur Arnold, 1. Bürgermeister der Mitgliedsgemeinde Euerbach, darstellte. Eine Bestandsaufnahme im Modellprojekt „Flächenmanagement in interkommunaler Zusammenarbeit“ habe ein Innenentwicklungspotenzial von insgesamt 252 Hektar innerörtlicher Bauflächen ergeben - bei einem prognostizierten Baulandbedarf von nur 26 Hektar bis 2020. „Demnach liegt im Bestand zehnmal mehr Potenzial als Baulandbedarf“, so Arnold. Im April 2008 verpflichtete sich die neun Mitgliedsgemeinden in der „Oerlenbacher Erklärung“ zur Innenentwicklung und zum Flächensparen. Ziel sei es nun, Eigentümern und Interessenten Handlungsperspektiven aufzuzeigen und die Bevölkerung sowie regionale Banken als Partner zu gewinnen. Die „Bauhütte Obbach“ etwa sei ein solches Demonstrationsprojekt für ortstypisches, aber innovatives Bauen im Innenbereich.

Talente, Technologie und Toleranz

Dr.-Ing. E.h. Hans G. Huber, CEO Hans Huber AG, Berching, meinte: „Der Mittelstand ist Träger der regionalen Entwicklung. Er ist es, der Arbeitsplätze schafft, Ausbildung gewährleistet und die regionalen Strukturen bestimmt! Auch bei uns ist permanente Weiterbildung der Mitarbeiter ein zentrales Anliegen.“ Der ländliche Raum biete durchaus einen guten Standort für wirtschaftliche Ansiedlung und Entwicklung. Verkehrstechnisch sei er gut erschlossen, verfüge üblicherweise über die notwendigen Bildungseinrichtungen und vor allen Dingen fänden sich dort loyale, leistungsbereite Mitarbeiter.

„Der Theorie des amerikanischen Ökonomen Richard Florida zufolge entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft vor allem dort, wo die drei Komponenten Talente, Technologie und Toleranz zusammenkommen“, betonte Dr. Reiner Klingholz, Direktor

des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, in seinem Festvortrag. Demnach sammle sich in den urbanen Zentren jene kritische Masse an Kreativen, die aus Ideen Produkte machen, die mit neuen Technologien neue Jobs schaffen, wodurch wiederum weitere Talente angelockt werden. Für den ländlichen Raum blieben in diesem TTT-Konzept wenige Chancen.

Fleiß und Solidarität

Klingholz verwies auf eine Region, „die sich in Europa von anderen abhebt“: Im Oldenburger Münsterland hätten es die Bewohner fertig gebracht, auf Basis der Landwirtschaft überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze zu schaffen. Grundlage seien Fleiß und Solidarität sowie

eine hohe regionale Verflechtung, wirtschaftlich wie sozial. Die gesamte Wertschöpfungskette liege so in einer Hand.

Engagierte Bevölkerung

Laut Univ.-Prof. Dr. habil. Gabi Troeger-Weiß von der TU Kaiserslautern gehören Kultur- und Freizeitangebote, freie Flächen und Infrastruktur sowie Wirtschaftsfreundlichkeit und Zukunftsorientierung zu den Erfolgsfaktoren. Der ländliche Raum brauche aber auch starke Führungspersonlichkeiten als Botschafter, ein hoch qualifiziertes Regionalmanagement und eine engagierte Bevölkerung sowie ein breit angelegtes Entwicklungskonzept und gezielte Projektgenerierung. Eine Übertragbarkeit sei grundsätzlich mög-

Forderungen der Landkreise ...

(Fortsetzung von Seite 1)

begrüßt die Aussagen des Lissabonner Vertrages, in dem die nationale, regionale und lokale Kompetenz und die Ermessensspielräume hinsichtlich der Erbringung, Organisation und Vergabe von Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betont werden. Allerdings beinhaltet Art. 14 des neuen Vertrags weiterhin eine neue EU-Gesetzgebungszuständigkeit zur Regelung der Daseinsvorsorge. Aus Verbandsicht widerspricht eine solche Verlagerung der Regelungskompetenz auf die europäische Ebene dem Prinzip der Subsidiarität. Der Deutsche Landkreistag fordert daher, sich dafür einzusetzen, dass die neuen Kompetenzen im Bereich der Daseinsvorsorge nur dort zur Anwendung kommen, wo es unbedingt notwendig ist.

Beklagt wird die durch die Rechtsprechung des EuGH ausgelöste Rechtsunsicherheit im Umgang mit Institutionalisierten öffentlich-privaten Partnerschaften IÖPP. Lediglich die Vorlage konkreter und klarer, einfacher und praxisnaher legislativer Regelungsvorschläge auf europäischer Ebene durch die Kommission unter Beteiligung des Parlaments und des Rates kann dieser Situation abhelfen.

4. Kohäsions- und Strukturpolitik

Der Deutsche Landkreistag verlangt unter Abkehr von Metropolkonzepten eine gleichberechtigte Förderung des ländlichen Raumes durch die Strukturfonds. Die finanzielle Ausstattung der Regionalförderung muss gesichert bleiben, denn sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung regionaler Entwicklungspotenziale und zum Entstehen von Arbeitsplätzen. Es wäre nur konsequent, die Landkreise auch in die konkreten Entscheidungen der Mittelverteilung einzubinden und ihnen mehr Eigenverantwortung beim Mitteleinsatz zu übertragen.

5. Agrarpolitik

Die Landkreise sprechen sich dafür aus, die Vereinfachung von Anbauvorgaben (Cross-Compliance) im Sinne des Bürokratieabbaus zugunsten der Landwirtschaft weiter voranzutreiben. Auch die ganzheitliche Förderung des ländlichen Raumes mit allen Wirtschaftsbereichen sollte konsequent weitergeführt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass bei der Landwirtschaft Kürzungen nicht einseitig zulasten einzelner Wirtschaftsregionen gehen.

6. Energiepolitik

Der Wettbewerb der Energie-

versorgungsunternehmen darf nicht zu einer Konzentration auf die Versorgung städtischer Ballungsräume führen. Die Energieversorgungsunternehmen und Netzbetreiber müssen deshalb rechtliche Rahmenbedingungen vorfinden, die es ihnen erlauben, auch in Zukunft die Versorgung des ländlichen Raums mit sicherer und preisgünstiger Energie zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund lehnt der Deutsche Landkreistag insbesondere die zwangsweise eigentumsrechtliche Entflechtung der Energieversorgungsunternehmen ab. Die Entflechtungsvorschläge der Kommission sind mit nicht unerheblichen ökonomischen Risiken und rechtlichen Problemen verbunden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Investitionsanreize der Netzbetreiber deutlich reduzieren, was zwangsläufig zu einer Gefährdung der Versorgungssicherheit führen würde.

7. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Die Europäische Union verfügt mit Blick auf Fragen der Migration und des Asyls nur über beschränkte Kompetenzen. Davon sollte zurückhaltend Gebrauch gemacht werden. Nationale Regelungen sind besser als europäische Regelungen geeignet, eine an den besonderen Bedürfnissen des nationalen Arbeitsmarktes orientierte Steuerung der Zuwanderung zu ermöglichen. Unterstützung verdient dagegen der Ansatz der Europäischen Union zur Entwicklung einer gemeinsamen Strategie, mit der die Armutsmigration bereits im Heimatland verhindert werden kann.

Der Katastrophenschutz in Europa muss auch in Zukunft unter Beachtung der nationalen Kompetenzen und des Subsidiaritätsprinzips organisiert sein. Der Deutsche Landkreistag lehnt die Übertragung operativer Kompetenzen auf eine europäische Einsatzzentrale ab. Die nationalen Katastrophenschutzbehörden müssen auch in Zukunft darüber entscheiden können, welche Hilfe sie benötigen und anfordern.

8. Europäische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Die Anwendung des europäischen Beihilfen- und Wettbewerbsrechts auf soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse konterkariert die Anwendung des europäischen Beihilfen- und Wettbewerbsrechts um einen sozialen Zusammenhalt im Unionsgebiet. Sie hätte gerade im kommunalen Bereich gravierende Folgen für das System der

lich, freilich benötige dies einen langen Atem. Erfolgreiche Regionen blickten oft auf einen 10 bis 20-jährigen Entwicklungsprozess zurück.

Wertsicherungsbeauftragte

Wie Prof. Dr. -Ing. Winrich Voß vom Geodätischen Institut der Leibniz Universität Hannover bemerkte, werden Neubaugebiete künftig nicht mehr das Aushängeschild der Dörfer sein - die Zukunftsfähigkeit werde sich in der Innenentwicklung beweisen (müssen). Es sei wichtiger, Substanzverlust im Gebäudebestand zu minimieren, sprich die Qualität zu sichern, als allgemeine Wertschwankungen ausgleichen zu wollen.

Die große Zahl an sektoral zuständigen Fachbehörden erschwere die Steuerbarkeit im Flächen- und Immobilienmanagement. Ein „Kümmerer“ sei aber wichtig - am besten etwa

sozialen Sicherung und wird daher abgelehnt.

Der Deutsche Landkreistag begrüßt grundsätzlich die Bemühungen der EU zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts. Da die EU jedoch zu heterogen ist, um einen einheitlichen Sozialstaat oder ein Sozialmodell zu bilden, wird ein legislativer Ansatz mit Blick auf das Subsidiaritätsprinzip abgelehnt. Wichtig sind vielmehr flexible Politikmittel vor Ort, die auf den großen bestehenden Gemeinsamkeiten in der sozialen Struktur der Mitgliedstaaten aufbauen. Eine flexiblere Handhabbarkeit der bestehenden Förderinstrumente sollte ebenso gewährleistet sein wie die Einbindung der kommunalen Ebene in die Entscheidung der konkreten Mittelverteilung vor Ort.

9. Umwelt und Verkehr

Bei der Festlegung von europaweiten Emissionsnormen kann die EU einen zusätzlichen Mehrwert schaffen. Im Bereich der kommunalen Verkehrspolitik besitzt die EU jedoch keine Kompetenz für verbindliche Vorgaben. Hier kann es auf europäischer Ebene nur darum gehen, „best practice“-Beispiele zu vermitteln.

Der Deutsche Landkreistag bedauert, dass sich das Grünbuch vornehmlich auf städtische Fragestellungen konzentriert. Mobilität ist ein wichtiges Element für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung gerade auch in den weniger dicht besiedelten Regionen und ländlichen Räumen, in denen die wirtschaftliche Tragfähigkeit alternativer Verkehrsträger naturgemäß weniger gegeben ist. Zur Vermeidung von Maut-Ausweichverhalten sollte zudem eine Ausweitung der Eurovignetten-Richtlinie („City-Maut“) auch auf ländliche Regionen erwogen werden.

10. Europäische Gesundheitspolitik

Der Richtlinienentwurf wirft Fragen hinsichtlich seiner Vereinbarkeit mit den Grundsätzen der Subsidiarität auf. Detaillierte Regelungen, welche Leistungen von wem und in welcher Höhe zu erbringen sind, erscheinen als deutlich zu weitgehend. Die vor Ort in kommunaler Selbstverwaltung möglichen Entscheidungen sollten auch dort getroffen werden, da der Anteil grenzüberschreitender Patientenversorgung auch bei Erleichterung durch die europäischen Bestimmungen nur einen sehr kleinen Teil der Gesamtversorgung in einem deutschen Krankenhaus darstellt. **DK**

ein „Wertsicherungsbeauftragter“ mit entsprechender Unterstützungsstruktur.

Vertiefende Diskussion

Eine abschließende Talkrunde diente dazu, das Tagungsthema nochmals zu vertiefen. Als Diskutanten fungierten:

Prof. Dr. Hermann Schlagheck, Universität Bonn, O. Univ.-Prof. Dr. techn. Gerlind Weber, Universität für Bodenkultur Wien, Theo Augustin, Bun-

desministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Prof. Dr.-Ing. Joachim Thomas, Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführer des Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags und Vizepräsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum sowie Rudolf Faltermeier, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern. **DK**

Soziale Marktwirtschaft ...

(Fortsetzung von Seite 1)

dass die Antwort in einer Politik liegt, deren Grundprinzipien und Wertmaßstäbe bereits bekannt sind, „nämlich in der von Ludwig Erhard entwickelten Sozialen Marktwirtschaft. Diese Grundprinzipien müssen heute neu in konkrete Maßnahmen und Lösungen übersetzt werden, damit die Menschen spüren: Es geht erstens gerecht zu und zweitens hoher Wohlstand und alles, was darauf an sozialer Sicherheit, ökologischer Balance und persönlicher Freiheit beruht, ist auch weiterhin in Deutschland möglich,“ so Seehofer. In seiner Regierungserklärung vor Weihnachten hat der Ministerpräsident eine solche Wiederkunft der Sozialen Marktwirtschaft bereits angekündigt. Seehofer: „Die Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft wird von München ausgehen. Die Kommission „Zukunft Soziale Marktwirtschaft“ ist dafür ein wichtiger Baustein.“

Sozialer Friede und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer unterstrich, dass in der Vergangenheit des Öfteren vergessen wurde, dass Markt und Wettbewerb allein nicht ausreichen, um nachhaltigen Wohlstand und Wohlstand für alle zu garantieren. Pschierer: „Und deshalb brauchen wir einen wertgebundenen Ordnungsrahmen, eine Wirtschaftsordnung, die nachhaltigen materielle Werte, sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt schafft.“ Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel erinnerte an die Vision Ludwigs Erhards und Müllers-Armacks von einer Gesellschaft der Freiheit, der Verantwortung, der Chancengerechtigkeit und der Solidarität. Hessel: „Diese Vision hat nicht das Geringste an Strahlkraft verloren.“

Hochkarätige Besetzung

Der Ministerpräsident hat in die Kommission elf renommierte Persönlichkeiten berufen, um einerseits für die Politik konkrete Vorschläge zur Überwindung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zu erarbeiten sowie andererseits Ideen zu generieren, wie die Begeisterung der Menschen in Deutschland für das „Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft“ wieder stärker geweckt werden kann. Seehofer: „Ich habe den Kreis bewusst klein gehalten, um effektiv arbeiten und intensiv diskutieren zu können. Die Zeit drängt: Bis zur Sommerpause sollen konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen.“

Innovation und Fortschritt

Die Kommissionsmitglieder stehen, so Seehofer in ihren jeweiligen Aufgabenfeldern in der Wirtschaft in ganz besonderer Weise für Innovation und technischen Fortschritt, für konsequente Modernisierung und Erneuerung, aber vor allem auch für eine gelungene Partnerschaft von Unternehmen und Arbeitnehmern in den Betrieben. Das hat

Deutschland und Bayern groß gemacht. Seehofer: „Auf diese Erfolgsrezepte müssen wir künftig noch stärker setzen.“ Gleichzeitig wurde bei der Besetzung Wert darauf gelegt, Vertreter der Finanzwelt zu berufen, die eine große Nähe zum Mittelstand aufweisen und die dortigen Sorgen und Nöte aus der täglichen Praxis genau kennen.

Unkonventionelle Vorschläge

Auf der Wissenschaftsseite stehen Persönlichkeiten, die sich keiner wirtschaftspolitischen Debatte entziehen und gleichzeitig immer mit hohem wissenschaftlichem Anspruch für die beste Lösung im Sinne des Gemeinwohls streiten. Seehofer: „Ich bin sicher, dass beispielsweise die Diskussion zwischen dem Ifo-Präsidenten Professor Sinn und dem Sozialethiker Erzbischof Marx ein außerordentlich kreativer Prozess werden wird. Unkonventionelle und über den Tag hinaus reichende Vorschläge sind heute gefragt denn je.“

Neue Wege der öffentlichen Kommunikation

Seehofer betonte zudem, dass mit der Kommission „Zukunft Soziale Marktwirtschaft“ auch neue Wege in der öffentlichen Kommunikation gegangen werden. Seehofer: „Wir werden erstmals konsequent das Internet über www.bayern.de nutzen, um den Diskussionsprozess innerhalb der Kommission abzubilden und vor allem auch um die Bevölkerung aktiv mitdiskutieren zu lassen. Auch das ist ein Beitrag für meine „Politik des Dialogs“ und für eine neue politische Kultur im Lande, für die ich mich ganz persönlich einsetze. Ich appelliere an alle Bürgerinnen und Bürger, ihre Beiträge und Meinungen zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft aktiv via Internet (unter www.sozialemarktwirtschaft.bayern.de) in die Kommissionsarbeit der nächsten knapp drei Monate einzubringen.“

Bekannte Namen

- **Dr. h.c. Stephan Götzl** (Vorsitz), Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern
- **Prof. Dr. Ann-Kristin Achleitner**, Lehrstuhl für Entrepreneurial Finance, TU München
- **Prof. Dr. Michael Hüther**, Präsident des Instituts der Deutschen Wirtschaft
- **Frieder C. Löhner**, Vorstandsvorsitzender der Loewe AG
- **Prof. Dr. Reinhard Marx**, Erzbischof
- **Prof. Dr. Paul Nolte**, Lehrstuhl für Neuere Geschichte, FU Berlin
- **Dr. Hagen Pfundner**, Vorstand von Roche Deutschland
- **Prof. Dr. Hans-Werner Sinn**, Präsident des Ifo-Instituts München
- **Manfred Schoch**, Betriebsratsvorsitzender der BMW AG
- **Dr. Rudolf Staudigl**, Vorstandsvorsitzender der Wacker Chemie
- **Harald Strötgen**, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München. □

Trotz Beschwerden über Wettbewerbsverzerrung:

Bayerns Sparkassen auch in der Krise stabil und erfolgreich

Appell des Verbandes an die Politik / Landesbank-Desaster drückt den Gewinn

Die 75 bayerischen Sparkassen haben sich auch in Zeiten der Welt-Finanzkrise erfolgreich behauptet. Sie konnten ihre Kundeneinlagen und Kundenkredite deutlich steigern. Kein einziges Institut hat 2008 rote Zahlen geschrieben. Zusammen erzielten sie 175 Millionen Euro Jahresüberschuss und zahlten 185 Millionen Euro gewinnabhängige Steuern. Nicht ohne Genugtuung verkündeten Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern und Vizepräsident Rudolf Faltermeier in der Jahressprekoneferenz, dass sich die Sparkassen mit ihrem breiten Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft in der Krise als „Risiken abschirmend“ und damit als „stabilisierend“ erwiesen hätten. Trotz intensiver Nachfrage wollte sich Naser nicht detailliert zur Bayerischen Landesbank (BayernLB) äußern. Da der Verband nur noch mit 6 Prozent an der Landesbank beteiligt sei, stehe ihm das nicht zu.

Der Verbandspräsident wies darauf hin, dass es noch vor wenigen Jahren geheißen habe, Sparkassen seien nicht zeitgemäß, nicht renditestark genug und behinderten die Großbanken in ihrer Expansion. Selbst die Deutsche Bundesbank habe 2003 die Kritik des Internationalen Währungsfonds (IWF) an dem vermeintlich starren Drei-Säulen-Modell des deutschen Bankensektors übernommen, wonach die am Gemeinwohl orientierte Geschäftspolitik der Sparkassen eine Fehlallokation von Ressourcen und Effizienz einbußen tendenziell fördere. Und die EU habe in einem jahrelangen Prozess Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für öffentliche Institute abgeschafft. Heute aber sei vieles anders als der damalige Zeitgeist. So habe eine Umfrage des Forsa-Instituts von Ende Januar 2009 für die Sparkassen die höchste Vertrauensquote unter den Kreditinstituten in Deutschland ergeben.

Lob für Geschäftsmodell

Man frage sich heute schon, so Naser, wie es in Deutschland und insbesondere bei der Finanzierung des Mittelstandes aussähe, hätte man auf die Empfehlungen von vermeintlichen Experten gehört, die die Sparkassen privatisieren und manchmal auch vertikalisierten wollten. Heute lobte selbst der kritische Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung das Geschäftsmodell der Sparkassen. Mit Erstaunen sehe man, dass manch private Großbanken, die ein Mehrfaches ihres Börsenwertes als staatliche Unterstützung erhalten haben, den Wettbewerb ungeniert mit Hilfe dieser staatlichen Stützungsmaßnahmen zu Lasten jener Kreditinstitute wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken verzerrten, die ihre Arbeit ohne staatliche Unterstützungen erfolgreich leisteten. Der Präsident rief die Politik auf, die notwendige und im Kern sicher sinnvolle Stützungs politik so zu gestalten, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden.

Keine Kreditklemme

Durch deutliche Geschäftsausweitungen im Kreditgeschäft und bei den Kundeneinlagen stieg die addierte Bilanzsumme der bayerischen Sparkassen um 4,2 Prozent auf 166,7 Milliarden Euro. Das Kreditvolumen nahm um 1,5 Prozent auf 95,9 Milliarden Euro zu, und zwar ausschließlich durch Unterkreditkredite. Selbst im vierten Quartal, als sich bundesweit eine Abschwächung der Kreditnachfrage zeigte, blieb der Trend zu mehr Neukrediten stabil. Ausleihungen an Privatpersonen dagegen stagnierten. Die Kreditvergabe bei den Sparkassen habe sich in Zeiten der Finanzkrise grundsätzlich nicht verändert. Bei ihnen habe es keine Kreditklemme gegeben, „da sie über

hinreichend Eigenkapitalpolster und Liquiditätsreserven verfügen“. Beim Einsatz zinsgünstiger öffentlicher Fördermittel etwa der KfW-Bankengruppe, der LfA Förderbank Bayern sowie der Landwirtschaftlichen Rentenbank seien die Sparkassen mit 2,34 (Vorjahr: 2,0) Milliarden Euro Marktführer in Bayern.

Kredite für die Region

Die Kundeneinlagen erhöhten sich um 3,9 Prozent auf 128,3 Milliarden Euro, vor allem durch den Abzug von Geldern durch die Kunden bei Auslandsbanken und durch Umschichtungen. Krediten von 96 Milliarden Euro und Einlagen von 128 Milliarden Euro zeigten deutlich, dass das Kreditgeschäft der Sparkassen durch

Kundeneinlagen refinanziert und nicht durch internationale Liquiditätsengpässe beeinträchtigt werde. Naser: „Bei den Sparkassen werden Gelder aus der Region zu Krediten für die Region.“

Wertberichtigungen wegen der Finanzkrise

Bei leicht gesunkenem Zins- und Provisionsüberschuss ging das Betriebsergebnis vor Bewertung auf 1,34 (1,42) Milliarden Euro zurück. Während sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft um 80 Millionen Euro auf die beste Marke seit 15 Jahren verbesserte, sorgte die Finanzmarkt- und Wertpapierbereich für eine deutliche Verschlechterung um 160 Millionen Euro. Ein großer sonstiger Wertberichtigungsbedarf um 520 Millionen Euro ergab sich jedoch durch die Neubewertung der Beteiligungen der Sparkassen am Stammkapital des Verbandes. Hierin spiegeln sich Abschreibungen auf die Beteiligung des Verbandes an der BayernLB wider. Das gesamte Bewertungsergebnis fiel um etwa 300 Millionen Euro schlechter aus als im Vorjahr. Es wäre wohl noch schlechter ausgefallen, hätten die Sparkassen nicht Stille Reserven gehoben, zum Beispiel durch Höherbewertung

Nach den existenzbedrohenden Stürmen:

Vorsichtige Zuversicht in der Krise

Die Bayerische Landesbank ist mit der Herkules-Arbeit ihrer Restrukturierung beschäftigt

Zwar ist das existenzbedrohende Unwetter, in das sich die Bayerische Landesbank (BayernLB) durch allzu leichtfertige Geschäfte hineinmanövriert hat oder - wie es auch abwegig heißt - durch die weltweite Finanzkrise hineingezogen worden ist, noch längst nicht vorüber, doch scheint immerhin das Allerschlimmste überstanden. Die Bank selbst zeigt jedenfalls wieder vorsichtige Zuversicht. Diesen Eindruck vermittelt Michael Kemmer, der Vorstandsvorsitzende der zweitgrößten deutschen Landesbank, in der Bilanzpressekonferenz.

Das Jahr 2008 sei mit einem Konzernverlust von 5,4 Milliarden Euro für die BayernLB zwar eines der schwierigsten Jahre in ihrer nunmehr 125-jährigen Geschichte gewesen, doch habe es in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres in allen Konzernteilen wieder positive Ergebnisse gegeben, so dass eine spürbare Verbesserung im operativen Ergebnis des Konzerns zu erwarten sei. Hier hatte es im Berichtsjahr 5 Milliarden Euro Verlust gegeben.

2009 wieder Gewinn

Dennoch sei angesichts der finanziellen Belastungen durch die unumgängliche Restrukturierung der Bank und der heute noch nicht abschätzbaren Belastungen aus der weltweiten Wirtschaftskrise derzeit eine Jahresprognose nicht möglich. Es sei jedenfalls kaum damit zu rechnen, dass 2009 die Gewinnschwelle wieder erreicht werde, sagte Kemmer. Der BayernLB-Chef bedauerte sehr, dass die bayerischen Steuerzahler in Anspruch genommen werden müssten, um die existenzbedrohende Lage der Bank abzuwenden.



Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern und Vizepräsident Rudolf Faltermeier. □ ihrer Beteiligung an der Versicherungskammer Bayern. Einzelheiten dazu wollte Naser aber nicht nennen („Still heißt still“).

Die gewinnabhängigen Steuern machten mit 185,0 (276,6) Millionen Euro mehr aus als der durch die Belastungen stark geschrumpfte Jahresüberschuss von 175 (272) Millionen Euro. Dennoch werden eine Kernkapitalquote von 10,5 Prozent und eine Eigenkapitalquote von 15,6 Prozent ausgewiesen, womit die Sparkassen weit über den gesetzlich vorgegebenen Werten von 4 bzw. 8 Prozent liegen.

Fusion der Landesbanken

Auch wenn die Beteiligung der Sparkassen an der Landesbank von einst 50 auf jetzt 6 Prozent geschrumpft ist, wollen diese ihre Zusammenarbeit mit der BayernLB ausbauen. Weitere Abschreibungen auf ihre Beteiligungen erwarten sie nicht, wohl aber die Wiederaufnahme der Verzinsung ihrer Stillen Einlagen über insgesamt etwa eine Mrd. Euro, „weil die Landesbank operativ wieder im Plus arbeitet“. Für 2008 war diese Verzinsung ausgefallen. Außerdem tritt der Sparkassenverband für eine „Verdichtung der Landesbanken“ in Deutsch-

land ein, womit Fusionen gemeint sind, die sich jedoch „auf Sicht“ nicht abzeichnen. Wenn es aber einmal dazu komme, müsse sichergestellt bleiben, dass die Landesbausparkasse und Landesbodenkreditanstalt in bayerischer Hand, also bei den Sparkassen, bleiben, forderte Naser.

Fokus auf Beratung

Faltermeier nannte als Garant für den künftigen Sparkassen-Erfolg die Renaissance der klassischen Beratung und das dichte Filialnetz mit 2.562 stationären Geschäftsstellen, 406 Beratungszentren und 314 Selbstbedienungszentren. Selbst Privatbanken folgten inzwischen wieder diesem Kurs und investierten jetzt verstärkt in ihr Filialnetz. Ausgebaut werden auch die übers Internet angebotenen Leistungen wie etwa das elektronische Postfach oder die Online-Immobilienbank mit bundesweit knapp 62.000 Objekten. Insgesamt sollen Maßnahmen zur Ertragssteigerung und zur Kostensenkung die Zukunft sichern, wobei dies zur Eigenoptimierung der einzelnen Sparkassen durch Outsourcing von Aktivitäten ergänzt werden soll. Als Beispiel nannte Faltermeier die

Fusion der Rechenzentren auf nur noch einen bundesweiten Dienstleister. Die Zahl der Auszubildenden haben die Sparkassen um 7,9 Prozent auf 3388 gesteigert. 2009 werde es noch einmal eine Steigerung um 8,4 Prozent geben.

Orientierung am Gemeinwohl

Mit verhaltenem Stolz weisen die Sparkassen darauf hin, dass sie als Kreditinstitute in kommunaler Trägerschaft keinen Aktionärsinteressen verpflichtet sind und sich darauf konzentrieren, am Gemeinwohl orientiert zu arbeiten. Dies erlebten die Bürger in vielfältiger Form, angefangen bei Stiftungen und Spenden bis zur Unterstützung der regionalwirtschaftlichen Entwicklung. So haben die bayerischen Sparkassen 2008 insgesamt 56 Millionen Euro an Spenden, Stiftungsausschüttungen und Förderbeiträgen für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen bereitgestellt. In Bayern gibt es 96 Sparkassen-Stiftungen. Hinzu kommen die überregional arbeitende Bayerische Sparkassenstiftung und die Sportjugendstiftung der bayerischen Sparkassen. Zusammen haben Bayerns Sparkassen 182,9 Millionen Euro Stiftungskapital aufgebracht. Die Förderleistungen werden für soziale, kulturelle, Breitensportliche und umweltbezogene Vorhaben verwendet.

Abschließend mochte Naser keine Prognose für das Gesamtjahr abgeben. In der Kreditnachfrage sei jedenfalls keine erneute Belebung zu erwarten. Dennoch seien die bayerischen Sparkassen zuversichtlich, im laufenden Jahr eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung zu erreichen. **dhg**



Das Haus-Mittel gegen Unwetter: Unsere neue Wohngebäude-Versicherung mit KlimaKasko. Denn dass das Wetter verrückt spielt, wird immer normaler: Schon heute sind Unwetterschäden doppelt so häufig wie Feuerschäden. Dank KlimaKasko jagen Ihnen weder Sturm, Hagel, Überschwemmung noch Schneemassen einen Schauer über den Rücken. Verlassen Sie sich auf die Versicherungskammer Bayern, den Wohngebäude-Versicherer Nr. 1 in Bayern und der Pfalz. Denn wir schützen Ihr Zuhause – als wär's unser eigenes. Fragen Sie Ihren Berater nach dem Rundum-Schutz KlimaKasko – er berät Sie gerne und kümmert sich um alles. Sie finden ihn auf Ihrer Wohngebäude-Police oder auf www.versicherungskammer-bayern.de



Wir versichern Bayern.

Kreissparkasse München Starnberg zieht Bilanz:

Ein sicherer Hafen im Sturm der Finanzkrise

Neue Kunden im Anlagen- und Kreditgeschäft / Wechsel an der Spitze

Trotz der zunehmend schwierigeren wirtschaftlichen Umstände hat die Kreissparkasse München Starnberg das Berichtsjahr 2008 mit einem beachtlichen Wachstum auf beiden Seiten der Bilanz und einem stabilen Ergebnis „zufriedenstellend“ abgeschlossen. Zustatten gekommen ist ihr dabei gewiss die Tatsache, dass ihr Geschäftsgebiet mit den Landkreisen München und Starnberg „stabiler ist als Bayern insgesamt“. Dies jedenfalls räumte der Vorstandsvorsitzende Karl-Ludwig Kamprath in seiner letzten Bilanzpressekonferenz ein. Er geht zum 1. Mai nach 32 Jahren im Vorstand der Kreissparkasse in Pension. Sein Nachfolger wird das bisherige Vortandsmitglied Anton Hummer. Ihm werden mit Josef Bittscheidt und Walter Fichtel nur noch zwei Kollegen im Vorstand zur Seite stehen, denn das Gremium wird, wie es bei der Fusion der Münchener und Starnberger Kreissparkassen vereinbart wurde, auf drei Mitglieder reduziert.

Wohl mehr noch als über das gute Abschneiden haben sich Kamprath und seine Kollegen über den Imagegewinn gefreut, den die Finanz- und Wirtschaftskrise den Sparkassen beschert hat, die lange als „biedere Kreditinstitute“ gegolten hätten, jetzt aber als eine der wichtigsten Säulen der Wirtschaft und als erste Anlaufstelle für Privatkunden, Kommunen, das Handwerk, den Mittelstand und auch für größere Unternehmen gälten. Aus Vorurteilen sei ein richtiges und faires Urteil geworden, sagte Kamprath. Auch der Bundesfinanzminister habe festgestellt, dass das dreisäulige deutsche Kreditwesen als Strukturelement des deutschen Bankenwesens von entscheidender Bedeutung sei.

Belastungen durch Krise

Der Chef der Kreissparkasse verhehlte nicht, dass die Finanzkrise massive Konsequenzen auch für die Sparkassen habe. Neben den Hilfen für die IKB, die KfW und besonders für die Hypo Real Estate nannte er die Schutzschirme für die Landesbanken und stellte insbesondere auf die unerfreuliche Entwicklung der Bayerischen Landesbank (BayernLB) ab, was in der bayerischen Sparkassenorganisation ein wichtiges Thema war und ist. Die Sparkassen in Deutschland tendierten dazu, sich aus ihren Beteiligungen an den Landesbank zurückzuziehen, weil sie nicht bereit seien, weiter ins Risiko zu gehen. Kamprath sagte, dass die Entwicklung bei der BayernLB die Kreissparkasse 2008 insgesamt mit etwa 20 Millionen Euro belastet habe. Er plädierte für Fusionen unter den Landesbanken. Leider seien seitens der Politik noch keine Ergebnisse vorzuweisen. Jetzt drohe die Gefahr, dass Partikularismus und Föderalisierung zunähmen.

Wettbewerbsverzerrungen

Auf einen speziellen Aspekt wies der scheidende Sparkassenchef noch eigens hin. Vor nicht allzu langer Zeit sei die Gewährträgerhaftung für die Sparkassen weggefallen, da sie als unzulässiger Wettbewerbsvorteil angesehen wurden. Die Kommunen haften also nicht länger für ihre Sparkassen. Aber vier Jahre später spanne die Bundesregierung nun Schutzschirme in Milliardenhöhe über den Geschäftsbanken auf und vergebe eine staatliche Einlagengarantie. Dazu aber habe die EU-Kommission nichts gesagt. Die Konkurrenten der unterstützten Banken beklagten mit Recht eine massive Wettbewerbsverzerrung, was selbst der Bundesfinanzminister zugebe.

In der Finanzmarktkrise hätten die Geschäfts- und Direktbanken einen herben Imageverlust erlitten. Viele Kunden hätten Angst um ihre Einlagen gehabt. Zwar gebe es in Deutschland einen gesetzlichen Einlagensicherungsfonds der Geschäftsbanken,

doch der könne in seinem Umfang und seiner Deckung nicht mit den Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe oder auch der Genossenschaftsbanken gleichgesetzt werden. Deshalb hätten viele Bürger ihr Geld zu den Sparkassen gebracht, die einen bisher noch nicht da gewesen Einlagenzuwachs verzeichnen konnten. Die Sparkassen hätten sich im Sturm der Finanzmarktkrise als sicherer Hafen erwiesen.

Mittelstandsfinanzierer

Als Mittelstandsfinanzierer hätten die Sparkassen, die laut Umfragen als besonders kundenorientiert und vertrauenswürdig gelten und für Sicherheit, Stabilität und Seriosität stehen, eine Kreditklemme in Deutschland verhindert. Sparkassen verkauften keine Kundenkredite, sondern seien Partner, „die nicht gleich die Schirme einsammeln, wenn es mal regnet“. Dieses Geschäftsmodell sei schon vor mehr als 200 Jahren verfolgt worden, als die ersten Sparkassen aus den Spar- und Leihkassen im frühen 19. Jahrhundert entstanden. Wie eh und je übten Sparkassen nur Geschäfte aus, von denen sie etwas verstünden und deren Risiken überschaubar seien.

Mehr Kundeneinlagen

Die Bilanzsumme des Instituts verzeichnete mit einem Plus von 15,2 Prozent auf 7,3 Milliarden Euro den höchsten Zuwachs in seiner Geschichte. Basis des Wachstums waren die Kundeneinlagen, die um 10,1 Prozent auf 5,69 Milliarden zulegten. Im bayerischen Durchschnitt wuchsen die Einlagen um 3,9 Prozent, im bundesdeutschen Durchschnitt um 3,5 Prozent. Hier zeigt das Bevölkerungsbild im Geschäftsgebiet der drittgrößten bayerischen Sparkasse (hinter den Instituten von München und Nürnberg) seine besondere Wirkung. Bevorzugt waren kurzfristige Anlagen. Die Ausleihungen nahmen um 4 Prozent auf 4,37 Milliarden Euro zu. Besonders im vierten Quartal habe es einen deutlichen Kreditschub gegeben. Zeitweise seien die Kreditanfragen so zahlreich gewesen, dass sie kaum zu bewältigen waren. Die Entwicklung habe sowohl bei den Einlagen als auch bei der Kreditgewährung zahlreiche Neukunden gebracht. Man werde sich bemühen, diese Kunden auf Dauer zu halten.

Viele Existenzgründer

Wegen Zurückhaltung bei den Großbanken seien zahlreiche Bauträger zur Kreissparkasse gekommen. Das private Wohnungsbaukreditgeschäft habe sich deutlich erholt. Auch Existenzgründungsdarlehen seien sehr gefragt gewesen. Kleine und mittelständische Unternehmen werden über die Beteiligungsgesellschaft BeGes mit standardisierten Beteiligungen von 50.000

bis 250.000 Euro als Genussrechtskapital unterstützt. Größere Unternehmen können zur Stärkung der Eigenkapitalbasis eine individuelle Beteiligung ab 250.000 Euro erhalten.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung erreichte mit 0,75 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) oder 48,9 Millionen Euro ungefähr das Niveau des Vorjahres. Dazu beigetragen haben eine leicht verbesserte Zinsspanne (2,03 Prozent der DBS), ein etwas gesunkener Provisionsüberschuss und in etwa gleich gebliebene Aufwendungen.

Neben den Belastungen durch die BayernLB schlugen, obwohl die Kreissparkasse zu keiner Zeit Subprime-Wertpapiere in ihrem Eigenbestand hatte, 9 Millionen Euro Abschreibungen auf eigene Wertpapiere (wegen der Kursrückgänge an der Börse) zu Buche. Da die Papiere bis zur Fälligkeit gehalten werden sollen, dürften auf Grund der Bonität des Portfolios später Einlösungsgewinne anfallen. Dieses Vorgehen ist möglich, weil die Kreissparkasse die Belastungen problemlos aus dem operativen Geschäft heraus tragen kann, ohne Reserven anzutasten. Denn als Jahresergebnis werden immer noch 11 Millionen Euro ausgewiesen - „keine Selbstverständlichkeit in diesem Ausnahmejahr“, so Kamprath.

Soziales Engagement

Der Gewinn reicht aus, um wieder 1,12 Millionen Euro zur Förderung sozialer, kultureller und sportlicher Projekte bereitzustellen. Kommunen, Kindergärten, Schulen, kirchliche Institutionen, Altenheime, Sportvereine sowie Künstler könnten sich nach wie vor auf die Kreissparkasse München Starnberg als einen der größten Förderer in der

Vorsichtige Zuversicht in der Krise...

(Fortsetzung von Seite 5)

10 Milliarden Euro Eigenkapitalhilfe stammt aber nicht nur aus dem erwähnten Konzernverlust, sondern auch aus erhöhten Eigenkapitalanforderungen auf Grund der Finanzmarktkrise und den strengeren Basel-II-Vorschriften in deren Gefolge.

Kemmer räumte ein, dass das öffentliche Ansehen der BayernLB im vergangenen Jahr stark gelitten hat. Auf Grund der staatlichen Stützungsmaßnahmen verfüge die Bank jetzt aber wieder über eine stabile und solide wirtschaftliche Basis. Dies ermögliche, „mit einem fokussierten Geschäftsmodell“, dem so genannten Projekt „Herkules“, das Unternehmen bis 2013 zu restrukturieren. Die Bank werde im Rahmen des Projektes „Herkules“ kleiner und regionaler werden, sich also auf ihr Kerngeschäft, auf bestimmte Kundengruppen, Regionen und Produkte konzentrieren. Was nicht zum Kerngeschäft gehöre, werde konsequent abgebaut. Aber es werde keinen Portfolio-Averkauf um jeden Preis, keine Notverkäufe geben. Dadurch werde die Summe der riskanten Geschäfte um 70 Milliarden Euro abgebaut.

Konzentration auf das Kerngeschäft

Im Zentrum der Geschäftstätigkeit sollen der Mittelstand und die Zusammenarbeit mit den Sparkassen als Kunden und strategischen Vertriebspartnern stehen. Dazu werde man mit 100

Klimaschutz – von der Theorie zur Praxis

Neuer Service der Commerzbank zeigt konkrete Umsetzungsmöglichkeiten auf

Der Klimawandel und seine Folgen sind endgültig nicht nur in den Köpfen der politisch Verantwortlichen angekommen: Neun von zehn deutschen Unternehmen sind der Ansicht, dass die Wirtschaft eine besondere Verantwortung trägt, wenn es darum geht, die Folgen des Klimawandels einzudämmen - so das Ergebnis einer entsprechenden Studie der Initiative UnternehmerPerspektiven der Commerzbank. Für 45 Prozent ist der Klimawandel eine der ganz großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, weitere 42 Prozent halten ihn für ein eminent wichtiges, wenn auch nicht alles beherrschendes Thema.

Im Anstieg der Energiepreise, in der geplanten Senkung des Treibhausgas-Ausstoßes und im Druck zum verantwortungsvollen Umgang mit endlichen Ressourcen steckt nicht nur eine Herausforderung für private und öffentliche Unternehmen, sondern auch eine Chance im Wettbewerb. Denn die Erwartungen der Öffentlichkeit an klimabewusstes Verhalten der Gesellschaften sind hoch - wer sich hier profilieren kann, spart langfristig nicht nur Kosten, sondern gewinnt mit seinem verantwortungsbewussten Handeln auch an gesellschaftlicher Akzeptanz.

Will man diese Chance nutzen, müssen jetzt die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehört als erstes, die Kosten- und Mengenstruktur seines Energieverbrauchs im Blick zu behalten. Auf dieser Basis sind dann gezielte Maßnahmen möglich, um den eigenen Energiemix und CO₂-Ausstoß günstiger als branchenüblich zu gestalten, sinnvolle Energieeinsparungsmöglichkeiten zu identifizieren und die Energieversorgung der Gesellschaft und Kommunen langfristig kalkulierbar zu machen.

Keine Frage: Klimaschutz bleibt einer der Megatrends des 21. Jahrhunderts und wird damit zum Business Case für weite Teile der Eigengesellschaften. Soweit die allgemeine Einsicht. Was aber bedeutet das ganz konkret in der Pra-

xis? Wie sieht ein optimales Energiekostenmanagement aus? Und wie schafft man erst einmal die nötige Transparenz über Ressourcenverbrauch und -abhängigkeit im eigenen Bereich?

Bei den individuellen Antworten auf diese Fragen hilft ab sofort ein neuer Service der Commerzbank, der klima:coach.

Der klima:coach analysiert dazu in Bezug auf Energieintensität und -effizienz. Anhand von Benchmarks* deckt er Abweichungen gegenüber branchenähnlichen Unternehmen auf. Er berechnet aus Verbrauchsdaten, CO₂-Äquivalenten und aktuellen Marktzahlen die mögliche Entwicklung der Energiekosten, zeigt deren zukünftige Bedeutung für die Gewinn- und Verlustrechnung und ermittelt Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz. Aus all dem leitet er schließlich individuell auf das einzelne Unternehmen zugeschnittene Handlungsempfehlungen ab.

Für Kommunen und deren Eigengesellschaften gibt es maßgeschneiderte Lösungen. Hier bietet die Commerzbank mit spezialisierten und leistungsstarken Kooperationspartnern ein breites Beratungsangebot an. Beispielsweise bei der Energieoptimierung und beim Facility Management von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden wurden Lösungen durch die Commerzbank und ihre Kooperationspartner erfolgreich implementiert.

Zur Umsetzung entwickelt die Commerzbank auf Wunsch entsprechende Finanzierungskonzepte. Finanz- und Klimaexpertise verbinden sich auf diese Weise zugunsten der Gesellschaft.

*) Momentan können nur folgende Branchen gegen Benchmarks verglichen werden: Metallindustrie, Papier & Pappe, Maschinenbau, Kunststoffverarbeitung, Transport & Logistik, Glas & Keramik, Textilindustrie, Krankenhäuser, Nahrungsmittelindustrie.

Markus Plöger ist Senior Produktmanager Klimaberatung der Commerzbank AG; Kontakt: markus.ploeger@commerzbank.com



Markus Plöger.

Region verlassen. Die Kreissparkasse werde auch in schwierigen Zeiten ihr Engagement im Geschäftsgebiet nicht einschränken.

Für 2009 sieht sich die Kreissparkasse für alle Eventualitäten gut aufgestellt. Auch wenn sich die Erfolgsgeschichte von 2008 nicht einfach fortsetzen lasse, sehe man zuversichtlich in die Zukunft. dhg

Millionen Euro einen Sanierungsfonds BayernLB Private Equity für die bayerische Wirtschaft auflegen. Als weitere Kundenkreise gelten schwerpunktmäßig Großkunden in Deutschland, ausgewählte internationale Adressen, Immobilienkunden, die öffentliche Hand in Deutschland, darunter nicht zuletzt die Kommunen, sowie institutionelle Anleger, aber auch Finanzinstitutionen, um ein Korrespondenznetzwerk von Partnerbanken aufrechtzuerhalten. Bei dem Geschäft mit den Kommunen werde das Konjunkturprogramm II eine wichtige Rolle spielen. Die Landesbank will die dort vorgesehenen staatlichen Hilfen mit Krediten aufstocken und auch Public-Private-Partnerships (PPP-Projekte) fördern.

Arbeitsplatzabbau

Bei all dem soll die Bank mit ihrer Bilanzsumme von 422 Milliarden Euro um etwa ein Drittel verkleinert und zugleich ihre Effizienz erhöht werden. Interessante Geschäftspotenziale sieht Kemmer in den Bereichen nachhaltige Energieerzeugung und Energieeffizienz sowie nachhaltige Mobilität und Wasserwirtschaft. Die Zahl von derzeit etwa 20.000 Mitarbeitern soll bis 2013 um etwa ein Viertel reduziert werden, dabei um circa 1.000 im Inland. Die Geschäfte der Gruppe will man künftig bündeln und zentral steuern. Von einer Fusion mit anderen Landesbanken war absolut nicht die Rede.

Als Großkunden gelten DAX-, MDAX- und Familienunternehmen ab 1 Milliarde Euro Umsatz, und zwar sowohl auf dem europäischen als auch auf dem nordamerikanischen Markt. Als interessante Branchen nannte der Landesbank-Chef Bauwirtschaft, Chemie, Technologie, Öl und Gas sowie Versorgung. Aus einer Vielzahl anderer Aktivitäten werde man sich sukzessive zurückziehen, so aus der Finanzierung von Schiffen und Flugzeugen und den Akquisitionsfinanzierungen mit Finanzinvestoren und dem Produkt Secured Lending (Besicherte Ausleihungen) in den USA. Aufgegeben werden auch die Finanzierungsgeschäfte mit der Öffentlichen Hand außerhalb Deutschlands. Deutlich eingeschränkt werden soll das Kreditgeschäft mit Finanzinstitutionen.

Ausbau des Privatkundengeschäfts

Geschlossen werden die Niederlassungen und Repräsentanzen in Asien, Mailand und Montreal. Deutlich verkleinert werden die Standorte New York und London. Im Immobiliengeschäft will die Bank über die bloße Finanzierung hinausgehen und sich dabei auf Deutschland, den wichtigsten Immobilienmarkt in Europa, konzentrieren, aber selektiv auch in Europa und außerhalb Europas tätig werden.

Ausgebaut werden soll das Privatkundengeschäft der Berliner Tochter Deutsche Kreditbank (DKB) als „Hausbank im Internet“, dies besonders auch in Ostdeutschland. Die DKB soll aus eigener Kraft ohne Investitionen der Mutter als Vollbank etabliert werden. Im Kundenvision sind die Bereiche Wohnungsunternehmen, Kommunen, Energie, Landwirtschaft und Tourismus. Wichtige Töchter im Retailgeschäft (Einzelkundengeschäft) bleiben laut Kemmer auch die Landesbausparkasse (LBS) – die also nicht verkauft

werden wird - und die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo).

Insgesamt will die BayernLB bis 2013 die Zahl ihrer Beteiligungen auf etwa 65 halbieren. Beteiligungen soll es nur noch für Kernaktivitäten und zur Sicherstellung des öffentlichen Auftrags geben. Die BayernLB werde auch künftig die Zentralbankfunktion für die Sparkassen im Lande haben.

Die Sanierungsmaßnahmen müssen noch von der EU-Kommission genehmigt werden, was vermutlich im Sommer der Fall sein werde.

Finanzvorstand Stefan Ermisch teilte mit, dass 2008 das verlustreiche ABS-Wertpapierportfolio von 24,9 Milliarden Euro Ende 2007 bereits um ein Viertel abgebaut werden konnte. In den Safes liegen also immer noch minderwertige Wertpapiere über 19,6 Milliarden Euro. In sieben Jahren soll dieses Portfolio zu 90 Prozent abgebaut sein. Die echten Ausfälle bei diesem Portfolio sind bisher unter 100 Millionen Euro geblieben. Erheblich verstärkt wurde mit 1,7 Milliarden Euro die Kreditrisikoversorge. Etwa je ein Drittel entfällt auf das Engagement bei Lehman Brothers, auf die Kreditvergabe in Island und auf die Österreich-Tochter HGAA.

Kein weiterer Finanzbedarf

Die Kostensenkungsmaßnahmen begannen zu greifen, sagte Ermisch. Es stehe nicht zu erwarten, dass über die 15 Milliarden Euro hinaus weitere Kapitalzuführungen durch den Freistaat nötig würden.

Mit sichtlicher Genugtuung konnte Ermisch aber auch von „Lichtblicken“ sprechen. So sei trotz der krisenhaften Umfeldbedingungen das Kundengeschäft stabil geblieben. Rechne man die direkten Krisen-Belastungen aus dem operativen Ergebnis heraus, sei sogar ein Plus von 300 Millionen Euro erzielt worden. dhg

Neue Programme für die Kommunen:

LfA solide Stütze des Mittelstandes

Bayerns Förderbank ruft zu Vertrauen und Zuversicht auf / Rekordförderung in 2008

Die Finanzmarkt- und die Wirtschaftskrise bringt für die LfA Förderbank Bayern zwei Probleme mit sich, obwohl sie selbst keine Schäden aus der Finanzmarktkrise davon getragen hat, wie ihr Vorstandsvorsitzender Michael Schneider in der LfA-Bilanzpressekonferenz sagte. Zum Einen nämlich muss die Bank, die in erster Linie der Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen im Freistaat verpflichtet ist, heuer mit nicht unerheblichen Kreditausfällen rechnen, und zum Anderen muss sie dafür sorgen, dass ihre spezielle Kundschaft auch in schwierigen Zeiten die Kredite bekommt, die sie braucht. Für beide Herausforderungen sieht sich die Bank, die als Anstalt des öffentlichen Rechts zu 100 Prozent dem Freistaat Bayern gehört, gut gerüstet. Profitieren werden von den Anstrengungen auch die Kommunen, für die die LfA in Kooperation mit der KfW neue Förderprogramme anbietet.

Im Berichtsjahr 2008 hat die 1951 als Landesanstalt für Aufbaufinanzierung gegründet Bank einen Förderrekord von 2,55 (Vorjahr: 1,96) Milliarden Euro erzielt. Die Bilanzsumme stieg um 15 Prozent auf den Höchstwert von 18,9 Milliarden Euro.

Bevor Schneider auf die Details der Bilanz einging, rief Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil als Vorsitzender des LfA-Verwaltungsrates dazu auf, die Zuversicht und das Vertrauen in die fundamentale Leistungskraft der bayerischen Unternehmen zu

bewahren. Niemand könne seriös voraussagen, wie lange und wie tief die konjunkturelle Talfahrt ausfallen werde. Dennoch könne man auch weiterhin auf die Stärken der bayerischen Wirtschaft bauen. Die Wirtschaftspolitik müsse jetzt alles daran setzen, möglichst schnell die Basis für einen neuen Aufschwung zu legen.

Bayern gut aufgestellt

Bayern habe dank seiner breit diversifizierten Wirtschaftsstruktur sowie den vielen hochinnovativen und international wettbewerbsfähigen Unternehmen in Industrie, Handwerk und Dienstleistung gute Chancen, die konjunkturelle Flaute besser zu überstehen als andere. Weltunter-

gangsstimmung sei daher fehl am Platze.

Die Staatsregierung habe zur Stabilisierung der Konjunktur schon im Herbst letzten Jahres mit einem Sofortprogramm reagiert und zum 1. Januar 2009 einen Mittelstandschirm für bayerische Unternehmen gespannt und damit 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln und den zusätzlichen Rückbürgschaften des Bundes aus dem Konjunkturpaket II kann die LfA 2009 und 2010 insgesamt 600 Millionen Euro neue Bürgschaften für den Mittelstand übernehmen. Damit dürfte, so Zeil, ein Finanzierungsvolumen von rund 700 bis 800 Millionen Euro mobilisiert werden. Das helfe an sich gesunden Unternehmen, kurzfristige Liquiditätsengpässe zu überwinden und trotz geringerer Sicherheiten und schlechterer Bonität zu Krediten zu kommen. Darüber hinaus steht den Unternehmen weiterhin die breite Palette an Förderangeboten der LfA uneingeschränkt zur Verfügung. Zeil rief die Hausbanken - alle LfA-Maßnahmen laufen über die Hausbanken der Förderkunden - auf, diese Möglichkeiten noch stärker zu nutzen.

Risikoentlastung

Betätigungsfelder der LfA sind Gründung, Wachstum, Innovation, Umweltschutz und Stabilisierung. Die Förderangebote umfassen langfristige Darlehen zu durchweg günstigen Zinsen, Risikoentlastungen in Form von Haftungsfreistellungen, Bürgschaften oder Garantien, wenn notwendige bankübliche Sicherheiten fehlen, und Beteiligungsfinanzierungen über die Töchter BayBG und Bayern

Kapital. Alle LfA-Kredite werden über die Hausbank ausgereicht, sodass die LfA nicht in Konkurrenz zu den Geschäftsbanken steht. Die überragende Bedeutung von Risikoentlastungen für die Mittelstandsfinanzierung ist offensichtlich, denn die LfA hat im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre jährlich rund 85 Millionen Euro an Bürgschaften und mehr als 90 Millionen Euro an Haftungsfreistellungen übernommen.

Kommunale Infrastruktur

Die LfA arbeitet eng mit der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zusammen. Diese Kooperation wird zur Förderung kommunaler Infrastrukturfinanzierungen deutlich ausgeweitet, teilte Zeil mit. In Zukunft werden im Rahmen des „Infra kredit Kommunal“ neben den bisherigen Förderbereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Verkehr auch Projekte in Bereichen wie Tourismus und Energieeinsparung gefördert. Auf diese Weise soll die Investitionsfähigkeit der Kommunen angeregt werden.

Schneider wies mit Genugtuung darauf hin, dass die LfA eine gesunde Bank mit hoher Risikofähigkeit sei und bleibe. Ihre Kernkapitalquote liege bei 15,9 Prozent. Das gesetzliche Minimum beträgt 4 Prozent. Als Gründe für die Ausweitung des Fördergeschäfts auf 2,5 Milliarden Euro nannte er starke Zuwächse bei den Konsortialdarlehen und Globaldarlehen um jeweils 700 Millionen Euro sowie gleichzeitig die Stabilisierung des Kernfördergeschäfts für kleine und mittlere Unternehmen auf hohem Niveau. Rund 4800 Unternehmen finanzierten mit LfA-

Programmen Investitionen von 1,8 Milliarden Euro. Diese Betriebe, so Schneider, konnten durch die Förderung 65.000 Arbeitsplätze sichern und 6.000 neu schaffen. Im Durchschnitt wurden pro Unternehmen 240.000 Euro bereitgestellt.

Ausführliche Beratung

Zusätzlich bietet die LfA Gründern, Unternehmern und Freiberuflern eine kostenfreie, schnelle und neutrale Beratung durch das Kundencenter, die Repräsentanz in Nürnberg und bei regelmäßigen Sprechtagen in allen Regierungsbezirken an. 2008 hat es 4.500 persönliche Einzelberatungen gegeben.

Den Bilanzzahlen gehörte hinter den wirtschaftspolitischen Anliegen etwas weniger Aufmerksamkeit, obwohl sie sich durchaus sehen lassen können. Der Jahresüberschuss ging von 64 Millionen Euro im Jahr 2007 auf 31 Millionen Euro zurück. Die Risikovorsorge (z.B. für ausfallende Kredite) hat sich als Folge der aktuellen Wirtschaftskrise mit 40 Millionen Euro fast verdreifacht. Der jetzige Gewinn liege aber, so Schneider, dennoch in der Größenordnung früherer Jahre. Die wahren Verhältnisse zeigt denn auch besser das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, dass bei nahezu unverändertem Personal- und Verwaltungsaufwand nur von 78 Millionen auf 71 Millionen Euro zurückging. Der Grund ist das Auslaufen guter Anlagegeschäfte aus der Hochzinsphase Ende der 90er Jahre, was den Zinsüberschuss von 110 Millionen auf 103 Millionen Euro drückte. Für das laufende Jahr sei aber mit einer Stabilisierung zu rechnen, stellte Schneider fest. **dhg**

Neues Landesbankgesetz

Verwaltungsrat der BayernLB wird mit externen Mitgliedern verstärkt
Rechtlicher Rahmen für Zukunftsoptionen geöffnet

Das Kabinett hat den Entwurf zur Änderung des Bayerischen Landesbankgesetzes beschlossen und damit das neue Landesbankgesetz auf den Weg gebracht. Schwerpunkte bilden die neue Zusammensetzung des Verwaltungsrats, die Öffnung des rechtlichen Rahmens für Zukunftsoptionen der BayernLB und die Präzisierung der Aufgaben der Bank. Finanzminister Fahrenschon betonte: „Die BayernLB ist im Umbau - dazu gehören die Arbeiten der Bank am Geschäftsmodell ebenso wie das neue Landesbankgesetz, das der Bank künftig den rechtlichen Rahmen vorgeben wird.“

Notwendig geworden ist die Änderung des Landesbankgesetzes laut Fahrenschon zum Einen, weil sich durch die Stabilisierungsmaßnahmen des Freistaats die Teilverhältnisse zwischen Sparkassen und Freistaat grundlegend geändert haben, und zum Anderen wird dadurch die anstehende Restrukturierung der Bank unterstützt. „Die Stabilisierung der BayernLB im letzten Jahr war alternativlos. Jetzt konzentrieren wir uns darauf, die Bank so aufzustellen, dass wir als Treuhänder der Steuerzahler das eingesetzte Geld so weit wie möglich zurückhalten. Das neue Landesbankgesetz bildet hierzu einen wichtigen Baustein“, so Fahrenschon.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass erstmals vier externe Mitglieder in den Verwaltungsrat der BayernLB aufgenommen werden sollen. „Alle externen Mitglieder sollen das volle Stimmrecht erhalten - das belegt, wie ernst wir die externen Sachverständigen nehmen“, betonte Fahrenschon.

Neue Zusammensetzung des Verwaltungsrats

Insgesamt soll der Verwaltungsrat künftig aus folgenden Mitgliedern bestehen:

- dem Staatsminister der Finanzen, dem Staatsminister des Innern, dem Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Ver-

kehr und Technologie und einem weiteren Vertreter des Staatsministeriums der Finanzen, jeweils mit Doppelstimmrecht

- einem Vorstandsmitglied einer bayerischen Sparkasse,
- einem Vertreter der bayerischen kommunalen Spitzenverbände,
- einem Vertreter der Personalvertretung der BayernLB,
- und vier weiteren externen Mitgliedern.

Die Benennung und Bestellung der Mitglieder wird nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens erfolgen. „Die Staatsregierung steht in der Verantwortung für die BayernLB. Dieser Verantwortung werden wir uns nicht entziehen, indem wir uns aus dem Verwaltungsrat zurückziehen oder dort nur noch in einer Minderheitenstellung vertreten sind“, betonte Fahrenschon.

Strategische Optionen

Bisher kann die Landesbank - auch im Vergleich mit anderen Landesbanken - die Möglichkeiten des Umwandlungsrechts nur in sehr eingeschränktem Umfang nutzen. Mit dem Gesetzentwurf sollen deshalb auch Verschmelzungen oder Fusionen, der Rechtsformwechsel in eine Aktiengesellschaft und die Abspaltung und Ausgliederung von Vermögensteilen sowie Vermögensübertragungen ermöglicht werden. Damit werden Restrukturierungsmaßnahmen innerhalb der Bank erleichtert und beschleunigt, aber auch für die Anteilseigner zusätzliche strategische Optionen eröffnet. Fahrenschon unterstrich: „Keine dieser Maßnahmen steht derzeit unmittelbar bevor. Wir sollten uns aber im Sinne größtmöglicher Flexibilität die Möglichkeiten hierzu offen halten.“

Neu formulierte Aufgabenbeschreibung

Zukünftig wird die Aufgabenbeschreibung der Bank präziser gefasst und der öffentliche Auftrag stärker betont. „Für die Landesbank steht Bayern im Vordergrund. Hier hat sie ihren Beitrag zur angemessenen und ausreichenden Versorgung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Die Bayerische Landesbank bleibt Sparkassenzentralbank. Sie ist eine im Wettbewerb stehende Bank, die sich auf Bayern, Deutschland und angrenzende Wirtschaftsräume Europas konzentriert“, so Fahrenschon. □

Hagelversicherung feiert Jubiläum:

125 Jahre Partner der Landwirte

Versicherungskammer Bayern bietet Rundum-Schutz

Die Hagelversicherung für landwirtschaftliche Kulturen der Versicherungskammer Bayern feiert 125. Geburtstag. Als königlich Bayerische Hagelversicherungsanstalt gegründet war sie die erste öffentlich-rechtliche Hagelversicherung der Welt. Seitdem bietet sie Landwirten Versicherungsschutz gegen Hagelschäden an landwirtschaftlichen Kulturen.

Vor rund 250 geladenen Gästen sagte Gerd Sonnleitner, Präsident des Bayerischen und Deutschen Bauernverbandes, in seiner Festrede im Hause der Versicherungskammer Bayern: „Für den landwirtschaftlichen Betrieb gibt es für die Hagelversicherung als Instrument zur Einkommenssicherung von Elementarschäden nach wie vor keine Alternative.“

Einkommenssicherung

Friedrich Schubring-Giese, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern, ließ keinen Zweifel daran, dass der größte öffentliche Versicherer Deutschlands diesen Anforderungen auch in Zukunft gerecht wird: „Mit der erfolgversprechenden Kombination aus moderner Technik, bedarfsgerechten Produkten und höchster Qualifikation der Mitarbeiter steht die Versiche-

rungskammer Bayern auch in Zukunft den Landwirten als zuverlässiger Partner zur Seite.“

Ein Hagel kann die komplette Ernte eines Landwirts vernichten. Als im Jahr 1884 per Gesetz die Bayerische Hagelversicherungsanstalt gegründet wurde, waren erst 2,5 Prozent der bayerischen Landwirte gegen Hagelschäden versichert. Heute schützen sich rund 85 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern mit einer Hagelversicherung vor Ernteaussfällen. Wie wichtig diese ist, zeigt sich jährlich. Allein in 2008 zählte die Versicherungskammer Bayern an 48 Schadentagen rund 5.500 Hagelschäden An die betroffenen versicherten Landwirte überwies sie hierfür insgesamt rund 15 Millionen Euro.

Kostenloser Internetdienst

Neben der Hagelversicherung bietet die Versicherungskammer Bayern ihren Kunden viele kostenlose Zusatzangebote, so beispielsweise das „Landwirtschaftswetter“. Dieser innovative Internetdienst stellt tagesaktuell präzise und bedarfsgerecht aufbereitete Wetterdaten postleitzahlengenau zur Verfügung. Er hilft so bei der Planung wichtiger Arbeitsschritte in der Außenwirtschaft. □



Freie Fahrt! Mehr als 11.000 €* vom Staat sichern!



Mit der eigenen Immobilie auf der sicheren Seite!

*In einem Zeitraum von 15 Jahren für eine Familie mit zwei Kindern, davon eines in 2008 oder später geboren. Es gelten Fördervoraussetzungen.

Grünes Licht für Ihre Wohnwünsche! Freuen Sie sich über das beste LBS-Bausparen aller Zeiten – denn so viel Förderung gab's noch nie. Sichern Sie sich **attraktive Prämien, Zulagen und Steuervorteile**. So können Sie Ihren Traum von den eigenen vier Wänden noch schneller und leichter verwirklichen.

Welche der Förderungen sich für Sie eignen und **wie Sie davon profitieren können**, erfahren Sie bei Ihrem Berater in den Sparkassen oder LBS-Geschäftsstellen.

www.lbs-bayern.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Sparkassen-Finanzgruppe

Volks- und Raiffeisenbanken:

„Die Eichen unter den Banken“

**Bilanz des bayerischen Genossenschaftsverbandes
Präsident Götzl: Heftige Kritik an Politik und Bankenaufsicht**

Zwar konnte Stephan Götzl, Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB), in der Bilanzpressekonferenz von einem glänzenden Geschäftsjahr 2008 für seine 317 (Vorjahr: 328) bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken berichten, doch war ihm die Beschäftigung mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise fast noch wichtiger. Denn diese Krise habe enorme Ausmaße angenommen. Die weltweiten Verluste entsprächen inzwischen dem jährlichen deutschen Bruttoinlandsprodukt. Eine Besserung sieht Götzl frühestens 2010.

Der Zusammenbruch der Banken sei laut Götzl nicht schicksalhaft gekommen, sondern Folge verfehlter Geschäftsstrategien und politischer Fehleinschätzungen. Es gebe aber Banken, die ursächlich mit der Finanzkrise nichts zu tun hätten. Dazu zählten zuvorderst die Volks- und Raiffeisenbanken. Sie, die keine Subventionen erhielten und auch gar keine beanspruchten, zahlten jetzt die Steuern, mit denen ihre eigenen Konkurrenten gestützt werden.

Kein Wasser aus den staatlichen Gießkannen

Götzl nannte die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken, „die auch ohne die Hilfe des Steuerzahlers erfolgreich arbeiten“, die Eichen unter den Banken. Sie seien in der Heimat tief verwurzelt und bräuchten deshalb kein Wasser aus den staatlichen Gießkannen „wie manch anderes Gewächs“. Während andere Milliardenverluste einführen, verdienten die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken gutes Geld, stellte der Verbandspräsident fest.

Nachhaltiges Bankgeschäft

Da die Selbstheilungskräfte des Marktes angesichts der Fehlentwicklungen nicht mehr hätten wirken können, brauche man jetzt auf allen Seiten neue Denkansätze und Verhaltensweisen. Vor allen bei Geschäfts- und Landesbanken sei eine klare Rückbesinnung auf die Tugenden eines seriösen und nachhaltig arbeitenden Bankiers unverzichtbar. Kurzfristige Gewinnorientierung müsse durch nachhaltiges Bankgeschäft ersetzt werden. Für die Genossenschaftsbanken jedenfalls sei Gewinnmaximierung nicht oberstes Ziel. In diesem Zusammenhang ging Götzl kritisch mit der Bayerischen Landesbank und ihren Gesellschaftern ins Gericht. Es sei bemerkenswert, dass die Sparkassen sich zurückzögen und das Risiko auf den Staat abwälzten. Das sei eine Wettbewerbsverzerrung. Die Hilfen für die Landesbank hätten über Nacht die Pro-Kopf-Verschuldung in Bayern verdoppelt. Die Landesbank müsse auf ihre eigentlichen Aufgaben verschlankt werden. Sie habe viel zu viele Mitarbeiter.

Strengere Bankenaufsicht

Auf Seiten des Staates seien endlich feste Regeln in Verbindung mit einer strengen Bankenaufsicht nötig. Internationale Finanzmärkte ohne Leitplanken provozierten schon jetzt neue Finanzkrisen. Was es heute an Bankenaufsicht gebe, werde diesem Anspruch nicht gerecht. In Deutschland habe sich das Nebeneinander von BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) und Bundesbank nicht bewährt. Besser wäre die alleinige Zuständigkeit der Deutschen Bundesbank, stellte Götzl fest. Die bisherige Bankenaufsicht habe zwar von Verbriebspraktiken und Zweckgesellschaften gewusst, aber die systemische Gefahr nicht erkannt. Die Bankenaufsicht sei

ihrer ureigenen Aufgabe nicht gerecht geworden. Die Prüfungsleistung der Bankenaufsicht müsse sich mehr als bisher am Kriterium der Systemrelevanz orientieren.

Heftige Kritik übte der Präsident der bayerischen Genossenschaftsbanken auch an den Notenbanken. Sie hätten jahrelang die Märkte mit billigem Geld versorgt, was nicht nur den Anstieg der Immobilienpreise und den Höhenflug der Aktienmärkte, sondern auch die immer weiter steigende Verschuldung ermöglicht habe. Die politischen Entscheidungsträger müsse man fragen, wie weit die Staatsverschuldung noch ausgeweitet werden solle. Die starke Betonung der Nachfragepolitik dürfe nur eine kurzfristige Krisenpolitik bleiben. Deshalb müsse die staatliche Hilfe zeitlich begrenzt bleiben. Besonders sollten die bereitgestellten Mittel und Garantien den Wettbewerb nicht verzerren. Deshalb habe die Bundesregierung dafür zu sorgen, dass bei den Banken, die sie stützt, keine Quersubventionen stattfänden. In einer Marktwirtschaft sorgten schließlich Krisen für eine notwendige Marktbereinigung.

Hohe Akzeptanz

Die Benotung „glänzendes Geschäftsjahr 2008“ für Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken machte Götzl vor allem an der addierten Bilanzsumme der 317 Institute fest, die trotz der aufziehenden Finanzkrise um 5,5 Prozent auf 114,3 Milliarden Euro anstieg. Die durchschnittliche Bilanzsumme einer bayerischen Kreditgenossenschaft beträgt nun 361 (Vorjahr: 330) Millionen Euro. Getrieben wurde das Bilanzwachstum vor allem durch die Einlagen der 7 Millionen Kunden, die um 5 (4,3) Prozent auf 90,4 Milliarden Euro zunahmen. In diesen Zahlen spiegelte sich die hohe Akzeptanz der bayerischen Volks- und Raif-

feisenbanken mit ihrer soliden und konservativ-erfolgreichen Geschäftspolitik wider. „Für die Bevölkerung“, so Götzl, „sind die Genossenschaftsbanken das Fort Knox im Freistaat.“

Marktführer bei LfA-Förderkrediten

Auch bei den Ausleihungen, die vor allem an Privatkunden und kleine und mittlere Unternehmen gehen, gab es ein Plus von 1,6 (1,2) Prozent auf 61,9 Milliarden Euro. Einen wichtigen Anteil daran hatte das Geschäft mit LfA-Förderkrediten. In diesem Geschäft sind nach der Stückzahl die Genossenschaftsbanken Marktführer in Bayern. 2008 brachte den höchsten Kredit-Zuwachs seit Ende der 90er Jahre. Götzl: „Bei uns, die wir bei jedem zweiten Mittelständler mit im Boot sitzen, gab es keine Kreditklemme. Und es wird keine geben, weil unsere Eigenkapitalquote von 15 Prozent - fast das Doppelte von dem, was Basel II verlangt - weitere Kredite im zweistelligen Milliardenbereich möglich macht.“

Keine weiteren Wertberichtigungen nötig

Im Gesamt-Betriebsergebnis schlugen sich die Erfolge mit 834 (820) Millionen Euro nieder. Dazu trug die Provisionsspanne aus der Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen bei, die mit 800 Millionen um 30 Millionen Euro besser ausfiel als im Jahr zuvor. Zwar schrumpfte „erwartungsgemäß“ die Zinsspanne, die 2005 einmal 2,57 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) betragen hat, auf 2,13 (2,22) Prozent, doch konnte dieses Minus durch Einsparungen auf der Kostenseite aufgefangen werden. So gab denn die Cost-Income-Ratio (Kosten-Ertrags-Relation), die 2005 nur 71,6 Prozent betragen hatte, immerhin wieder auf 75,2 (75,9) Prozent nach. Götzl zeigte sich mit diesem Wert sehr zufrieden. Heuer werde die Rate weiter sinken. Auch die Genossenschaftsbanken bekamen die Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten zu spüren. Da im Gegensatz zu manch anderen Instituten und privaten Großbanken, „die noch einen hohen Bestand an illiquiden Werten haben, bei uns konsequent und

mit kaufmännischer Härte“ abgeschrieben wurde, nahm das Bewertungsergebnis auf -0,37 (minus 0,15) Prozent der DBS zu. Nach heutigem Stand sei mit weiteren nennenswerten Korrekturen bei den Eigendepots im laufenden Jahr nicht zu rechnen, sagte Götzl, der als Gesamtergebnis nach Steuern 230 (273) Millionen Euro nannte.

Für den weiteren Verlauf des Jahres 2009 zeigte sich Götzl auf Grund einer Bankenumfrage zu den Geschäftserwartungen durchaus optimistisch. Die bayerischen Genossenschaftsbanken bewerteten ihre Situation durchaus positiv und blickten zuversichtlich in die Zukunft. Sehr zufrieden seien 14 Prozent der Befragten. Weitere 80 Prozent bewerteten ihre Geschäftslage mit zufriedenstellend. Nur 7 Prozent sähen derzeit ihre Geschäftslage als schlecht an.

Hohe Bürokratiekosten

Ein ständiges Ärgernis sind für den Genossenschaftsverband die bürokratischen Belastungen, „die besonders die kleinen und mittleren Banken treffen“. Als Beispiele nannte Götzl die Sonderprüfungen, das ausufernde Beauftragtenwesen und die Neuregelung bei der Anlageberatung. Während Großunternehmen im Durchschnitt 2 Prozent ihres Umsatzes für Bürokratiekosten aufwenden müssten, seien es bei kleinen und mittleren Unternehmen oft bis zu 10 Prozent. Wesentlich geringere Anforderungen als zum Beispiel an die Volks- und Raiffeisenbanken würden an Direktbanken ohne Filialnetz und Kundenberater vor Ort gestellt. „Das ist für unsere Banken ein eindeutig behördlich erzwungener Wettbewerbsnachteil.“

Mängel im Bildungssystem

Sehr unzufrieden zeigen sich Bayerns Genossenschaftsbanker mit der Ausbildung junger Menschen. Man müsse zunehmend Unzulänglichkeiten und nicht hinnehmbare Schwächen bei vielen Schulabgängern feststellen. Aktuell seien lediglich 4 Prozent der Genossenschaftsbanken mit den Leistungen und der Qualität der Realschulen oder der Gymnasien zufrieden. Es mangle vor allem an sozialer Kompetenz und dem wirtschaftlichen Grundverständnis der Schulabgänger. Was die soziale Kompetenz betreffe, seien aber nicht nur die Schulen gefragt, sondern vor allem auch die Eltern. Bei den bayerischen Genossenschaftsbanken seien 2.264 Auszubildende beschäftigt, denn: „Die Ausbildung junger Menschen hat bei uns oberste Priorität.“ **dhg**

Münchener Hypothekensbank mit solidem Ergebnis für 2008:

Jahresüberschuss auf Vorjahresniveau

Die Münchener Hypothekensbank eG hat im Krisenjahr 2008 ein Branchenvergleich stabiles Ergebnis erzielen können. Der Jahresüberschuss beträgt 10,2 Mio. (Vorjahr 12,0 Mio. Euro). Das Hypothekenneugeschäft wuchs trotz schwieriger Marktbedingungen um rund 20 Prozent auf 4,1 Mrd. Euro.

„Wir haben in unserer Geschäftsstrategie stets auf die klassische Immobilienfinanzierung gesetzt und uns nicht in toxischen Produkten engagiert. So konnten wir die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf unser Geschäftsergebnis im vergangenen Jahr begrenzen“, sagte Erich Rödel, Vorstandsvorsitzender der Münchener Hypothekensbank, auf der Bilanzpressekonferenz.

Unter Beibehaltung der konservativen Risikostandards konnte die MünchenerHyp ihr Neugeschäft sowohl im privaten Wohnungsbau als auch in der gewerblichen Immobilienfinanzierung ausbauen. Im Geschäftsfeld private Immobilienfinanzierung stieg das Neugeschäft um 12 Prozent auf 1,8 Mrd. Euro, trotz des in Deutschland sinkenden Marktvolumens. Bei den gewerblichen Immobilienfinanzierung-

en konzentrierte sich die Bank weiter auf das erstrangige Finanzierungsgeschäft und vergab Zusagen in Höhe von 2,3 Mrd. Euro (+ 26 Prozent).

Steigendes Neugeschäft

Die Hypothekenbestände wurden um 1,9 Mrd. Euro auf 16 Mrd. Euro ausgeweitet. Die Bilanzsumme stieg von 32,9 Mrd. Euro auf 36,1 Mrd. Euro. Ausschlaggebend hierfür waren das Wachstum des Hypothekenneugeschäfts sowie die Rückzahlung eines im Januar 2009 fälligen Jumbo-Pfandbriefs, für den in größerem Umfang Liquidität vorgehalten wurde. Mit dem steigenden Neugeschäft erhöhen sich auch die sofort ergebniswirksamen Vermittlerprovisionen an die Partner der MünchenerHyp. Überdies stellte die Bank neue Mitarbeiter ein, um

auch bei dem höheren Neugeschäftsvolumen die gewohnte Betreuungsqualität gewährleisten zu können. Aus diesen Gründen erhöhte sich die Cost-Income-Ratio auf 52,9 Prozent.

Obwohl sich durch die Finanzmarktkrise die Refinanzierungsbedingungen verschlechterten, konnte die MünchenerHyp den Zinsüberschuss um 7,4 Mio. Euro auf 128,6 Mio. Euro steigern. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge liegt mit 54,7 Mio. Euro um 5,7 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Nach Risikovorsorge beträgt das Betriebsergebnis 25,5 Mio. Euro. Das sind 6,1 Mio. Euro weniger als im Vorjahr. Mit dem Bewertungsergebnis wurde den Risiken aus dem aktuellen Marktumfeld angemessen Rechnung getragen.

Ausgehend von den derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führt die MünchenerHyp in diesem Jahr ihr Geschäftsmo- dell auf die Situation auf den Kapital- und Immobilienmärkten angepasst fort. „Wir werden im Jahr 2009 auf Sicht fahren.“ □

Nach Beobachtungen des bayerischen Verbandes:

Genossenschaften erleben Gründungsboom

**Quer durch alle Branchen
Milchwirtschaft vor schwierigen Zeiten**

Die genossenschaftliche Unternehmensform erlebt eine Renaissance. Davon ist Stephan Götzl, Präsident des Bayerischen Genossenschaftsverbandes, überzeugt, wie er bei der Jahrespressekonferenz der 800 bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften mitteilte. Denn 2008 gab es in Bayern mit 29 Neugründungen einen Boom. Das waren zweieinhalb mal so viele wie im Jahr zuvor.

Zu dem größten genossenschaftlichen Bereich in Bayern zählt die Milchwirtschaft. Ihr sagte Götzl wegen des unvermeidlichen und notwendigen Strukturwandels im Milchmarkt schwere Zeiten voraus. Eine nachhaltige Erholung am Milchmarkt sei nicht in Sicht.

Als wesentlichen Grund für den genossenschaftlichen Aufwärtstrend nannte Götzl die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im Jahre 2006, die den Gründungsprozess stark vereinfacht habe. Kaum eine Unternehmensform verbinde die Anforderungen einer liberalen Marktordnung so gut mit den Bedürfnissen der Betroffenen wie Genossenschaften, die sich vor allem als wirtschaftliche Selbsthilfeorganisationen in Zeiten des Wandels bewährt und sich stets zur Marktwirtschaft bekannt hätten.

Heimatunternehmen

Die neuen Genossenschaften stammen aus nahezu allen Regierungsbezirken im Freistaat, wobei mehr als die Hälfte aus Oberbayern und Schwaben kommt. Die Neugründungen decken ein weites Feld an Wirtschaftsbranchen ab, von der Landwirtschaft über die Veredlungsbereiche (Käse und Wein), den Einzelhandel bis hin zu modernen Dienstleistungsgenossenschaften im Bereich der Energie und Gesundheitsversorgung. „Genossenschaften sind Heimatunternehmen, aus dem Ort für den Ort, sie bieten Stabilität.“ Große Entwicklungspotenziale sieht Götzl für Energiegenossenschaften (Biogas-Anlagen), im Gesundheitsbereich (Gemeinschaftspraxen, Gesundheitszentren) und im Bereich der Holz- und Forstwirtschaft. In dieser kleinteiligen Branche gebe es 700 000 private Waldbesitzer. Im laufenden Jahr rechnet der Präsident mit einer hohen Anzahl von Genossenschaftsgründungen in Bayern.

Das Geschäft der 800 bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften war im Berichtsjahr mit 10,6 Milliarden Euro Umsatz stabil, „was eine hervorragende Leistung ist angesichts der Tatsache, dass die deutsche Wirtschaft 2008 in drei Quartalen geschrumpft ist und sinkende Marktpreise in vielen Bereichen Umsatz mindernd wirkten“, sagte Götzl. Stark zulegen konnten die Handwerks-genossenschaften und die im ländlichen Warengeschäft tätigen Unternehmen. Etwa die Hälfte des Umsatzes erwirtschafteten die 88 Kreditgenossenschaften mit eigenem Warengeschäft.

Strukturwandel bei Milch

Ein zufrieden stellendes Jahr hatte 2008 nach Ansicht des Verbandes die genossenschaftliche Milchwirtschaft, zu der 28 baye- rische Genossenschaftsmolke- reien (inklusive der zwei Zent- ralen „Bayerische Milchindus- trie BMI“ und „Bayernland“)

und 154 Milchliefergenossen- schaften gehören. Sie haben mit 3,9 Millionen Tonnen 51 Prozent der bayerischen Milchmenge er- fasst und 2,67 Milliarden Euro (+ 2,2 Prozent) umgesetzt. Der genossenschaftliche Milchaus- zahlungspreis habe mit 35,18 Cent je kg Milch um 4,5 Prozent über dem Vergleichswert von 2007 (33,66 Cent) gelegen. Da- mit habe die genossenschaftliche Milchorganisation bewiesen, dass sie Marktausschläge zumin- dest in Teilen abfedern könne, sagte Götzl, der aber zugleich feststellte, dass der deutsche Milchmarkt vor erheblichen Strukturveränderungen stehe, womit die Aufgabe von Bauern- höfen gemeint ist.

Mehr Wettbewerb

Die Liberalisierung des Agrarsektors in der EU werde nicht ohne schmerzhaftes Anpas- sungsmechanismen kommen. Mehr Markt bedeute mehr Wett- bewerb, auch mit ausländischen Anbietern. Es gebe zugleich weltweit Milch-Überproduktion und Nachfrageschwäche. Da machten sich für die Landwirte die genossenschaftliche Abnah- megarantie sowie die Integration in die Wertschöpfungskette der Milchverwertung „richtig bezahlt“. Ohne Genossenschaften müssten große Teile der Milch auf den Spotmärkten zu Spot- preisen verkauft werden.

Eine nachhaltige Erholung am Milchmarkt sieht Götzl nicht. Durch wachsende Produktionen weltweit und eine verhalten sich entwickelnde Nachfrage werde die Milchmenge weiter zuneh- men. Außerdem laufe zwingend die staatliche Mengensteuerung bis 2013/2014 aus. So habe es der Agrarministerrat der EU be- schlossen, „und so sollten wir es akzeptieren. Dafür haben wir noch sechs Jahre Zeit“, bemerkte der Verbandspräsident. Forde- rungen nach umfassenden Men- gen- und Preissteuerungsmodel- len seien politisch nicht mehr durchzusetzen.

Hilfen für die Bauern

Es komme jetzt darauf an, ge- meinsam auf allen Ebenen an Modellen zu arbeiten, mit denen Milchmengen künftig koordiniert werden könnten, und zwar so, dass den Milchbauern unter marktwirtschaftlichen Beding- ungen eine faire Chance bleibe, ihre Höfe und damit ihre Er- werbsgrundlagen zu erhalten. Politik, Verbände und Bauern müssten jetzt den Übergang in den Markt organisieren und aktiv steuern, sagte Glözl. Leitbild für ihn sei dabei die Soziale Marktwirtschaft mit klaren und verlässlichen Rahmenbedingun- gen durch den Staat. Beim Über- gang von einer Plan- in die Marktwirtschaft müsse Unter- nehmen, die aus dem Markt aus- scheiden wollen, geholfen wer- den, und zwar so, dass jene, die sich im Markt bewähren wollen, nicht belastet werden. Die zu- kunftsgerichtete, wettbewerbs- fähige Weiterentwicklung von Landwirten und Verarbeitungs- betrieben basiere darauf, dass solche Betriebe aus dem Markt ausscheiden, die ihre Wettbe- werbsfähigkeit verloren haben. Dieses unternehmerische Risiko müsse auch in der Milchwirt- schaft gelten. Bestandgarantien seien vor dem Hintergrund des generellen Trends zu einer inter- nationalen Handelsliberalisie- rung weder in Deutschland noch in der EU durchzusetzen. **dhg**

Sparkassen-Finanzgruppe rechnet vor:

Immobilienenerwerb so günstig wie selten

Wohnungsneubau bleibt hinter dem Bedarf auch in Bayern zurück

Nach dem Desaster auf den Finanzmärkten ist die Immobilie für viele Menschen wieder als sichere Wertanlage attraktiv geworden. Beflügelt wird der Wunsch nach den eigenen vier Wänden durch günstige Kreditzinsen und ziemlich stabile Preise. Bei einer Pressekonferenz der Sparkassen-Finanzgruppe in München wurde auch deutlich, dass in Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg die Lage auf dem Wohnungsmarkt am angespanntesten ist. Bei der Finanzgruppe geht man für 2009 von stabilen Umsätzen im Wohnimmobilienbereich bei weitgehend konstanten Preisen aus. Eine Ausnahme bildet der Münchner Immobilienmarkt, wo das Neubaugeschehen angesichts des Zuzugs weit unter dem Bedarf bleibt und deshalb mit weiter steigenden Preisen und Mieten zu rechnen ist.

Der Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern hat sich in den vergangenen zehn Jahren halbiert und ist auf einen historischen Tiefstand gesunken. Mit zwei fertig gestellten Wohneinheiten je 1000 Einwohner ist Deutschland in Europa Schlusslicht. Den Grund dafür sieht Franz Wirmhier, Sprecher der Landesbausparkasse Bayern, nicht zuletzt im Wegfall der Eigenheimzulage im Jahre 2005.

Reichte vor dem Wegfall ein durchschnittliches Haushaltseinkommen von monatlich 3100 Euro,

um den Kauf einer eigenen Immobilie zu stemmen, sind jetzt im Monat 450 Euro mehr erforderlich. Dadurch haben sich die Wohneigentumschancen der so genannten Schwellenhaushalte verschlechtert.

Dabei ist der Bedarf hoch, nicht zuletzt durch die Zunahme der Single-Haushalte und den Wunsch nach größerem Wohnraum. In Deutschland werden bis zum Jahr 2025 jährlich zwischen 270.000 und 350.000 neue Wohnungen benötigt, in Bayern allein 55.000, doch fertig gestellt wird zur Zeit nur etwa die Hälfte. Die Wohneigentumsquote liegt in Deutsch-

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

land mit 43 Prozent so niedrig wie in keinem anderen europäischen Land. Wenn gebaut wird, dann

ro, um den Kauf einer eigenen Immobilie zu stemmen, sind jetzt im Monat 450 Euro mehr erforderlich.

16. Tagung Rohrleitungsbau in Berlin:

Kommunale Infrastruktur als Lebensqualität

Zur traditionellen Tagung Rohrleitungsbau von Rohrleitungsbauverband e.V. (rbv) und Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. (HBD) in Berlin fanden sich rund 160 Geschäftsführer, Entscheidungs- und Verantwortungsträger aus Tief- und Rohrleitungsbauunternehmen sowie verantwortliche Fachleute ein. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Betriebs- und Versorgungssicherheit.

Aufgrund veränderter Kriterien und Betrachtungsweisen für den Betrieb von Leitungssystemen in der Versorgungswirtschaft, die sich aus rechtlichen, wirtschaftlichen, technologischen und politischen Entwicklungen in Europa ableiten lassen, bieten sich innovativen Unternehmen neue Chancen. Wie Michael Knipper, Hauptgeschäftsführer im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V., nach der Begrüßung durch rbv-Präsident Klaus Küsel anmerkte, habe ein Gutachten des Deutschen Instituts für Urbanistik erst kürzlich einen Investitionsstau in Höhe von 70 Mrd. Euro für die Städte und Gemeinden ermittelt, die auf unterlassene Infrastrukturinvestitionen in den vergangenen Jahren zurückgeführt werden. Mehr als die Hälfte der Summe entfalle auf die Bereiche Abwasserkanäle und kommunale Straßen. Es sei unsinnig, so Knipper, diese beiden Bereiche vom kommunalen Investitionsprogramm auszuschließen, auf die der größte Investitionsbedarf entfalle.

Um die gewünschten Produktions- und Beschäftigungsauswirkungen in der Deutschen Bauwirtschaft zu erzielen, forderte Knipper von Bund und Ländern eine größtmögliche Flexibilität bei der Ausgestaltung und Handhabung des kommunalen Investitionsprogramms. Nur eine breit angelegte kommunale Investitionsoffensive könne heuer für den gewünschten konjunkturpolitischen Impuls sorgen. Dies gelte auch für die „unsichtbare“ Infrastruktur der Kanalnetze, deren teilweise kritischer Erhaltungszustand nicht täglich zu besichtigen sei. Laut DIFU-Gutachten sind 20 % der Kanalisation kurz- bzw. mittelfristig sanierungsbedürftig.

In die „Kommunale Infrastruktur als Lebensqualität – Investitionsbedarf ins Leitungsnetz zur Bestandserhaltung“ bot Martin Stahl von der OEWA Wasser und Abwasser GmbH, Leipzig, ebenfalls umfangreiche Einblicke. Auf der Datenbasis verschiedener Institutionen und Einrichtungen analysierte und bewertete er den Ge-

samtinvestitionsbedarf der kommunalen Infrastruktur für die Jahre 2006 bis 2020 auf rund 700 Mrd. Euro bei einem Investitionsrückstand per Ende 2005 von ca. 75 Mrd. Euro. Auf den Investitionsbedarf in den Trink- und Abwassersektor entfallen dabei rund 87 Mrd. Euro; ca. 60 % davon auf den Bau für Trinkwasser- und ca. 50 % für den Bau von Abwasserrohrleitungen.

Stadtumbau

Weniger der Bestandserhaltung als vielmehr dem „Geographischen Wandel - Auswirkungen auf die Leitungsnetze“ galt der Vortrag von Prof. Matthias Koziol, Brandenburgische Technische Universität Cottbus. Koziol umriss die Anpassung der technischen Infrastruktur beim Stadtumbau, stellte die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für den Stadtumbau in Ost und West vor und demonstrierte, wie bereits heute die Auswirkungen des Minderverbrauchs von Wasser auf die Ver- und Entsorgungsnetze zu beobachten sind. Die von ihm vorgeschlagenen Anpassungsstrategien umfassten beispielsweise den geschossweisen Umbau bzw. punktuellen Abriss sowie den flächenhaften Rückbau ganzer Siedlungseinheiten sowie die Nachnutzung.

Überzeugungsarbeit leisten

Rohrleitungsbauunternehmer sollten ihre Kundschaft von der intelligenten Instandhaltung überzeugen. Mit diesem Appell traf Ralf Westermann, BET Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH, Aachen, den Nerv der Zuhörer. Er gehört in das Fazit zu der Studie „Mögliche Auswirkung der Anreizregulierung auf die Dienstleister“, über die Müller berichtete. Nach dieser Studie führt die Anreizregulierung künftig eindeutig zu Kosten-senkungsmaßnahmen bei den Netzbetreibern (vor allem im Bereich der Instandhaltung und der Reinvestitionen), was bereits heute spürbar negative

Auswirkungen auf die Bauunternehmen hat.

Unter der Überschrift „Sicherheiten - eine sichere Sache?“ präsentierte Prof. Horst Franke, Heiermann Franke Knipp Rechtsanwälte, Frankfurt a. M., mit Gesetzesauszügen, Paragraphen, Prozessentscheidungen u. ä. Beispiele und gab Hinweise und Tipps zu „Problemen des Auftragnehmers mit Sicherheitsleistungen, die er selbst zu erbringen hat, wie auch solche, die er von Auftraggebern erhalten möchte“.

Oliver Zander vom Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. beleuchtete seinerseits das Thema „Irrläufer des Marktes? - Mindestlohn versus Tarifvertrag“ umfangreich und aussagekräftig von der Definition und den Regeln von „Markt – Tarifvertrag – Mindestlohn“ über eine „Zurückschau von Tarifvertrag und Mindestlohn in Konjunktur und Krise“ bis zu einer „Voraus-schau über die Tarifrunde 2009 und mittel- bis langfristig“. Sein Fazit: „Tarifvertrag und insbesondere Mindestlohn wirken einer reinen Marktwirtschaft entgegen und sie erfüllen aber besondere Funktionen im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft und für die Branche!“

Anlässe für staatsanwaltliche Untersuchungen im Haus benannte Bettina Haase, Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e.V., Erfurt, in ihrem Vortrag „Betriebs- und Versorgungssicherheit im Rohrleitungsbau“. Sie skizzierte Beispiele und entsprechende Urteile für wettbewerbswidriges Verhalten, Verletzung der Verkehrssicherungspflichten, Verletzung der Pflichten aus der Baustellenverordnung, Verstöße gegen das Arbeitnehmerentsendegesetz, Verstöße gegen das Verbot der Arbeitnehmerüberlassung sowie Verstöße gegen das Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz und definierte die zu ergreifenden Maßnahmen.

In seinem abschließenden Statement führte der Präsident des Rohrleitungsbauverbandes, Klaus Küsel, aus, dass in nur wenigen Jahren das bisher für den Rohrleitungsbau benötigte Personal und Gerätebestände zum Teil überflüssig werden könnten und durch die Veränderung der Märkte dagegen andere Ressourcen dringend gebraucht würden. Diese Tendenz hat der rbv bei seinen Rohrleitungsbautagungen immer wieder

vor allem in den Ballungszentren (in Bayern die Regionen um München, Regensburg, Nürnberg, Fürth und Erlangen), auf die mittlerweile fast die Hälfte des Wohnungsneubaus entfällt.

Klammert man die Region München aus, hat sich der Immobilienmarkt in Bayern im vergangenen Jahr konstant entwickelt. Dies resultiert vor allem aus der stabilen Entwicklung des Marktes für gebrauchte Eigentumswohnungen, Reihenhäuser, Doppelhaushälften, Einfamilienhäuser und Grundstücke. Gebrauchte Wohnungen waren durchschnittlich um 7 Prozent günstiger zu haben, wogegen Neubauwohnungen sich um 14 Prozent verteuerten. Bei Gewerbeimmobilien und Wohnungspaketen kam es zu deutlichen Einbrüchen.

Der Schwerpunkt der Nachfrage liegt auf Gebrauchtimmobilen, bevorzugt in gewachsenen Wohnvierteln. Stark gefragt sind Einfamilienhäuser, Doppelhaushälften und größere Eigentumswohnungen. Bei kleineren Eigentumswohnungen ist das Angebot größer als die Nachfrage. In Oberbayern sind Bauplätze knapp, ansonsten ist das Angebot an Wohnbaugrundstücken größer als die Nachfrage. Die Preise für gebrauchte Ein- und Zweifamilienhäuser, Doppelhaushälften und Reihenhäuser sind weitgehend stabil geblieben oder haben sogar etwas nachgegeben, sieht man von der Region München ab.

Die Effektivzinsen für Wohnungsbaukredite, die zwischenzeitlich angezogen hatten, sind wegen der Wirtschaftsschwäche wieder gesunken. Für Hypothekenkredite guter Bonität mit zehnjähriger Zinsbindung zahlt man derzeit, wie Rudolf Faltermeier, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, berichtete, zwischen 4,40 und 4,80 Prozent.

Angesichts der niedrigen Neubautätigkeit haben Bestandsimmobilien große Bedeutung. Inzwischen entfallen rund 70 Prozent der Wohnbauinvestitionen auf den Wohnungsbestand. Die Modernisierung von Bestandsgebäuden - in Bayern sind zwei Drittel der Ein- und Zweifamilienhäuser älter als 30 Jahre - diene nicht nur dem Klimaschutz, sondern gebe auch der Konjunktur neue Impulse. Nach dem Urteil von Fachleuten setze ein Euro aus staatlichen Mitteln für den Wohnungsbau acht Euro im Wirtschaftskreislauf frei. Hinzu komme die Riester-Förderung für den Wohnungsbau, die unter bestimmten Bedingungen an Zulagen, Steuervorteilen und Zinsersparnissen bis zu 50.000 Euro bringen könne. **dhg**

deutlich hervorgehoben. In der Konsequenz bedeutet dies, dass sich die Rohrleitungsbaufirmen von den branchenbezogenen Grenzen befreien und neu definieren müssen. **DK**

LBS Bayern erweitert ihre Riester-Produktpalette

Die LBS Bayern hat nunmehr eigene Vor- und Zwischenfinanzierungen auf der Basis von LBS-Bausparverträgen mit Riester-Förderung in ihre Produktpalette aufgenommen. Damit können die Kunden eine komplette Riester-Finanzierung bei der LBS abschließen und so „noch schneller, sicherer und kostengünstiger in die eigenen vier Wände kommen“. Die Kombination von Sofortfinanzierung und Riester-gefördertem Bausparvertrag bietet die Landesbausparkasse auch in Zusammenarbeit mit den bayerischen Sparkassen an.

Bei einem Vorfinanzierungskredit fallen zunächst nur die Zinsen für die Darlehenssumme an. Statt der Tilgung wird ein Bausparvertrag in Höhe des Kreditbetrags abgeschlossen. Er wird bis zur Zuteilung des Bauspardarlehens bespart und löst dann den Vorfinanzierungskredit ab. Auf diese Weise verschafft sich der Kunde Zinssicherheit bis zum Ablauf der Gesamtfinanzierung. Diese Vorteile kann er jetzt bei der LBS mit den Möglichkeiten der Wohn-Riester-Förderung verbinden.

Jeder Bausparer, der vier Prozent seines Brutto-Vorjahreseinkommens abzüglich der ihm zustehenden Riester-Prämien auf einen geförderten LBS-Bausparvertrag einzahlt, erhält die vollen Zulagen. Gefördert werden Spar- und Tilgungsleistungen bis zu einem Maximalbetrag von jährlich 2100 Euro (abzüglich der Zulagen). Jeder Förderberechtigte bekommt eine Grundzulage von 154 Euro im Jahr. Zusätzlich erhält er jährlich 185 Euro je Kind. Ist ein Kind 2008 oder später geboren, erhöht sich dieser Betrag auf 300 Euro. Zudem kann man die Altersvorsorgebeiträge von der Steuer absetzen. Für Bausparer, die zu Beginn des Beitragsjahres das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, gibt es einen einmaligen Starterbonus in Höhe von 200 Euro. Die Förderung ist nicht an Einkommensgrenzen gebunden. **dhg**

Versicherungskammer Bayern:

Fast alle Gebäude sind versicherbar

Augsburg. Durch die zunehmenden Naturgefahren wie Überschwemmungen, Hochwasser, Stürme und Hagel haben viele Häuser in den vergangenen Jahren große Schäden erlitten. Mehr als 14 Millionen Euro zahlte die Versicherungskammer Bayern an ihre Gebäude-Versicherten in der Stadt und im Landkreis Augsburg in den Jahren 2000 bis 2008. Das wirkliche Ausmaß der Schäden ist aber noch viel höher. Denn nur jeder 10. Augsburger mit einer Wohngebäudeversicherung bei der Versicherungskammer Bayern ist auch gegen Elementar-risiken versichert; das sind die Risiken Überschwemmung, Starkregen, Schneedruck, Erdbeben und Erdbeben. Im Landkreis Augsburg ist es sogar nur jeder 15. Hauseigentümer.

Darauf machte Wolfgang Raab, Leiter Risiko-Management bei der Versicherungskammer Bayern, aufmerksam. „Warum sich so wenig Hausbesitzer gegen die Naturgefahren nicht versichern, liegt nicht daran, dass diese Häuser nicht versicherbar wären. 99,9 Prozent aller Wohngebäude in der Stadt Augsburg und 99,8 Prozent im Landkreis Augsburg sind gegen Elementarschäden versicherbar.“

Nur für die nicht-versicherbaren Wohngebäude - in der Stadt Augsburg also 0,1 Prozent und im Landkreis Augsburg 0,2 Prozent - können Hausbesitzer nach einem Schaden-Ereignis auf staatliche Hilfen zurückgreifen.

Die Notwendigkeit, diese Existenzrisiken abzuschließen, wird von der Bevölkerung nach wie vor stark unterschätzt. Eine Feuerversicherung haben zwar fast alle Gebäudebesitzer abgeschlossen. Aber die Gefahr, durch Hochwasser oder Sturm zu Schaden zu kommen, ist doppelt so hoch wie durch Feuer - auch abseits von Flüssen und Seen. Und: Starkregen ist inzwischen für 50 Prozent aller Überschwemmungsschäden verantwortlich.

Solche Risiken können günstig versichert werden. Die Versicherungskammer Bayern bietet ihren Kunden eine Wohngebäudeversicherung mit KlimaKasko. Für ein Einfamilienhaus in Augsburg kostet sie knapp 300 Euro im Jahr und umfasst alle Schäden durch Sturm, Hagel, weitere Naturgefahren sowie Leitungswasser und Feuer. Je nach Risiko-Lage des Hauses steigt der Beitrag. Mehr als 80 Prozent der Gebäude in Augsburg liegen in der risikoärmsten Zone. Kunden der Versicherungskammer Bayern erhalten zudem kostenlos das elektronische Unwetterfrühwarnsystem WIND. Es warnt per E-Mail, SMS oder Fax postleitzahlengenau vor heranziehenden Unwettern. □



Bayerische Landessiedlung®

STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Gemeinde- und Projektentwicklung
in Partnerschaft mit den Kommunen

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Thüngersheim, Unterfranken
Flächennutzungsplan und Landschaftsplanung

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Unternehmertag der Bayerischen Bauindustrie:

Bauforderungssicherungsgesetz abschaffen!

„Unser größtes Ärgernis ist derzeit das neue Bauforderungssicherungsgesetz“, betonte Prof. Thomas Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, beim Unternehmertag 2009 der Bayerischen Bauindustrie in Würzburg. „Noch nie habe ich ein nahezu in allen Bestandteilen derart unsinniges und dummes Gesetz gesehen. Hier wurde Gesetzesarbeit mit exakt null Prozent wirtschaftlicher Kompetenz erledigt.“

Das Vorgängergesetz, das Anfang des vorigen Jahrhunderts verabschiedet wurde, war sinnvoll, so Bauer. Dadurch wurde geregelt, dass ein Bauherr einen Bankkredit, der sich auf ein Bauwerk bezieht und durch Grundpfandrecht gesichert ist, nur für das Bauwerk verwenden darf – aber für nichts anderes!

Wertschöpfungskette

Dieses Gesetz wurde nun massiv erweitert. „Baugeld“ sind jetzt auch alle Zahlungen, die alle an diesem Bauwerk beteiligten Unternehmen erhalten, die in der Wertschöpfungskette auf den Bauherren folgen: Hauptunternehmer, Nachunternehmer, dessen

Nachunternehmer, usw. Ab sofort gelten somit die bisherigen Beschränkungen der Verwendung des Baugeldes für diesen erweiterten Baugeldbegriff und in der gesamten Bau-Wertschöpfungskette.

Fehlregulierung

Jetzt, so Bauer, ist eine totale Fehlregulierung daraus geworden: „Das Ergebnis ist ein Treppenwitz. Exakt jeder Geschäftsführer einer Baufirma – und auch weitere Führungskräfte – haften bei Insolvenz ihres Bauunternehmens persönlich dafür.“

Die praktischen Folgen erläuterte Bauer am Beispiel: Geldeingänge müssen nun nach Projek-

ten getrennt und nachzeitigem Stand auf Treuhandkonten für die Ausgaben des Bauobjekts verfügbar gehalten werden, für alle Ausgaben: Subunternehmer, Materialien, Löhne, Gehälter. Bauer: „Die übliche Methode, mit Geldeingängen die täglichen Zahlungen zu erledigen, ist somit verboten.“ Sogar die Löhne der Mitar-

OK.BAU:

Der Digitale Bauantrag

Die AKDB unterstützt die elektronische Zusammenarbeit zwischen kreisangehörigen Gemeinden und Landratsamt im Baubereich. Dafür vertreibt die AKDB die Lösung „OK.BAU – Der Digitale Bauantrag“. OK.BAU ist seit 2002 bei einigen Landkreisen in Bayern im Einsatz. In Kürze wird die zweite Generation dieser Lösung zur Verfügung stehen. Seitens der Landkreise besteht bereits erhebliches Interesse.

Das bauaufsichtliche Verfahren weist in den meisten Fällen noch zahlreiche Medienbrüche auf, sei es bei der Antragsabgabe, Stellungnahme der Gemeinde, Planbearbeitung oder der Fachstellenbeteiligung. Die Bearbeitungszeiten ziehen sich in die Länge, da der entsprechende Akt in Papierform vorliegen muss. Weitere Zeitverluste liegen in manuellen Datenerfassungen, Aktentransporten und Postversand begründet. Immer wieder unterbrechen telefonische Auskünfte an den Bauherren die Tätigkeit der Sachbearbeiter.

Umfang und Funktionsweise des Softwarepakets

Die AKDB hat eine Lösung entwickelt, von der Landkreise, Gemeinden und Bürger profitieren. Zunächst erfassen Sachbearbeiter in der Gemeinde die Bauanträge und unterziehen sie der sogenannten gemeindlichen Bauantragsvorbehandlung. Hierfür steht aus der Software TERAwIn der AKDB ein entsprechendes Modul zur Verfügung. Das Landratsamt bearbeitet die Bauanträge im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens. Dafür wiederum setzen die Prozessbeteiligten das Verfahren OTS BAU ein.

Die elektronische Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Landratsamt besteht zum einen in der automatisierten Weiterleitung der betreffenden Daten und Dokumente, zum anderen in der aktuellen Information über jeweilige Sachstände. Grundlagen dafür sind die genannten Verfahren. Die Dokumente wie Bauantrag, Lageplan und gemeindliche Stellungnahme zum Bauvorhaben werden in der elektronischen

beiter müssen nach dem Wortlaut des Gesetzes anteilig aus den Konten der Baustellen bezahlt werden, auf denen sie tätig waren.

Bauer: „Der enorme zusätzliche Liquiditätsbedarf, die höheren Personalkosten durch die überbordende nötige Bürokratie und die noch nicht absehbaren Auswirkungen der Kontrolle, ob diese Bestimmungen auch penibel eingehalten werden, lassen nur einen Schluß zu: Das Gesetz muss wieder weg oder massiv korrigiert werden!“

Der Verbandspräsident fordert daher die Bundesregierung mit Nachdruck auf: „Bringen Sie dieses Gesetz sofort in Ordnung!“ □

50 Container fliegen über die Bäume

Der Mannheimer Systembauspezialist GRAEFF GmbH, der mit dem Bau eines provisorischen Schulkomplexes für ein Gymnasium in der Innenstadt Mannheims betraut wurde, hatte ungewöhnliche Auflagen zu erfüllen. Die aus 50 Containern bestehende Anlage steht auf einer dem Schulgebäude vorgelagerten Grünfläche, inmitten alten Baumbestands. Das Gelände ist jedoch nur von der Straßenseite erreichbar, die am Straßenrand stehenden Bäume durften beim Aufbau nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Container wurden deshalb mit einem Spezial-Autokran mit einem Ausleger von über 60 m Länge über die Bäume gehoben.

Das altehrwürdige Karl-Friedrichs-Gymnasium (KFG) in Mannheim muss renoviert werden und benötigt für einen Zeitraum von vier Jahren Klassen- und Sozialräume für ca. 250 Schüler. Die auf den Bau von Container-Großanlagen spezialisierte GRAEFF Container und Hallenbau GmbH erhielt den Zuschlag für das Projekt, einschließlich der logistischen Aufgabe, die für die acht Klassenräume benötigten 50 Container auf einer Grünanlage aufzubauen, ohne den Baumbestand zu beeinträchtigen.

Schneller Aufbau

Um die Verkehrsbehinderung in der Innenstadt Mannheims auf das Notwendigste zu beschränken, lieferte und errichtete GRAEFF die Anlage innerhalb eines Tages.

Der zweigeschossige Komplex wurde auf einer Betonplatte errichtet, die zu Ende der Miet-

zeit ohne Beeinträchtigung der Grünanlage rückstandsfrei abgebaut wird.

Spezialfahrzeug im Einsatz

GRAEFF setzt im Schul- und Bürobau den bewährten Container 3001 Plus ein, der serienmäßig in eigenen Werken gefertigt wird. Die Ausstattung der einzelnen Container erfolgt im Werk, der Aufbau an der Baustelle erfolgt mit den bordeigenen Kranen der Lkws. Für das KFG musste die Spedition auf ein Spezialfahrzeug mit einem Ausleger von über 60 m Länge zurückgreifen, um die Container sicher über die Bäume zu befördern.

Zum vereinbarten Termin standen die Container für den Unterricht zur Verfügung, ohne Zwischenfälle beim erschwerten Aufbau. Modulares Bauen, das zeigt dieses Projekt, ist flexibel genug, um auch unter schwierigen Bedingungen kostengünstige und effektive Lösungen zu finden. □



Der von der Graeff Container- und Hallenbau GmbH, Mannheim, gebaute provisorische Schulkomplex umfasst Klassen- und Sozialräume für etwa 250 Schüler. □

Fachtagung der DSK Bayern

„Flächenmanagement, Flächenrecycling, Innenentwicklung - neue Schwerpunkte einer nachhaltigen Stadtentwicklung“

Am 8. Juli findet in Nürnberg im Presseclub (Nürnberger Akademie) eine Fachtagung der DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft, Regionalbüro Bayern, zum Thema „Flächenmanagement, Flächenrecycling, Innenentwicklung - neue Schwerpunkte einer nachhaltigen Stadtentwicklung“ statt.

Ziel der Veranstaltung, die um 9 Uhr beginnt und voraussichtlich gegen 16.45 Uhr endet wird, ist es, interessierten Gemeinden und Städten in Bayern die Möglichkeit zu geben, sich anhand ausgewählter Beispiele aus größeren und kleineren Kommunen über den aktuellen Stand der Fachdiskussion zu informieren.

Am Vormittag sollen nach einer allgemeinen Einführung zwei „best-practice“ Beispiele aus anderen Bundesländern zur Diskussion gestellt werden. Am Nachmittag werden dann ausgewählte bayerische bzw. fränkische Beispiele vorgestellt und gemeinsam diskutiert. An der Veranstaltung werden u. a. die Städte Nürnberg, München, Regensburg und Tübingen, das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, das Bayerische Landesamt für Umwelt sowie das Deutsche Institut für Urbanistik teilnehmen.

Eine Anmeldung ist ab Mitte Mai möglich. Weitere Informationen unter Tel.: 0911 / 520 99 40 oder Mail: nuernberg@dsk-gmbh.de □

Anderenfalls würde der Ablauf der Gemeinde abgelehnt und mit entsprechender Kommentierung zurückgeleitet.

Einlesevorgang

Der Einlesevorgang der Antragsdaten erfolgt automatisiert per Knopfdruck. Danach ist ein neuer Vorgang angelegt und mit

der von der Gemeinde neu erzeugten Bauakte verknüpft, für das Landratsamt entfällt die manuelle Datenerfassung. Abgerundet wird die Lösung durch eine online Sachstandsankunft, deren Aufruf ebenfalls in TERAwIn integriert werden kann. So erhält die Gemeinde Einsicht in den aktuellen Stand der Sachbearbeitung des Landratsamts. □

DSK DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft

Fachtagung der DSK Bayern

„Flächenmanagement, Flächenrecycling, Innenentwicklung – neue Schwerpunkte einer nachhaltigen Stadtentwicklung“

08.07.2009, Presseclub (NÜRNBERGER Akademie), Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg
Weitere Informationen: Tel.: 0911 – 520 99 40 oder Mail: nuernberg@dsk-gmbh.de

Stadterneuerung | Baugebietsentwicklung | Konversion | Städtebauliche Beratung | Projektentwicklung

Auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten:

Vorrang für die Sicherheit

**Massive Katastrophenschutz-Investitionen in den nächsten 10 Jahren
Minister Herrmann übergibt 40 Krankentransportwagen an die Hilfsorganisationen**

Im Beisein der Spitzen der bayerischen Hilfsorganisationen und führender Repräsentanten von Feuerwehr, THW, Bundeswehr und Polizei hat Innenminister Joachim Herrmann in Erlangen 40 hochmoderne Krankentransportwagen (KTW) ihrer Bestimmung übergeben. Dies ist die größte Einzelinvestition in die Strukturen des bayerischen Katastrophenschutzes in den vergangenen Jahrzehnten.

Mit dieser Beschaffung und mit dem für die nächsten zehn Jahre beschlossenen Investitionsprogramm der Staatsregierung für den Katastrophenschutz in Höhe von 40 Mio. Euro wird gezielt das gesamte bayerische Hilfeleistungs- und Gefahrenabwehrsystem gestärkt. Und dies geschieht nicht von ungefähr: die neuen Bedrohungslagen, etwa Naturkatastrophen oder terroristische Anschläge, werden die Gefahrenabwehr des Freistaats künftig stark fordern.

Der Freistaat investierte in den letzten sechs Jahren bereits über 15 Millionen Euro in Fahrzeuge und Gerät für den Katastrophenschutz.

„Um auch zukünftig auf spezielle Einsatzlagen großer Dimension vorbereitet zu sein, ist die ständige Ergänzung und Verbesserung der Ausstattung auch in den nächsten Jahren unbedingt erforderlich. Beginnend mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 legen wir deshalb für den Katastrophenschutz ein bayerisches Investitions- und Beschaffungsprogramm, angelegt auf die nächsten zehn Jahre, mit einem Volumen von mindestens 40 Millionen Euro auf“, so Herrmann. Damit könne man mehr als 350 Einsatzfahrzeuge, 140 Fahrzeuganhänger, 20 Boote sowie weitere Ausstattungsgegenstände für Feuerweh-

ren und Hilfsorganisationen beschaffen. „Wir setzen dabei die Schwerpunkte vor allem dort, wo sich der Bund in Sachen Leistungen für die ergänzende Ausstattung im Katastrophenschutz zu-

und sei damit gut auf Bedrohungslagen vorbereitet. „Dieses enorme Potential, die vorbildliche Einsatzbereitschaft und die große Leistungsfähigkeit unserer Einsatzkräfte ist Gewähr für einen effektiven und erfolgreichen Katastrophenschutz zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger. Es liegt mit sehr am Herzen, dieses starke Netzwerk zu erhalten und weiter auszubauen“, sagte Herrmann. Abschließend wies er darauf hin, dass die unmittelbare Gefahrenabwehr im Katastrophenschutz

KTW TYP B für den Katastrophenschutz

Basisfahrzeug

Modell: Mercedes Benz Sprinter Kastenwagen Hochdach
Fahrzeugtyp: 315 CDI
Motorleistung: 110 KW
Getriebe: Schaltgetriebe, 6 Gang
Ausstattung: Schiebetür rechts, verstärkte Vorderachse, Rückwandtür zweiflügelig 270 Grad
Radstand: 3665 mm
Zulässiges Gesamtgewicht: 3880 Kg

rückgezogen hat“, so Herrmann.

Bayern hat 27 der 40 Krankentransportfahrzeuge im Gesamtwert von 2,1 Millionen Euro beschafft. 13 baugleiche Fahrzeuge sind durch den Bund finanziert. Die Fahrzeuge sind in den letzten Wochen sukzessive bei den Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter Bund, Bayerisches Rotes Kreuz, Johanniter Unfallhilfe und Malteser Hilfsdienst in Dienst gestellt worden. Die KTW sind als Katastrophenschutzfahrzeuge bei einem Massenansturm von Verletzten Garant für eine effiziente Hilfe und den schnellen Abtransport Verletzter. Ein Beispieleinsatz zeigt, dass die Beschaffung nicht nur für abstrakte Bedrohungsszenarien von Nutzen ist, sondern auch bei der Bewältigung von Alltagsschadenslagen wertvolle Dienste leisten kann: Beim „Amoklauf“ am Landgericht Landshut im April 2009 hat bei den Maltesern der erste „Echteinsatz“ eines neu zugewiesenen KTW stattgefunden.

Dass die Fahrzeuge keine „Schönwetter-Autos“ sind, bestätigte die vorherrschende Witterung am Übergabetag. Dies tat aber der guten Stimmung der Teilnehmer keinen Abbruch. Angehörige der anwesenden Hilfsorganisationen spendeten großes Lob für die Anschaffung. „Das ist das Beste, was wir in letzter Zeit als Einsatzmittel bekommen haben, wegweisend in Ausstattung, Einsatzwert und Qualität!“, so ein Besatzungsmitglied eines KTW.

Bayern habe mit 470.000 Einsatzkräften, darunter 440.000 Ehrenamtlichen, das größte Einsatzpotential in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Deutschland

schutz in die alleinige Zuständigkeit der Länder falle und im Interesse der Bevölkerung keinesfalls zum Spielball zentralistischer Tendenzen im Bund oder in Europa werden dürfe.

In diesem Zusammenhang betonte er auch die nachhaltigen Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung für eine praxisgerechte Ausgestaltung des sog. EU-Führerscheins für die Einsatzkräfte: „Seit mehr als einem Jahr bemühe ich mich hier um eine praktikable Lösung, die die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr, des Rettungsdienstes und des THW nicht beeinträchtigt. Ich freue mich daher über den Durchbruch, den wir in den letzten Wochen erzielen konnten. Eine Sonderfahrberechtigung für Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen für den gesamten Bereich des Katastrophenschutzes, also für Feuerwehr, freiwillige Hilfsorganisationen und THW, beseitigt die dringenden Probleme“.

Er werde jedoch sehr genau darauf achten, dass die Länder hinsichtlich der Anforderungen an die Ausbildung den zugesagten Gestaltungsspielraum tatsächlich bekämen. Herrmann kündigte an, hier nochmals initiativ zu werden. Er werde bei der Innenministerkonferenz sowie im Bundesrat weiter intensiv auf eine praxisnahe, unbürokratische Regelung drängen. Bayern hält an seinem Ziel einer ausbildungs- und prüfungslosen Ausweitung der Fahrerlaubnis Klasse B fest. „Alles andere hilft den ehrenamtlichen Mitgliedern unserer Hilfsorganisationen, Feuerwehren oder des Technischen Hilfswerks nicht wirklich weiter.“

Neuer Mercedes-Benz Hybridbus im Fahrbetrieb

Mehr als 250 Kunden aus 15 Ländern haben erstmals den Mercedes-Benz Gelenkbus Citaro G BlueTec Hybrid in den vergangenen Tagen im Fahrbetrieb live erlebt. Die Experten aus europäischen Verkehrsbetrieben lobten bei dem 18 Meter langen Hybrid-Stadtbuss das völlig abgasfreie Fahren auf Teilstrecken, den leisen und praktisch ruckfreien Antrieb, das einzigartige Fahrzeugkonzept mit vier elektrischen Radnabenmotoren sowie die weltweit größte Lithium-Ionen Batterie im Fahrzeug-Einsatz. Diese Batterie speichert die Energie aus dem Dieselmotor und die beim Bremsen zurückgewonnene elektrische Energie.

Der Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid reduziert somit den ohnehin schon niedrigen Dieselmotorverbrauch um bis zu 30 Prozent und im gleichen Maß den vielschichtigen CO₂-Ausstoß. Der neue Hybrid-Omnibus wurde in den vergangenen Monaten umfangreich im Versuchsbetrieb getestet. Ebenso hat das Fahrzeug die mehrwöchige Wintererprobung am Polarkreis unter härtesten Einsatzbedingungen erfolgreich absolviert.

Die ersten Fahrzeuge werden noch in diesem Jahr an die Verkehrsbetriebe ausgeliefert. Marktkennner erwarten in Europa bei entsprechender Förderung der

Der Dieselmotor dient im seriellen Hybridbus als Generatorantrieb zur bedarfsweisen Stromerzeugung. Den erzeugten Strom speichern wartungsfreie Lithium-Ionen-Batterien, die auf dem Dach montiert sind. Die Batterien werden nicht nur durch den Dieselmotor gespeist, sondern auch durch die beim Bremsen rückgewinnbare Energie, die so genannte Rekuperation.

Die beim Bremsen während des Heranfahrens an Haltestellen oder Ampeln gewonnene Energie wird sowohl zur Versorgung des Fahrzeugs im Stand als auch beim Anfahren genutzt. So kann der



Der Mercedes Benz Citaro G BlueTec Hybrid: zukunftsorientierte Technik für Städte.



Innenminister Joachim Herrmann (3. v. r.) vor einem der neuen Krankentransportwagen.

- Trennwandschrank mit Apothekeauszug, Medikamentenfach, Schubladenschrank, Thermobox, Schrank für Notfallrucksäcke inklusive Handwaschgelegenheit, Trennwandstaufach
- Hochschrank für Sauerstoff hinten links
- Mittelkonsole zwischen Fahrer- und Beifahrersitz
- Halterungen für Vakuummatratze, Schaufeltrage und Krankentragestuhl
- Sitze: Begleitorsitz RTW 1 auf Radkasten links, Begleitorsitz RTW 3 an der Trennwand
- Deckcenter mit Infusionshalter
- Innenbeleuchtung mit Notbeleuchtung
- Hydraulischer Ambulanztisch Typ HYDROPULS Komfort
- Nottragenhalterung EN 1789 konform
- Mechanische Einstiegshilfe Schiebetür rechts
- Standheizung Luft
- Dachluke im Patientenraum
- Netzeingang 230V mit galvanischer Schutztrennung
- Zusatzbatterie mit Trennrelais
- 12V Bordstromversorgung
- Warnanlage Hänsch DBS 2000
- Funkvorrichtung Digital und Analog
- Sauerstoffinstallation.



Damit Sie auch bei den Kosten gut abschneiden.

Der Mercedes-Benz Unimog U20.

Kompakt, wendig und günstig in Anschaffung und Unterhalt: Gerade, wenn's eng wird, zeigt er seine wahre Größe. Mit dem Unimog U20 mähen Sie Böschungen, Randstreifen oder Grünland und Brachflächen. Mit seinem Wendekreis von nur 12,60 m und einem Gesamtgewicht von 7,5 bzw. 9,3 t ist er wie gemacht für kommunale Einsätze, ob Bauhof oder Garten- und Landschaftsbau. Mehr Informationen bei Ihrem Unimog Partner oder unter www.mercedes-benz.de/unimog



Den Unimog live erleben!
Besuchen Sie uns auf der demopark,
Stand B-237, 21.–23. Juni in Eisenach.



Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beuthauser.de



Mit Unitrac (im Bild) und Geotrac erzielte Lindner ein Umsatz- und Exportplus.
Foto: Lindner

Lindner steigert Umsatz und Export

Traktorenhersteller mit Umsatzplus von 7 Prozent

Im Geschäftsjahr 2008/09 konnte der Tiroler Traktorenhersteller Lindner Zuwächse beim Umsatz und der Exportquote einfahren. „Wie geplant steigerten wir den Umsatz um sieben Prozent auf rund 65 Millionen Euro“, erläutert Geschäftsführer Hermann Lindner.

Für das laufende Wirtschaftsjahr werde neuerlich ein Umsatzwachstum von sieben Prozent anvisiert. Lindner: „Die Gründe für die optimistische Prognose sind unter anderen die verstärkte Nachfrage nach Fahrzeugen mit technisch hochwertiger Ausstattung sowie der erfolgreiche Start unserer neuen Traktoren-Generation Geotrac 4.“

Mit dem Geotrac 124, dem stärksten Modell der Firmenhistorie, gelang Lindner im Vorjahr der Einstieg ins Traktorensegment über 100 PS. „Seit dem Start der Serienproduktion im Frühjahr 2008 haben wir bereits mehr als 200 Geotracs der Generation 4 hergestellt.“ Mit dem neuen Geotrac 124 können nun auch große Landwirtschaften und Gutshöfe effizient bewirtschaftet werden. „Darüber hinaus setzen immer mehr Gemeinden auf den neuen Geotrac, als Ergänzung zur Unitrac-Reihe.“ Derzeit stehen mehr als 1.700 Unitrac-Fahrzeuge bei Gemeinden, Profi-Landwirten, Liftgesellschaften sowie Bau- und Transport-Unternehmen im ganzjährigen Einsatz.

Geotrac meistverkauftes Traktoren-Modell

Im Geschäftsjahr 2008/09 verließen 1.350 Geotracs und 200 Unitrac-Transporter das Lindner-Werk in Kundl. Auch im laufenden Geschäftsjahr sollen 1.550 Fahrzeuge gefertigt werden. Zuwächse gab es 2008/09 beim Beschäftigtenstand, der von 202 auf 210 Mitarbeiter erhöht wurde.

Im ersten Quartal 2009 belegte Lindner im österreichischen

Ranking der Standardtraktoren mit einem Marktanteil von 15 Prozent Platz zwei, bei Traktoren bis 130 PS sogar Platz eins. In den Bundesländern Tirol, Vorarlberg und der Steiermark ist Lindner Marktführer, in Salzburg liegt das Tiroler Unternehmen auf Platz zwei. „Mit dem Geotrac 73 stellen wir Österreichs meistverkauftes Traktorenmodell, der Geotrac 93 rangiert auf Platz drei, der neue Geotrac 124 auf dem ausgezeichneten fünften Platz.“

Markteintritt in Spanien und im Baltikum im Visier

Die Exportquote des Traktorenherstellers, der zu 100 Prozent im Besitz der Familie Lindner steht, wuchs 2008/09 von 37 auf 42 Prozent. Deutschland, die Schweiz und Frankreich waren dabei die wichtigsten Auslandsmärkte, auch Slowenien entwickelte sich positiv. „Wir schaffen darüber hinaus den Markteintritt in Nord-Spanien, wo die klimatischen Bedingungen mit jenen in Tirol vergleichbar sind. Heuer visieren wir Litauen und Estland als neue Märkte an“, sagt Lindner.

Im Frühjahr 2008 wurde das neue Lindner-Technologiezentrum in Kundl eröffnet, auch heuer setzt der einzige rein österreichische Traktorenhersteller auf Innovation. „Wir werden 2009/10 fünf Prozent des Umsatzes in Modernisierung und Entwicklung investieren“, kündigt Lindner an. Fokus werde neben der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Fahrzeuge auch auf die Erweiterung des Maschinenparks gelegt.

Schwingungen bei Traktoren:

EU-Norm bereits heute erfüllt

Die Modelle Unitrac und Geotrac vom Tiroler Traktorenhersteller Lindner sind bereits heute für die neue EU-Richtlinie gerüstet, die Arbeitnehmer vor Schwingungen schützen soll - Technische Highlights wie Einzelradaufhängung und hydraulische Federung sorgen für den Schutz des Fahrers.

Eine neue Richtlinie der EU, die 2002 beschlossen wurde, hat den Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer vor Vibrationen zum Inhalt. „Die Richtlinie regelt die täglich zulässige Schwingungsexposition für den Fahrer und soll insbesondere vor Rückenschmerzen und Schädigungen der Wirbelsäule bewahren“, erläutert Hermann Lindner. Die Richtlinie gilt ab 2007 für alle neuen Transporter in Kommunalbetrieben und ab 2011 für bestehende Geräte. Ab 2014 fallen alle landwirtschaftlichen Geräte unter die neue Richtlinie.

Für die Zukunft gerüstet

Mit Tiroler Traktoren- und Transportertechnologie sind Gemeinden und Landwirte bereits heute auf der sicheren Seite: So verfügt die Unitrac-Serie über Einzelradaufhängung und hydraulische Federung.

Darüber hinaus schützt der luftgefederte Sitz den Fahrer vor ungesunden Schwingungen. „Das Lindner-Federungskonzept hat sich seit einem Jahrzehnt bewährt und erfüllt bereits heute die EU-Richtlinie.“ Aktuell sind mehr als 1.700 Unitrac-Fahrzeuge bei Gemeinden, Profi-Landwirten, Liftgesellschaften sowie Bau- und Transport-Unternehmen im Einsatz.

Federungskomfort

Auch die neue Geotrac-Serie 4 ist für die neuen Anforderungen gerüstet und erfüllt die EU-Richtlinie. „Der 124er, dessen Kommunalausgabe bereits bei zahlreichen Tiroler Gemeinden im Einsatz steht, ermöglicht dem Fahrer durch seine Einzelradaufhängung und die luftgefederte Kabine höchsten Federungskomfort bei 50 km/h“, erklärt Lindner.



Der Lindner Geotrac erfüllt schon heute die neue EU-Richtlinie zum Schutz von Arbeitnehmern vor Schwingungen.

demopark + demogolf 2009 in Eisenach:

Das Branchenereignis des Jahres

Vom 21. bis 23. Juni 2009 öffnet die Freilandausstellung demopark + demogolf zum sechsten Mal ihre Tore. Auf über 250.000 qm wird in Eisenach auch in diesem Jahr das komplette Maschinenprogramm für die Grünflächenpflege, den Landschafts- sowie den Sport- und Golfplatzbau zu sehen sein. Damit handelt es sich um die größte Freilandausstellung ihrer Art in Europa.

Der Messestandort auf dem Flugplatzgelände Eisenach-Kindl hat sich bei Ausstellern wie Besuchern bestens etabliert, so dass die Ausstellungsfläche bereits vollständig ausgebucht ist.

Rund 370 Aussteller sowie deutlich vergrößerte Standflächen zeigen, dass die demopark + demogolf mittlerweile als das Branchenereignis des Jahres gilt.

Nach der erfolgreichen Premiere vor zwei Jahren wird die demogolf wieder ein umfangreiches Angebot rund um die Golfplatztechnik bereitstellen. Greenkeeper können auf eigens angelegten Grünflächen Golfplatzpflegemaschinen verschiedener Hersteller im praktischen Einsatz sehen. Vom Fairway-Mäher über die Projektplanung bis zum Zubehör erstreckt sich die große Bandbreite an Golfplatzbedarf, die von 58 Ausstellern präsentiert wird. Die Ausstellungsbereiche demopark und demogolf ergänzen sich in idealer Weise, zumal sie fließend ineinander übergehen.

Auf der demopark wird das gesamte Spektrum an Maschinen für den Garten- und Landschaftsbau sowie die Grünflächenpflege vertreten sein, um den Besuchern einen umfassenden Überblick für ihre Kaufentscheidung geben zu können. Nochmals erweiterte Ausstellungs- und Demonstrationsflächen machen das Maschinenangebot größer denn je. Innovationen und Weiterentwicklungen erwarten den Besucher in allen Produktsegmenten. Zu den



Vier bis fünf Mann fahren mit dem Multicar FUMO mit Doppelkabine bequem zum Einsatzort und verrichten dort verschiedenste Aufgaben.

Multicar FUMO mit Doppelkabine in der Grünpflege:

Der „Mannschaftswagen“

Multicar FUMO, das ist der kompakte Geräteträger und Transporter mit den vielen Talenten. Mit nur 1,62 Metern Breite bewältigt man mit ihm auch auf engen Fußwegen unterschiedlichste Aufgaben. Aufgrund der drei Anbauräume des Multifunktions-Fahrzeuges lassen sich gleich mehrere Aufgaben in einem Arbeitseinsatz wirtschaftlich erledigen. Wer seine Mitarbeiter möglichst effizient einsetzen will, der wird die Vorteile der optionalen Doppelkabine schnell erkennen.

Ein kleiner Arbeitstrupps von vier, bis auf Kurzstrecken, auch fünf Mitarbeitern fährt in dieser Doppelkabine bequem zum Einsatzort. Wo bisher ein zweites Transportfahrzeug nötig war, genügt heute ein einziger FUMO mit Doppelkabine.

Der Komfort der Space Frame-Kabine überzeugt dabei nicht nur den Fahrer, sondern auch die Mitfahrer. Die ergonomisch gestalteten Sitze lassen sich leicht verstellen, ermöglichen einfaches Durchsteigen, sind dabei widerstandsfähig und für den meist rauen Arbeitsalltag bestens geeignet.

Die Wirtschaftlichkeit dieser Doppelkabine lässt sich anhand eines Beispiels anschaulich erklären. Nehmen wir an, in der Kaiserstraße ragt das Gestrüpp der Lorbeerhecke zu sehr auf die Gehwege und im Stadtpark gewinnt das Unkraut die Überhand und muss geschnitten werden. Man kann nun einen Mann fünf Tage lang immer in die gleiche Richtung schicken – oder aber vier Mann einen Tag lang zu einem gemeinsamen Team-Einsatz.

An der Frontanbauplatte des FUMO wird ein Frontausleger mit einem Schlegelmähkopf von Fiedler montiert. Eine Heckschere wird als weiteres Austausch-Werkzeug auf dem serienmäßigen Dreiseitenkipper des FUMO mitgenommen. Auf der Pritsche finden daneben ein handgeführter Rasenmäher und weitere manuelle Hilfsmittel Platz. Hinten am Fahrzeug wird außerdem ein Kippanhänger angekuppelt. Die vier Arbeiter nehmen bequem in der Doppelkabine des FUMO Platz und los geht's. Dank einer Gesamtzugleistung

von 7,5 Tonnen ist der FUMO gut für diese Fahrt gerüstet.

Die manuellen Arbeitsgeräte werden von der Pritsche genommen. Der FUMO fährt in Schrittschwindigkeit an der zu mähenden Grünfläche entlang. Der Fahrer steuert den hydraulischen Frontausleger mit Schlegelmähkopf bequem aus dem Fahrzeug heraus und hat durch die abgerundete Panorama-Frontscheibe und die weit heruntergezogenen Seitenfenster besten Blick auf Gerät und Grünfläche. Das Unkraut direkt um die Bäume und Parkbänke herum wird in der gleichen Zeit von den anderen Mitarbeitern mit den manuellen Arbeitsgeräten gemäht.

Innerhalb weniger Minuten wird der Schlegelmäher am Fiedler Frontausleger durch die Heckschere ausgetauscht. Der Fahrer fährt auch hier in Schrittschwindigkeit an der Hecke entlang und steuert die Heckschere einfach aus der Kabine heraus. Das Schnittgut wird auf den mitgeführten Anhänger geladen und auf dem Rückweg direkt am Häckselplatz abgeladen.

Durch mehr als 100 verschiedene Vor- und Anbauten lässt sich ein Multicar für vielfältige Aufgabenbereiche wie Mäharbeiten, Straßenreinigung, Straßen- und Wegebau, Bewässerung von Gärten- und Grünanlagen, für den Winterdienst und vieles mehr schnell und komfortabel umrüsten. Wie alle Multicar-Baureihen, so wird auch der FUMO mit Doppelkabine serienmäßig mit Euro 4-Motor ausgeliefert und darf die grüne Plakette tragen. Damit hat er auch in ausgewiesenen Umweltzonen an 365 Tagen im Jahr freie Fahrt.

Die konsequente Gliederung nach Produktsegmenten macht ihn zu einem unverzichtbaren Wegweiser auf dem Messegelände und zur wertvollen Informationsquelle nach der Ausstellung. Auf großzügigen Wegen sind alle Messestände bequem zu erreichen. Als besonderer Service wird auch in diesem Jahr wieder eine Messebahn angeboten, die auf dem Gelände hin- und herpendelt.

Vielfältige Angebote

Eine klare und übersichtliche Gliederung kennzeichnet das über 250.000 Quadratmeter große Ausstellungsgelände. Kurze Wege und vielfältige Angebote machen den Besuch der Ausstellung zu einem entspannten Erlebnis. Unmittelbar neben dem Messegelände stehen den Besuchern kostenfreie Parkplätze zur Verfügung. Für Bahnreisende wird ein kontinuierlicher Bustransfer vom ICE-Bahnhof Eisenach zur demopark + demogolf bereitgestellt. Mit der Eintrittskarte erhält der Besucher außerdem einen kompakten Ausstellungskatalog.

Erneut wird es auf der demopark + demogolf eine zentrale Präsentation von Neuheiten geben. Die innovativsten Maschinen und Geräte werden von einer Jury mit Gold- und Silbermedaillen ausgezeichnet und im Rahmen einer großen Neuheiten-Schau erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Zahlreiche Neuheiten und Produktverbesserungen sind bereits angekündigt, wobei das Alleinstellungsmerkmal und damit die Attraktivität der demopark + demogolf maßgeblich darin begründet liegt, dass Neuentwicklungen in der Praxis durchgeführt werden.



UNITRAC 102 // Kippbare Komfortkabine, Einzelradfederung, 4-Rad-Lenkung, 5000 kg Nutzlast, Partikelfilter, 16/16-Gang-Splittgetriebe, Front- und Heckzapfwelle, 2-Kreis-Hydraulik

Lindner

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
6250 Kundl/Tirol, Tel. +43 5338 74 20-0, Fax-DW 333
www.lindner-traktoren.at

SüdWasser GmbH:

Synergieeffekte sinnvoll nutzen

Die kommunale Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung im Freistaat stellt die Kommunen vor immer neue Herausforderungen. Die SüdWasser GmbH, ein Unternehmen der E.ON Bayern AG, Regensburg, bietet hier umfangreiche Dienstleistungen an. Über deren Leistungsspektrum sprach die GZ mit Johannes Schneider, Geschäftsführer Technik und Vertrieb.

GZ: Herr Schneider, Sie sind Geschäftsführer der SüdWasser GmbH. Inzwischen arbeiten Sie mit mehr als 70 Kommunen zusammen. Warum haben sich Ihre Partner für Ihr Haus entschieden?

Schneider: Die kommunale Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung in Bayern unterliegt einem permanenten Optimierungsprozess. Steigende Anforderungen an die Qualität, neue Vorgaben für Organisation und Qualifikation des Personals sowie das notwendige hohe Niveau der technischen Ausstattung der Ver- und Entsorgungsunternehmen stellen alle Kommunen ständig vor neue Aufgaben.

Zusammen mit dem leistungsfähigen Partner SüdWasser ist es für viele, insbesondere kleinere Kommunen möglich, diesen Herausforderungen zu begegnen, Synergieeffekte sinnvoll zu nutzen um auch in Zukunft ihren Bürgerinnen und Bürgern Wasser in bester Qualität zu liefern und die Abwasserentsorgung auf einem technisch hohen Niveau sicherzustellen.

GZ: Wie sieht das Leistungsspektrum des Unternehmens aus?

Schneider: Die SüdWasser ist ein Dienstleistungsunternehmen.

Die Beratung und Unterstützung unserer Partner bis hin zum verantwortlichen Betrieb der kom-

Johannes Schneider
Geschäftsführer
Technik und Vertrieb



Beruflicher Werdegang:

- Umweltberater Landratsamt Ansbach
- Abteilungsleiter Recycling Entsorgungswirtschaft
- Vertriebsmitarbeiter FÜW (heute N-ERGIE)
- Vertriebsleiter, später Prokurist GAW (Recon/Bayernwerk)
- seit 2002 Geschäftsführer SüdWasser (E.ON Bayern). □

munalen Anlagen stehen im Vordergrund.

Über den Anlagenbetrieb mit kommunalem und/oder eigenem Personal hinaus berät SüdWasser auch die Eigentümer der Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen und deren Planer bei Erweiterung, Umbau und Betrieb, um Lösungsvorschläge bereits im frühen Stadium optimal umsetzen zu können.

GZ: Die technischen, betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Anforderungen an kommunale Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsunternehmen wachsen ständig. Wie qualifiziert sind Ihre Mitarbeiter? Und wie sieht es mit der Weiterbildung aus?

Schneider: SüdWasser verfügt neben einer modernen technischen Ausstattung über ein hochmotiviertes Team fachkundiger Mitarbeiter - von der Fachkraft für Wasserversorgungs- bzw. Abwassertechnik (früher Ver- und Entsorger) über den Wasser-/Abwassermeister bis hin zum Ingenieur. Ständige qualifizierte Weiterbildungsmaßnahmen sind für uns eine Selbstverständlichkeit.

GZ: Die SüdWasser GmbH ist ein Unternehmen von E.ON Bayern. Es gibt Kommunalpolitiker, die befürchten, dass eine Geschäftsbeziehung mit diesem Unternehmen zu einer Privatisierung des sensiblen Wasserbereichs führen würde,

die wiederum eine Verschlechterung der bisher in Bayern ausgezeichneten Trinkwasserqualität nach sich ziehen könnte.

Schneider: Das Gegenteil ist der Fall. Im Rahmen unseres breit gefächerten Leistungsspektrums bietet SüdWasser den Kommunen umfangreiche Dienstleistungen an. Wir stellen unser Fachwissen und unsere langjährigen Betriebserfahrungen unseren Partnern zur Verfügung. Damit tragen wir dazu bei, die Eigenständigkeit und einen verlässlichen Kostenrahmen zu sichern. Ein Blick auf die Referenzliste zeigt, dass dieses Konzept mit einem modernen Dienstleistungsportfolio große Akzeptanz bei Kommunen in ganz Bayern findet.

GZ: Es gibt Kommunen, die die technische und/oder kaufmännische Betriebsführung

ihrer Wasser- und Abwasserbereichs an ein professionelles Unternehmen delegieren möchten. Was passiert mit guten Mitarbeitern, die teilweise schon über viele Jahre bei der Kommune angestellt sind?

Schneider: Niemand muss um seinen Arbeitsplatz fürchten. Im Rahmen unserer Dienstleistungen bleiben die Kolleginnen und Kollegen Angestellte der Kommunen. Lediglich die technische Verantwortung für den Betrieb wird durch erfahrene Ingenieure der SüdWasser übernommen. Dort wo es notwendig und sinnvoll ist, ergänzen wir den Betrieb mit eigenem Personal.

GZ: Wäre es auch denkbar, einen Bereitschafts- und Entstörungsdienst bei Ihnen zu buchen? Übernehmen Sie auch Urlaubs- und Krankheitsvertretungen?

Technische Zusammenarbeit zwischen Bayern und dem rumänischen Banat:

Hilfe bei der Wasserversorgung

Die Bewohner von Temeswar, der wichtigsten Stadt des Banat im Westen Rumäniens, sind noch heute stolz darauf, dass hier vor 125 Jahren Europas erste dauerhafte elektrische Straßenbeleuchtung erstrahlte. Damals war Temeswar für die Siedler aus dem Rheinland und der Pfalz, aus Lothringen, Franken und Bayern, die als „Banater Schwaben“ diesen Landstrich zur Kornkammer des k. u. k. Kaiserreichs machten, zum wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum geworden.

Dass die Stadt diese mitteleuropäische Geschichte immer noch lebt und pflegt, wurde einer von Bürgermeister Hep Monatzeder angeführten Münchner Delegation auf Schritt und Tritt deutlich. Das Deutsche ist hier immer noch präsent, auch wenn die Stadt seit 1920 zu Rumänien gehört und offiziell Timisoara heißt. Heute gehört sie zu den wichtigsten in Rumänien. Den Münchnern, die vor acht Jahren bereits ausrangierte Trambahnen nach Temeswar gebracht hatten, ging es diesmal vor allem darum, Unterstützung bei der Sanierung des Kanalnetzes und der Wasserversorgung zu leisten. Beide stammen noch aus der k.u.k.-Ära.

Ilie Vlaicu, der visionäre Chef des Temeswarer Wasserversor-

Schneider: SüdWasser verfügt zwischenzeitlich über ein bayernweites Netz an Partnern. Unsere Mitarbeiter sind hochmotiviert und wohnen in der Fläche, so dass wir nahezu überall in Bayern in der Lage sind auch derartige Dienstleistungen anzubieten, sofern es der kommunale Partner wünscht.

GZ: Wie sieht es mit einer Referenzliste aus? Bei welchen Städten und Gemeinden können sich Kolleginnen und Kollegen aus der kommunalen Familie nach Ihren Dienstleistungen erkundigen?

Schneider: Interessierten Kommunen stellen wir gerne unsere umfangreiche Referenzliste zur Verfügung. Wir haben Partner in allen Regionen Bayerns, die immer gerne über die Qualität unserer Zusammenarbeit Auskunft geben. □

Diringer & Scheidel baut Schlauchliner in Erlangen ein

Fast vier km schadhafte Kanäle hat die Diringer & Scheidel Rohrsanierung GmbH & Co. KG im vergangenen Jahr im Auftrag des Entwässerungsbetriebs der Stadt Erlangen mit Schlauchlinern saniert. Bei dem Verfahren wird ein werkseitig mit Polyesterharz getränkter Nadelfilzschlauch im Kühltransporter zur Einbaustelle geliefert, über einen Inversionsturm in die zu sanierenden Haltungen eingebaut, danach mit Wasserdruck formschlüssig an die Rohrwandung angepasst und anschließend mit Warmwasser ausgehärtet. Das Ergebnis ist ein Produkt, dessen Standard und Qualität allen Anforderungen in puncto Dichtheit, statischer Tragfähigkeit und hydraulischem Abflussverhalten gerecht wird.

Zu den weiteren nennenswerten Vorteilen dieses Verfahrens zählt neben der sehr kurzen Einbauzeit der Umstand, dass im Gegensatz zu Sanierungsmaßnahmen in offener Bauweise Aufgrabungen weitestgehend entfallen – eine wichtige Voraussetzung vor allem für Arbeiten in verkehrstechnisch stark frequentierten Bereichen wie der Erlanger Altstadt.

Ganzheitliches System

„Die im Zuge der „Kanalsanierung 2008 Erlangen“ ausgeführten Arbeiten sind Bestandteil des vorliegenden baulichen Sanierungskonzeptes der Stadt“, erläutert Christian Mayer, Entwässerungsbetrieb der Stadt Erlangen, Bereich Kanalbau. Nach einer festgelegten Prioritätenfolge konzentrierten sie sich in den Bereichen Altstadt, Zollhaus und Altanlagen. In diesen Gebieten wurden den Haltungen mit Rohrquerschnitten von DN 250 bis DN 500 in geschlossener Bauweise mit dem Schlauchlinerverfahren saniert und dabei auch rund 580 Hausanschlüsse saniert.

Festgestellt wurden die Mängel in den betroffenen Kanalteilstücken bei den turnusmäßigen Kamerabefahrungen, die im Zuge der Eigenüberwachungsverordnung (EÜV) durchgeführt werden. „Neu am ganzheitlichen Sanierungskonzept ist unter anderem der Umstand, dass im Stadtgebiet nicht mehr wie früher „partiell“, sondern haltungsweise instandgesetzt wird“, erklärt Christi-

an Mayer. Mit diesem Ansatz sollen Kosten gespart werden. Deshalb werden die bei den Kamerabefahrungen erfassten Schäden – rund 400 km des städtischen Kanalnetzes sind bereits untersucht – in einer Datenbank zusammengefasst und in Schadensklassen von 1 bis 5 eingeteilt. Anschließend werden die Prioritäten für die anstehenden Sanierungsmaßnahmen mit einer farbigen Abstufung gekennzeichnet. „Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Tiefbaumaßnahmen mit den Bauvorhaben der anderen städtischen Dienststellen abgestimmt werden“, so Mayer weiter. „Auf diese Weise verhindern wir, dass zum Beispiel ein gerade neu gepflasterter Platz nach nur kurzer Zeit erneut von Bauarbeiten in Mitleidenschaft gezogen wird.“

Einschränkungen auf ein Minimum reduziert

Die gesamten Sanierungsmaßnahmen inklusive aller vorbereitenden Maßnahmen und Nacharbeiten sollten nach Vorgaben des Auftraggebers in der Zeit von Mitte April bis Ende September abgewickelt werden. Der eigentliche Einbau der Inliner hat dabei jedoch nur ca. 2 bis 3 Wochen im Juni in Anspruch genommen, so dass die Verkehrsbehinderungen und Einschränkungen der Anlieger durch die Baustelleneinrichtungen sehr kurz gehalten werden konnten. Das gute Einvernehmen mit den betroffenen Bürgern ist Bauleiter Mayer dabei ein beson-

deres Anliegen. Diese werden im Vorfeld durch städtische Mitarbeiter und 1 bis 2 Tage vor Beginn der Bauarbeiten noch einmal durch das ausführende Unternehmen angesprochen und informiert. Vor dem Einbau des Schlauchliners sind dann wichtige Vorarbeiten auszuführen. „Hierzu zählen unter anderem die Vorbereitung der Haltungen mit dem KA-TE-Roboter, einem hydraulischen Fräsröbter, der den Kanal von einragenden Scherben oder Ablagerungen und anderen Hindernissen befreit“, erklärt Dipl.-Ing. (FH) Daniel Korczinski, Bauleiter, Diringer & Scheidel Rohrsanierung GmbH & Co. KG, NL Nürnberg. Im gleichen Arbeitsgang werden noch einmal Lage und Position der vorhandenen Abzweige bzw. Stutzen ermittelt, um sie nach Einzug und Aushärten des Liners problemlos mit dem Fräsröbter öffnen zu können. Nach dem Einbau des Preliners kann dann der für die jeweilige Haltung maßgeschneiderte Nadelfilzschlauch in das beschädigte Rohr inversiert werden.

Formschlüssig angepasst

Beim sog. letzten Schuss der Sanierungsmaßnahme, einer Haltung in Altanlagen, wurde der getränkte Schlauchliner vom Lkw über ein Förderband gleichmäßig und materialschonend auf den Inversionsturm geführt, durch einen Stahltrichter geleitet und anschließend vor der zu sanierenden Haltung positioniert. Nach Aufbau des entsprechenden Überdrucks wurde das gehärtete Material durch Wasserdruck in den Kanal inversiert. „Der Druck der Wassertüte sorgt dann dafür, dass sich der Inliner aufweitert und formschlüssig an die Wandung des alten Kanals anpasst“, so Korczinski weiter. Nach der vollständigen Auskleidung der Haltung wurde das Wasser erwärmt, um den Schlauchliner auszuhärten.

Weiterbildung des Personals von Abwasseranlagen:

Geschulte Mitarbeiter für moderne Abwassertechnik

Seit 1946 wurden in Bayern etwa 32 Milliarden Euro in kommunale Abwasseranlagen investiert. Die Länge der Kanäle liegt bei 86.000 Kilometern. Diese Einrichtungen können nicht ohne qualifiziertes Personal betrieben werden: Das Betriebspersonal benötigt regelmäßige Fortbildung. Um alle Aufgaben der kommunalen Abwasserentsorgung erfüllen zu können, sind durchschnittlich 0,6 Arbeitskräfte je 1.000 Einwohner notwendig. Damit ergibt sich in Bayern ein Personalbestand von rund 7.800 Beschäftigten. Hier drängt sich die Frage auf: Kann es sich ein kommunaler Betrieb leisten, seine Mitarbeiter nicht ständig weiterzubilden zu lassen? Wie anders können sie mit der technischen Entwicklung Schritt halten?

Die Abwasseranlagen sind heute fast schon technische Wunderwerke geworden. Nach den Auswertungen aktueller Benchmarking-Projekte besuchen die Mitarbeiter einer Abwasseranlage drei Fortbildungstage pro Jahr. In einer Empfehlung der OECD werden fünf Fortbildungstage genannt, um das Personal in wirtschaftlicher Betriebsführung und Umweltschutz zu schulen.

Manche Bürgermeister messen

Das Ergebnis ist ein Produkt, dessen Standard und Qualität allen Anforderungen eines Schlauchliners entspricht. Aufgrund der bei der Sanierung eingesetzten Verfahrenstechnik ist es für den Sanierungserfolg von erheblicher Bedeutung, dass die Sanierungsunternehmen geeignete Maßnahmen zur Qualitätssicherung durchführen und diese durch unabhängige Zertifizierungen gegenüber dem Auftraggeber nachweisen“, stellt Christian Mayer fest. Anforderungen, die sowohl das Unternehmen als auch das eingesetzte Verfahren erfüllen. □

den Abwasseranlagen nur geringen Stellenwert bei. Liegt es vielleicht auch daran, dass man mit den Abwasseranlagen wenig „Staat machen“ kann? Wenn die gewaltigen Investitionen im Boden „verschwunden“ sind, sieht man nichts mehr davon und Gebühren muss der Bürger dafür auch noch zahlen. Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit muss die Bürger über ihr Eigentum an der Abwasserbeseitigung informieren.

Zur ständigen Weiterbildung des Betriebspersonals und der Führungskräfte in der Verwaltung von Abwasseranlagen bietet der Fachverband DWA Angebote von Praktikern für Praktiker. Als Hilfe zur Selbsthilfe wird bei den Kanal- und Kläranlagen-Nachbarnschaften fachlicher Austausch für die Mitarbeiter von Kanalbetrieb und Kläranlage geboten. Bürgermeister sollten auch am Vergleichsprojekt „Benchmarking Abwasser Bayern 2009“ teilnehmen. Es ist von den kommunalen Spitzenverbänden, der DWA und dem Bayerischen Umweltministerium initiiert worden. IBST

lagen-Techniker demnächst auch im Rahmen jener Kurse lernen können, die von der deutsch-rumänischen Stiftung „Aquademica“ angeboten werden.

Es war das eigentliche Ziel dieser Reise, das Abkommen zur Gründung dieser Stiftung zu unterzeichnen, die landesweit Impulse setzen und Bestandteil eines nationalen Umweltkompetenz-Zentrum mit Schwerpunkt Wasserwirtschaft werden soll. Die Gründungsurkunde wurde im Großen Sitzungssaal des Temeswarer Rathauses unter reger Teilnahme der einheimischen Medien unterzeichnet. Stifter sind die Stadtwerke von Temeswar (Aquatim) und die Münchner Stadtentwässerung (MSE).

Das Münchner Engagement hat neben dem Ausbau gut nachbarschaftlicher Beziehungen vor allem auch das Ziel, die Umwelt zu schonen, an der besonders in kommunistischer Zeit Raubbau betrieben wurde. Für die Münchner Stadtentwässerung entsteht, so Schmidt, der Nebeneffekt, dass Spezialisten der MSE Auslandserfahrung sammeln und danach kompetent mitreden können, wenn es - etwa in Brüssel - darum geht, neue Verordnungen und Gesetze zu verabschieden. Andererseits wird auf diese Weise auch ein interessanter Absatzmarkt für deutsche und auch bayerische Firmen vorbereitet, die in der Klärtechnik an der Weltspitze zu finden sind.

Zweites Ziel der Reise war der Landkreis Karasch-Severin mit dem Semenic-Gebirge oberhalb der einstigen Hüttenstadt Reschitz. Das integrierte Planungskonzept „Modellregion Banat“, das auch diese Gebirgsregion einschließt, wurde nun, als Partnerschaft zwischen Bayern und den rumänischen Kreisen Temesch und Karasch-Severin, während der Reise offiziell besiegelt. Vorrangig geht es darum, die planerischen Grundlagen modellhaft auch für den ländlichen Raum zu schaffen, dass diese Region umwelt- und landschaftsschonend entwickelt wird, etwa durch den Ausbau der Trinkwasserversorgung im ländlichen Raum. Hier engagieren sich ebenfalls die MSE zusammen mit der aquaKomm (eine Tochter der Stadtwerke München, Augsburg und der MSE), RMD-Consult und die COPLAN AG. Als weitere Fachberater sind Mandatsträger aus bayerischen Gemeinden mit ihrem praktischen Erfahrungsschatz eingebunden.

Zudem soll die Region durch einen sanften Tourismus auch für Gäste aus dem Ausland attraktiv werden. Die Erschließung neuer touristischer Ressourcen ist mit den Anforderungen von Natur- und Gewässerschutz in Einklang zu bringen. Dazu soll eine Unterstützung im Aufbau von „Good Governance“ Strukturen gegeben werden. **Köstner/Schuchardt**

Bayerischer Städtetag / Bezirksversammlung Mittelfranken:

Schub in Krisenzeiten

Im Freilandmuseum Bad Windsheim fand die jüngste Bezirksversammlung Mittelfranken des Bayerischen Städtetags statt. Unter der Leitung des Bezirksvorsitzenden, Fürths Oberbürgermeister Thomas Jung, standen die Vorstellung des Europabüros der bayerischen Kommunen in Brüssel, das Konjunkturpaket II sowie die Ergebnisse des kommunalen Bildungsgipfels auf der Tagesordnung.

„Das Konjunkturpaket II und die entsprechenden bayerischen Verwaltungsvorschriften bieten keinen Anlass zur Euphorie“, betonte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger. Nach Schätzungen können rund 500 Projekte bedacht werden. Rein rechnerisch komme damit nur jede vierte Gemeinde zum Zug. Andererseits stehe mit rund 1 Milliarde Euro Bundesmittel, zu denen noch rund 125 Millionen Euro Landesmittel sowie 125 Millionen Euro eigene kommunale Mittel kommen, ein hoher Betrag für Investitionen zur Verfügung. „Damit können wir in Krisenzeiten mit kommunalen Investitionen der Konjunktur einen Schub geben“, so der Verbandschef.

Mehr Flexibilität erhofft

Schaidinger bedauerte, dass die Staatsregierung das Konjunkturpaket weitgehend auf die energetische Sanierung konzen-

triert hat: „Da hätten wir uns mehr erwartet. Wir hätten uns auch mehr Flexibilität erhofft. Die Verhandlungen um die Ausgestaltung dieser Richtlinien erinnerten an die Echternacher Springprozession: Kaum hatten wir in den Verhandlungen mit der Bayerischen Staatsregierung drei Schritte vor gewagt, um einfachere Regelungen bei der Mittelvergabe durchzusetzen, sprangen staatliche Bedenkenträger gleich wieder zwei Schritte zurück, um doch wieder neue Auflagen zu formulieren und schärfere Kontrollmechanismen einzubauen.“

Tragfähiges Ergebnis

Ein vereinfachtes pauschalisiertes Verfahren wollte der Freistaat zum Leidwesen der Städte nicht zulassen. Aber insgesamt bezeichnete der Vorsitzende das Ergebnis als tragfähig – nicht zuletzt dank der vom Bayerischen Städtetag erreichten Änderungen. Jetzt könne die

energetische Sanierung auch bei einer Generalsanierung oder einem Ersatzneubau gefördert werden.

Enge zeitliche Vorgaben

Allerdings, so räumte Schaidinger ein, hemme die Beschränkung auf die energetische Sanierung von Gebäuden weitere kommunale Investitionen und somit eine breite konjunkturelle Auswirkung: „Ursprünglich hatte der Bund mit dem Konjunkturpaket den Kommunen bewusst eine breite Palette eröffnet, wonach über das energetisch Notwendige hinaus weitere Baumaßnahmen förderfähig gewesen wären. Der Frei-

Moosburger Umwelttechnikforum:

„Effizienz auf Kläranlagen“

Das zweite Moosburger Umwelttechnikforum, das unter dem Motto „Effizienz auf Kläranlagen“ stand, war ein voller Erfolg. Die beiden Veranstalter, das Bayerische Institut für Umwelt- und Kläranlagentechnologie Biukat e.V. und die Bayerische Verwaltungsschule, konnten in der Stadthalle über 160 Teilnehmer und 25 Fachaussteller begrüßen.

Wie der Vorsitzende des Bayerischen Instituts für Umwelt- und Kläranlagentechnologie (Biukat), Dr. Josef Hofmann, in seiner Begrüßung hervorhob, sind im Gegensatz zur derzeit trudelnden Finanzwirtschaft bei der Abwasserreinigung Nachhaltigkeit und Effizienz wichtige Vorgaben, die bei den kommunalen Kläranlagenbetreibern seit Jahren umgesetzt werden. Außerdem sei die im Grundgesetz verankerte Verpflichtung zum Umweltschutz nur mit einem starken Staat machbar, der sich nicht aus der Verantwortung zurückzieht, sondern von seinen Kläranlagenbetreibern hohe Effizienz bei der Abwasserreinigung durch klare rechtliche Vorgaben und konsequente Überwachung dieser Vorgaben einfordert.

Beitrag zur Nachhaltigkeit

Leitender Baudirektor Erich Englmann, Referatsleiter im Bayerischen Umweltministerium, betonte, dass die Effizienz von Kläranlagen einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit leiste. Dazu sind aus seiner Sicht mehrere zukünftige Handlungsfelder anzugehen, wie etwa die Ersterschließung von bisher nicht entsorgten Ortsteilen, die Nachrüstung der Kläranlagen auf den Stand der Technik und auf weitergehende Anforderungen, die Erhaltung und Erneuerung bestehender Kläranlagen, die Durchführung von Energieanalysen auf Kläranlagen und die deutliche Steigerung der Energieeffizienz, die Anwendung neuer Technologien sowie die interkommunale Zusammenarbeit.

Rohstoffquelle

In einem Dutzend Fachvorträgen wurden dem Fachpublikum, das vorwiegend von kommunalen Kläranlagenbetreibern und Ingenieurbüros stammte, interessante Informationen aus den Bereichen Abwasserreinigung, Kofermentation und Energienutzung sowie Klärschlammabfuhr geboten. Dass Abwasser und Klärschlamm nicht nur aufwändig entsorgt werden müssen, sondern auch als Rohstoffquelle dienen können, zeigten mehrere Beiträge.

So wurde ein Verfahren zur Phosphatrickückgewinnung aus dem Abwasser vorgestellt, was die Kläranlage bei der Abwasserreinigung zur „Düngemittelfabrik“ werden lassen könnte. Mittels moderner Technologien soll die Energieeffizienz einer Kläranlage wesentlich verbessert werden.

staat hat aber leider das Programm letztlich so verengt, dass hauptsächlich Ausbaugewerbe, Fensterbauer und Dämmstoffproduzenten vom Konjunkturpaket profitieren.“ Auch seien die zeitlichen Vorgaben so eng, dass größere Neubauprojekte kaum mehr machbar sind. Zur Anrechnung staatlicher Investitionen, etwa in Universitäten oder Hochschulen, auf kommunale Projekte aus dem Konjunkturpaket, meinte Schaidinger: „Soweit Mittel in staatliche Projekte fließen, erwarten wir, dass diese nur in bescheidenem Umfang angerechnet werden.“

Wichtiger Finanzimpuls

Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer, der über das Konjunkturpaket II in Mittelfranken informierte, wies darauf hin, dass die Gesamtinvestitionen in Mittelfranken von 195 Millionen Eu-

ro ein wichtiger Finanzimpuls für die mittelfränkischen Kommunen und Auslöser für nachhaltige zusätzliche Investitionen sind. Die Regierung von Mittelfranken sei für viele Förderprogramme zentraler Ansprechpartner und arbeite intensiv daran, das neue Konjunkturpaket so schnell wie möglich umzusetzen.

Antragstellung

Die Antragstellung für die Programme erfolge grundsätzlich bei den Bezirksregierungen. Lediglich für Maßnahmen der Dorfentwicklung erfolge die Antragstellung bei den Ämtern für ländliche Entwicklung, für Werkstätten für behinderte Menschen beim Zentrum Bayern für Familien und Soziales. Bislang seien 1.109 Anträge bzw. Bewerbungen mit einem voraussichtlichen Investitionsvolumen von insgesamt rund 836 Mio. Euro eingegangen. Davon entfielen 681 Anträge auf den Bereich der kommunalen Bildung mit 588 Mio. Euro und 428 Anträge auf den Bereich der kommunalen Infrastruktur mit 248 Mio. Euro.

Ausgewogene Verteilung

Wie Bauer betonte, werde die Regierung von Mittelfranken in enger Abstimmung mit einem Beirat, dem unter anderem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und der freien Wohlfahrtsverbände Mittelfrankens angehören, dafür Sorge tragen, dass eine regional ausgewogene Mittelverteilung erreicht wird. Weitere Kriterien werden die Zusätzlichkeit der geplanten Investition, die Finanzkraft des Maßnahmeträgers, die Nachhaltigkeit der Maßnahme und sonstige Qualitätskriterien (z. B. regionale Ausgewogenheit) sein.

Stichwort kommunaler Bildungsgipfel: Wie Verbandschef Schaidinger bemerkte, „ließen sich alle Wünsche zwar nicht umsetzen“, aber insgesamt seien die Ergebnisse – „wenn man auf das Mögliche und Machbare sieht - ein Fortschritt“. Wichtigstes Resultat sei, „dass die Weichen für einen verstärkten Ausbau der Ganztagschulen gestellt sind, weil Land und Kommunen sich endlich darüber ei-

nig geworden sind, dass die Organisation der Ganztagschule eine staatliche Veranstaltung ist“, so Schaidinger. Dies sei ein Erfolg des Städtetags, der seit seiner Vollversammlung 2001 in Augsburg konsequent für dieses Prinzip eingetreten war.

Ganztagsmodelle

Ab nächstem Schuljahr übernimmt der Staat Verantwortung und Trägerschaft für die gebundenen und offenen Ganztagschulen (mit Ausnahme der Mittagbetreuung an Grundschulen). Im Gegenzug dafür, dass die Kommunen bei den offenen Ganztagsmodellen entlastet werden, leisteten sie künftig einen Zuschuss von 5.000 Euro pro Schulklasse bzw. Gruppe und Schuljahr.

Sonderfinanzierung

Ebenso konnte der Städtetag einen Erfolg mit seiner Forderung nach einer Sonderfinanzierung erzielen, so Schaidinger. Der Freistaat wird sich künftig stärker an den Bauinvestitionen für den Ausbau der Ganztagschule beteiligen und den landesdurchschnittlichen Fördersatz nach Art. 10 FAG um 15 Prozentpunkte von 35 auf 50 Prozent anheben. **DO.**

Bayerische GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rölle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressedruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Probierten das Puzzle im Amtszimmer des OB im Alten Rathaus gleich aus: Handwerkskammerpräsident Hans Stark, Landrat Herbert Mirbeth, Hauptgeschäftsführer Toni Hinterdobler, Oberbürgermeister Hans Schaidinger und Bürgermeister Gerhard Weber (von links). Bild: osr

40 Handwerksberufe in einem Puzzle „versteckt“

Handwerkskammer beschenkt Kindergärten in Stadt und Landkreis Regensburg

Regensburg. (osr) Spielerisch können Kinder in der Stadt und im Landkreis Regensburg künftig das Handwerk in all seinen Facetten kennen lernen. 250 Puzzles lieferte die Handwerkskammer für die rund 130 Kindergärten im Alten Rathaus an. Ein Künstler hat in den 200-Teile-Puzzles 40 der über 130 Ausbildungsberufe des Handwerks in einer Stadtsituation „versteckt“.

Die Handwerkskammer möchte damit bereits kleinere Kinder auf die verschiedenen Handwerksberufe im täglichen Umfeld aufmerksam machen, sagte Kammerpräsident Hans Stark. Er hoffe, dass sich Kinder dadurch ein wenig mehr mit der Realität und dem Handwerk befassen. Immerhin sei das Handwerk eine Voraussetzung dafür, dass Industriebetriebe überhaupt arbeiten könnten. Puzzles seien anerkannte Lernmedien, weshalb der Freistaat dieses Projekt fördere.

Stadt des Handwerks

OB Hans Schaidinger nannte es eine wichtige Aktion, frühzeitig bei Kindern Verständnis dafür zu wecken, wie wichtig das Handwerk ist. Da Regensburg meist mit Industrieunternehmen in Verbindung gebracht werde, machte er deutlich, dass „Regensburg auch eine Stadt des Handwerks“ ist. Und Bürgermeister Gerhard Weber ergänzte, dass er sich sicher sei, dass das Spiel in den Kindergärten gerne

genutzt werde und die Kinder damit ihren Spaß hätten.

Landrat Herbert Mirbeth sagte, dass die Begeisterung für Berufe wie Bäcker, Elektriker, Optiker oder Fotograf gerade in jungen Jahren schon ausgeprägt sei. Das Puzzle mache Appetit auf mehr. „Wir würden uns freuen, einige der Kinder, die damit heute spielen, später bei unseren Ausbildungstagen oder als Teilnehmer an einem Technik-Camp im Landkreis wieder begrüßen zu dürfen.“

An den Nachwuchs denken

Wie wichtig es sei, dass Kinder schon in ganz jungen Jahren das Handwerk kennen lernen, machte Hauptgeschäftsführer Toni Hinterdobler an zwei Beispielen deutlich: Einerseits seien Handwerksbetriebe auch in der jetzigen Wirtschaftskrise die Stabileren, andererseits gebe es in Ostbayern in zehn Jahren 20.000 weniger Jugendliche unter 18 Jahren. Da sei es verständlich, schon heute an den Handwerkernachwuchs von morgen zu denken. □

Gesundheitsregion Würzburg – Bäderland Bayerische Rhön AG:

Innovatives Entwicklungskonzept

Die Gesundheitsregion Würzburg – Bäderland Bayerische Rhön AG hat fristgerecht zum 31. März 2009 ein umfassendes und innovatives Entwicklungskonzept beim bundesweiten Wettbewerb der „Gesundheitsregionen der Zukunft“ vorgelegt. Das Projekt hat ein Gesamtvolumen von rund 19,63 Mio. Euro und schafft 65 hochwertige neue Arbeitsplätze in der gesamten Region über die ersten vier Jahre. Stadt und Landkreis Würzburg, die Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld, die Universität Würzburg und die Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt, sowie die Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt sind die Gründungsgesellschafter des neuen Trägerunternehmens für die Stärkung und Förderung der regionalen Gesundheitswirtschaft.

Das Leitthema für das regionale Konzept lautet „Förderung der Gesundheitskompetenz und der Eigeninitiative“. Patienten und Gesunde sollen nicht nur Konsumenten von Gesundheitsdienstleistungen sein, sondern auch Produzenten ihrer Gesundheit. In der Gesundheitsregion Würzburg – Bäderland Bayerische Rhön arbeiten Betroffene mit Multiplikatoren und professionellen Akteuren zusammen, um diesen Leitgedanken nachhaltig umzusetzen.

Integration der Partner

Die Bevölkerung soll befähigt werden, durch Selbstmanagement den Umgang mit ihrer Gesundheit aktiv, selbständig und eigenverantwortlich zu steuern. Das Projekt stärkt besonders die individuelle Verantwortung der Menschen in der Region und bindet sie aktiv in Entscheidungen zur Erhaltung, Förderung und Wiederherstellung der Gesundheit ein. Darüber hinaus werden

die regionalen Versorgungsangebote weiter vernetzt; Krankenversicherungen, Schulen und Betriebe werden als Partner in das Projekt integriert.

Die qualifizierten Projekte gliedern sich in sechs Themenbereiche: „Gesundheitsförderung in allen Lebensabschnitten“, „Patientenschulung“, „Durch Selbsthilfe zur Eigenverantwortung“, „Mobilität und Autonomie“, „Präventivkonzepte für die Kardiologie“, und „Gesundheitskompetenz für das Schnittstellenmanagement“. Die mit dem Projekt verbundenen Querschnittsaufgaben, von der Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung, werden dabei unter dem Dach der neuen Trägergesellschaft gebündelt.

Mit der Projektidee konnte sich die mainfränkische Region bereits im vergangenen Jahr gegen eine starke Konkurrenz durchsetzen; im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgerufenen Wettbe-

werbs „Gesundheitsregionen der Zukunft“ gelang es, unter die zwanzig Finalisten zu kommen – als eines von nur zwei Projekten aus Bayern. Am 27. Mai werden die fünf Siegerregionen im Rahmen des Hauptstadtkongresses in Berlin von Bundesministerin Annette Schavan bekannt gegeben.

Renommierter Leuchtturm

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Thomas Habermann, äußerte sich gemeinsam mit seinen Aufsichtsratskollegen erfreut über die Einreichung des Entwicklungskonzepts: „Das Projekt stellt ein besonders wichtiges gemeinsames Thema für die Region, sowohl für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Würzburg wie auch für das Kur- und Bäderland Bayerische Rhön, dar.

In der Region sind rund 35.100 Arbeitsplätze unmittelbar mit der Gesundheitswirtschaft verbunden. Das Universitätsklinikum in Würzburg mit den rund 4.500 Vollzeitstellen ist ein auch im internationalen Vergleich hoch renommierter wissenschaftlicher Leuchtturm. Im Bäderland Bayerische Rhön befinden sich mehr als 40 Kliniken und Sanatorien, sowie zahlreiche Medizintechnik- und Speziallaborunternehmen.

Die Bündelung der regionalen Kapazitäten der Kurorte mit den vorhandenen Kompetenzen im Universitäts-, Forschungs-, Klinik- und Rehabereich, im Verbund mit den Selbsthilfeeinrichtungen vor Ort, bietet allerbeste Voraussetzung für die Etablierung eines umfassenden Regionalkonzepts. In der Summe beinhaltet die erfolgreiche Gesundheitsregion Würzburg – Bäderland Bayerische Rhön alle relevanten Bereiche einer Wertschöpfungskette in der Gesundheitswirtschaft. Wir gehen mit einem starken Konzept in die Endrunde des Bundeswettbewerbs.“

Regionale Cluster fördern

MdL Barbara Stamm, Vorsitzende des Vereins Health Care Bayern e.V. und Mitglied des Aufsichtsrates der Gesundheitsregion Würzburg – Bäderland Bayerische Rhön AG, wies auf die große Bedeutung des erfolgreichen Abschneidens einer bayerischen Region im bundesweiten Wettbewerb hin: „Bereits im Sommer 2005 hat der Bayerische Minister ein Maßnahmenpaket beschlossen, um die Vermarktungsstrategien in den Bereichen Medizin, Technologie, Gesundheit und Tourismus zu bündeln. Hierzu gehört auch, dass die Bildung regionaler Gesundheitscluster in Bayern unterstützt und gefördert werden soll. Denn es hat sich gezeigt, dass die Strategien zur Förderung und Positionierung der bayerischen Gesundheitswirtschaft vor allem durch eine nach innen gerichtete Komponente fokussiert werden müssen. Zielrichtung ist dabei, den Gesundheitsstandort Bayern als solches weiter aufzuwerten und eine stärkere und nachhaltigere Identifikation mit dem „Produkt Gesundheit“ zu schaffen.“ □

Referat für Jugend, Familie und Soziales in das Projekt ein.

Die Schirmherrschaft über die Initiative hat der Vorstandsvorsitzende der DATEV eG, Dieter Kempf, übernommen: „Gerade in einer wirtschaftlichen Krise kommt es darauf an, qualifizierte Fachkräfte an das Unternehmen zu binden und als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Dafür ist eine Unternehmenskultur mit guten Work-Life-Balance-Angeboten unerlässlich.“ □

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„So eine Firma wie den Erfinder Weißbräu müssten wir in unserer Stadt haben. Dann wäre unser Name buchstäblich weltweit in aller Munde.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las fasziniert eine Zusammenfassung der Sponsoring-Aktivitäten dieses Global Players in Hopfen und Malz beim diesjährigen Biathlon-Zirkus. Von Skandinavien und Italien über Sibirien bis nach Südkorea zur Weltmeisterschaft war die Brauerei präsent und mit ihr die namensgebende Stadt.

Es ist eine kostenlose Standortwerbung, die wir uns natürlich auch wünschen würden. Man könnte auf Coburg und Nürnberg neidisch werden, deren Namen durch Versicherungen bundesweit ein Begriff sind. Und vielleicht wissen nicht alle Chinesen, wo Deutschland genau auf dem Globus liegt, aber mit den Begriffen „Bayern“ und „München“ können in dem fußball-

Die Stadt zur Marke machen

vernarrten Reich der Mitte alle etwas anfangen. Selbst ist für Porzellan bekannt, Rödental durch die Hummel-Figuren. In Rosenheim ermitteln Cops, Bad Tölz hat einen Bullen – und wir?

Es ist schon so: Firmen und ihre Namen vermitteln Emotion und Imagination. Das kommt natürlich in erster Linie ihnen selber und dem Produkt zugute, aber es färbt auch auf den Standort ab. BMW steht für Dynamik, Eleganz und Innovation in Energieeffizienz. Da schadet es unserer Heimat nicht, dass das „B“ für „Bayerische“ steht. Eine Versicherung steht für Solidität, Porzeller für Kreativität und wo bitterschön wird ein Sibiriak zur Zeit die sonnigsten Biergärten oder eine Koreanerin die knackigsten Lederhosenträger vermuten, wenn nicht in Erding.

Natürlich kann die enge Verbindung einer Kommune mit einer Firma, einem Produkt, einer Stilrichtung auch böse in die andere Richtung ausschlagen. Kann man sich in einer Stadt, die dem Gelsenkirchener Barock den Namen gegeben hat, als progressive junge Frau wohl fühlen? Wem steigt bei der Erwähnung von

Leuna oder Leverkusen nicht ein beißender Chemiegeruch in die Nase? Aber auch einen schlechten Ruf kann man sich zu Nutze machen. So erhielt Kyritz an der Knatter seinen Beinamen einst wegen seiner infernalisches laut knatternden Mühlen – heute wird der Spottname touristisch vermarktet.

Wir haben nix. Keine Firma von Weltruf hat unsere Stadt im Namen, unsere Mittelständler sind zwar Gott sei Dank kreuzsolide, produktmäßig aber überhaupt nicht sexy und wenn man die Kriminalfälle unserer Ordnungshüter verfilmen wollte, schliefen einem wahrscheinlich schon beim Drehen die Füße ein. Wir haben nicht einmal einen schlechten Ruf, dem man sich verpflichtet fühlen könnte.

Nein, wenn uns schon keiner mit seiner Marke huckepack nimmt, dann müssen wir unsere Stadt eben selbst zur Marke machen. Wir müssen den Namen unserer Stadt mit positiven Begriffen verbinden, Emotionen wecken, eine Story stricken, die positive Assoziationen erzeugt, neugierig macht und gute Gefühle wachruft.

Wichtig ist, dass sich Investoren auf Standort-suche, junge Familien, die sich eine dauerhafte Bleibe ausgucken oder Kurzreisende, die für ein paar Tage Urlaub in der Heimat machen wollen, mit unserer Stadt positiv auseinandersetzen. Es muss prickeln, wie wenn der Kaiser persönlich im Fernsehen am Weißbier nippt.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist schon immer Feuer und Flamme für die Idee gewesen, aus unserem beschaulichen Städtchen eine Marke zu machen, um damit Investoren und Besucher zu locken. Ich bin mal gespannt, ob er unserem manchmal arg betulichen Stadtrat diesmal das Konzept schmackhaft machen kann. Ich gebe ihm schon mal argumentative Munition mit dem heutigen Kalenderblatt, auf dem ein Satz von Henry Ford steht: „Wer aufhört zu werben, um Geld zu sparen, kann ebenso seine Uhr anhalten, um Zeit zu sparen.“

the
Sabrina

Kommunale Krankenhäuser:

Fusion in der Region Rosenheim

Jetzt ist es beschlossene Sache: Die Kliniken in Stadt und Landkreis Rosenheim schließen sich zusammen. Künftig werden sie von einer Gesellschaft betrieben. Kreistag und Stadtrat stimmten jeweils einstimmig für eine Fusion der Triamedikliniken in Wasserburg, Bad Aibling und Prien mit dem Klinikum Rosenheim. Für den Patienten soll die Versorgung damit langfristig gesichert und noch besser werden. Geplant ist, dass die neue Gesellschaft ihren Betrieb zum 1. Juli 2009 aufnimmt.

Im Rahmen einer Pressekonferenz meinte Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, der politische Wille sei überaus wichtig, jetzt stehe aber ein schwerer Weg bevor, denn die handelnden Personen müssten dieses Papier mit Leben erfüllen. Nach dem erfolgten Grundsatzbeschluss ist vorgesehen, den Gesellschaftervertrag und die weiterführenden Verträge in einer gemeinsamen nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsrates der Kreiskliniken sowie des Verwaltungsrates des Klinikums weiter zu präzisieren bzw. vorzubereiten. Die Verträge werden anschließend dem Stadtrat und dem Kreistag zur Verabschiedung vorgelegt.

Der bisherige Vorstand des Klinikums, Günther Pfaffeneder, wird die Geschäftsführung der neuen Firma „Kliniken der Stadt und des Landkreises Rosenheim GmbH“ übernehmen. Beide Seiten werden an der neuen Gesellschaft jeweils 50 Prozent der Anteile halten. Das Personal wird zu den bestehenden Bedingungen übernommen.

Obwohl das jährliche Defizit der drei Kreiskliniken in den vergangenen Jahren deutlich reduziert werden konnte, muss der Landkreis immer noch jedes Jahr ein Minus ausgleichen. Neiderhell nannte eine Summe von mehr als zwei Millionen Euro. Zum wirtschaftlichen Erfolg des Klinikums der Stadt wollte Pfaffeneder keine Auskunft erteilen. Bauer sagte allerdings, die Stadt finanzierte jährlich eine Pauschale von drei Millionen Euro. Sowohl der Landrat als auch die Oberbürgermeisterin hoffen auf Synergie-Effekte. Ziel ist, die neue Gesellschaft so zu führen, dass eine Null oder sogar ein leichtes Plus herauskommt. Neiderhell wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein Minus im Betriebsergebnis nach einer Übergangsphase von ein-einhalb Jahren zu gleichen Teilen getragen wird.

Erhalt der Klinikstandorte

Wesentliches Ziel der Fusion ist der Erhalt aller vier Klinikstandorte. Die wohnortnahe Versorgung soll langfristig gesichert werden. Durch die neue Größe ist es zudem leichter möglich, am medizinischen Fortschritt teilzuhaben. Die Verantwortlichen gehen davon aus, dass die gemeinsame Klinikgesellschaft eine Reihe von Vorteilen bringen wird. So soll beispielsweise die Wettbewerbsposition gestärkt werden, was sich in den Verhandlungen mit Fachbehörden und Krankenkassen bemerkbar machen wird. Bei Investitionen können sich die Möglichkeiten verbessern, staatliche Förderungen zu erhalten. Außerdem ermöglicht eine gemeinsame Personalpolitik besser auf den dro-

henden Ärzte- und Pflegekräftemangel reagieren zu können. Sollte es notwendig sein, wird eine Expansion mit weiteren kommunalen Krankenhäusern ausdrücklich nicht ausgeschlossen.

Die neue Gesellschaft „Kliniken der Stadt und des Landkreises Rosenheim“ wird über 2.100 Beschäftigte haben. In allen vier Häusern mit insgesamt 1.080 Betten wurden 2008 knapp 46.000 Patienten stationär und knapp 68.000 Patienten ambulant versorgt. DK

Baar-Ebenhausen:

Wayand neuer Bürgermeister

Ludwig Wayand von der CSU ist neuer Bürgermeister der Gemeinde Baar-Ebenhausen im Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm. Bei der Neuwahl, die nach dem Tod des bisherigen Amtsinhabers Kolisnek (CSU) notwendig geworden war, siegte Wayand mit 68,5 Prozent der gültigen Stimmen gegen den SPD-Herausforderer Stefan Behr. Er wolle an die erfolgreiche Arbeit des verstorbenen ersten Bürgermeisters anknüpfen und dessen Weg weiter gehen, sagte Wayand. Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit sollen das Festhalten an der Hochwasserfreilegung, Entwicklung der Infrastruktur und eine für die Gemeinde möglichst attraktive Lösung beim bevorstehenden Ausbau der ICE-Trasse sein. KI

10 Jahre Arbeitsvermittlungsgesellschaft in-arbeit:

Ingolstädter Erfolgsmodell

Die Ingolstädter Tochterfirma in-arbeit GmbH feiert Jubiläum. Die Arbeitsvermittlungsgesellschaft hat in den vergangenen zehn Jahren knapp 2.000 Menschen beim Wiedereinstieg in einen Job geholfen. Über 12.000 Ingolstädter Bürgerinnen und Bürger nahmen die Dienstleistungen von in-arbeit bislang in Anspruch. Die Gesellschaft vermittelt Langzeitarbeitslose, überlässt Unternehmen Arbeitnehmer und ist für sog. 1-Euro-Jobs in Ingolstadt zuständig.

Laut Fritz Bernhard, städtischer Sozialreferent und, wie Werner Richler Geschäftsführer von in-arbeit, fungierte der heutige Beiratsvorsitzende, Oberbürgermeister Alfred Lehmann, damals als Geschäftsführer – zusammen mit Sozialreferent Fritz Bierschneider. Gründungsmütter und -väter waren der damalige OB Peter Schnell, „der die Schubkraft gab“, und ein Stadtrat, der die Mittel zur Verfügung stellte. in-arbeit ist heute Arbeitgeber für 92 Personen, darunter zwei Auszubildende, 78 Saison- und Zeitarbeitskräfte, aber auch Lehrkräfte und das Verwaltungspersonal.

Während in Deutschland sich seit In-Kraft-Treten des Bundessozialhilfegesetzes die Sozialhilfefquote bis 2002 mehr als verdreifachte, ist es in-arbeit und dem städtischen Sozialamt gelungen, den Trend weiter steigender Sozialhilfefzahlen zu stoppen. Durch die Vermittlung von 1250 Sozialhilfeempfängern in reguläre Arbeit zwischen 1999 und 2002 hat die Stadt innerhalb weniger Jahre städtischer Arbeitsvermittlung unter den bundesdeutschen Großstädten plötzlich eine der niedrigsten Sozialhilfefquoten geschafft. 2009 hat der Bezirk der Bundesagentur für Arbeit der Region Ingolstadt inzwi-

schon die niedrigste Arbeitslosigkeit in Bayern erreicht. „Dass wir diese Spitzenplätze einnehmen, liegt aber auch daran, dass es immer ein Anliegen der Kommune war, sich für eine gute Situation auf dem Arbeitsmarkt einzusetzen und hilfesuchende Menschen individuell zu unterstützen“, betont OB Lehmann.

Von A bis Z

Das Angebot reicht dabei von A wie Arbeitsvermittlung bis Z wie Zeitarbeit. Mit langjährigem Know-how helfen die Mitarbeiter von in-arbeit bei der Arbeitsvermittlung weiter. Sie wollen die Bewerber langfristig in Arbeit bringen und achten dabei nicht nur auf den Lebenslauf des jeweiligen Bewerbers, sondern vor allem auf dessen Persönlichkeit. Durch den guten Kontakt zu verschiedenen Unternehmen der Region wissen die Mitarbeiter, welche Stelle zu welchem Bewerber passt.

Zeitarbeit - Übernahme ausdrücklich erwünscht. So lautet das Motto in einem weiteren zentralen Arbeitsbereich. Die Mitarbeiter, die bei in-arbeit beschäftigt sind, werden zusätzlich pädagogisch betreut und begleitet und unter regulären Arbeitsmarktbe-

dingungen bei Entleihunternehmen eingesetzt. Mitarbeiter der Arbeitnehmerüberlassung werden nach Abschluss eines befristeten Arbeitsvertrages angestellt und in verschiedenen Bereichen wie beispielsweise in der Produktion, im Büro oder in der Hauswirtschaft platziert. Bei Eignung ist eine Weiterbeschäftigung in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis bei in-arbeit möglich. Im Schnitt werden auf diese Weise täglich 75 Mitarbeiter verliehen.

Mitarbeiter buchen

„Ingolstädter helfen Ingolstädtern“ ist eine Initiative von in-arbeit, die es Ingolstädter Bürgern ermöglicht, zeitlich befristet Mitarbeiter für Haushalt und Garten zu buchen. Wer eine Arbeitskraft benötigt, kann sich im Internet unter www.in-arbeit-ingolstadt.de informieren. Seit Einführung des Sozialgesetzbuches II vermittelt in-arbeit im Auftrag des Jobcen-

ters Ingolstadt zudem 1-Euro-Jobs. Die Gesellschaft kümmert sich um die Akquise, Organisation, Vermittlung und Abrechnung dieser Arbeiten. Die Zahl der Zusatzjobber variiert täglich; meist handelt es sich um etwa 300 Personen, die in gemeinnützigen Arbeiten bei verschiedenen karitativen Einrichtungen, Kirchen, Universitäten oder Ämtern der Stadt beschäftigt sind. Diese Beschäftigung ist meist auf sechs Monate befristet und erfolgt mit bis zu 25 Wochenstunden. Auch eine regelmäßige Unterstützung beim Schreiben von Bewerbungen ist durch in-arbeit gewährleistet. Zusätzlich können die Mitarbeiter Weiterbildungskurse belegen, das Erlernte in kurzfristigen Beschäftigungen erproben und dadurch zusätzlich regulären Lohn verdienen.

Nachdem viele Arbeitsvermittlungen infolge geringer Deutschkenntnisse oftmals scheitern, bietet in-arbeit schon seit April 1999 Deutschkurse an. Daher werden vorrangig arbeits- und berufsbezogene Themen behandelt, um die Mitbürger fit für die Aufgaben im Berufsleben zu machen. **DK**

Erster Einbürgerungstest im Traunreuter Rathaus

Zehn Personen aus acht Nationen haben am ersten Einbürgerungstest im Traunreuter Rathaus teilgenommen, den die VHS Traunreut durchgeführt hat. Die Volkshochschulen waren vom zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg (BAMF) exklusiv beauftragt worden, die gesetzlich vorgeschriebenen Einbürgerungstests auszuführen.

97 akkreditierte bayerische Volkshochschulen garantieren ein flächendeckendes und wohnortnahes Angebot in Bayern. Seit dem 1. September 2008 wird von jeder Person, die eingebürgert werden will, unter anderem ein Nachweis verlangt, dass sie Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland besitzt. Der Einbürgerungstest ist ein reiner Wissenstest. Es gilt 33 Fragen auf einem Fragebogen in Multiple-Choice-Form zu beantworten, wobei jeweils vier Antwortmöglichkeiten vorgege-

ben sind, von denen nur eine die richtige ist. Wer innerhalb von 60 Minuten 17 Fragen richtig ankreuzt, hat den Test bestanden und erhält eine entsprechende Bescheinigung.

Nach einer Schätzung des Bayerischen Innenministeriums bewerben sich pro Jahr 13.000 Personen um die Deutsche Staatsbürgerschaft. „Mit den Einbürgerungstests und den damit verbundenen Einbürgerungskursen leisten die Volkshochschulen Bildungsarbeit im Bereich Integration“, so Bürgermeister Franz Parzinger. **□**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt die Sonderbeilage unseres Verlags - Das Passauer Land - bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. **□**

8. Alzenauer Gesundheitstage:

Den Tagen mehr Leben geben

Wie bereits in den Jahren zuvor vermittelten bei den Alzenauer Gesundheitstagen vom 21. bis 26. März ausgewiesene Experten verschiedener Fachgebiete einem breiten Publikum wertvolle Informationen zu unterschiedlichsten Krankheitsbildern. Den ortsansässigen Hilfseinrichtungen und Selbsthilfegruppen boten die Gesundheitstage zudem eine Plattform zur Präsentation. Erster Bürgermeister Walter Scharwies fungierte als Schirmherr der Veranstaltung.

Der Benefiz-Gesundheitslauf „Alzenau bewegt sich!“ bildete heuer den Auftakt. Bei strahlendem Sonnenschein waren rund 400 Läufer am Start. Auch die dritte Auflage des Laufs des Lions Clubs Aschaffenburg-Alzenau wurde zu einem tollen Gemeinschaftserlebnis.

Tags darauf stand das Thema Demenz im Mittelpunkt: Etwa 8 bis 13 Prozent aller Menschen über 65 Jahren leiden unter einer Demenz, bei den über 90-Jährigen sind es sogar 40 Prozent. Nach Schätzungen von Patientenverbänden leben in Deutschland weit über eine Million Menschen mit altersbedingten Hirnleistungsstörungen und vermutlich wird diese Zahl noch weiter steigen, weil der Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung zunimmt. Im Rahmen der Gesundheitstage wurden Behandlungsmöglichkeiten ebenso aufgezeigt wie Strategien für Angehörige von Demenzzkranken. Die Mitmach-Angebote dieses Eröffnungstages rundeten das Thema praxisnah ab.

Bei einer Podiumsdiskussion wurden darüber hinaus die Pläne für das Alzenauer Hospiz, dessen Baubeginn bevorsteht, vorgestellt. Mit der Einrichtung eines stationären Hospizes wird die Betreuungskette für schwer- und tod-

krankte Menschen in der Region erweitert. Die engmaschige Vernetzung mit bestehenden und erfahrenen ambulanten Hospizgruppen, Pflegediensten und niedergelassenen Ärzten einerseits und den Palliativstationen der nächsten Krankenhäuser andererseits ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Arbeit zum Wohle der betroffenen Menschen.

Pläne für das Hospiz

Im Hospiz Alzenau, das gemeinsam vom Kreisverband des BRK Aschaffenburg und der Sozialservice-Gesellschaft der BRK GmbH getragen werden wird, kann bis zu acht Gästen Geborgenheit, Gastfreundschaft sowie umfassende Hilfe und Pflege zuteil werden.

Neben der Diskussion über ein augenärztliches Thema, dem „Grauen Star“, stand ein weiterer Tag im Zeichen der Fortbildung. Für Ärzte, Therapeuten, Pflegekräfte, Lehrer und Erzieher gab es jeweils zertifizierte Angebote. Am letzten Tag der Gesundheitstage ging es schließlich um das wichtige Thema „Organspende“. Prof. Dr. med. Günter Kirste, Medizinischer Vorstand der Deutschen Stiftung Organtransplantation, konnte hierzu als Referent gewonnen werden. **DK**

Vorschau auf GZ 10

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 14. Mai erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Sicherheitstechnik, Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz
- Schulungen
- Kommunale Museen

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/I · 71364 Winnenden
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773) 82218 · Telefon: (02773) 82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüniger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik
ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen
ORION
www.orion-bausysteme.de

Wasserzähler

HYDROMETER
Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrometer.de